Pólemos

08 - Frühjahr 2018 - 4,00 Euro

Krieg den deutschen Zuständen! (Karl Marx)

Zeitschrift wider den gesunden Menschenverstand

„Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten"

Zur Verbindung von Waffenexportkritik und bewaffnetem Staat

Von Daniel Poensgen

Inhalt:

„Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten"
Zur Verbindung von Waffenexportkritik und bewaffnetem Staat
von **Daniel Poensgen, S. 1**

Ohnmacht und Omnipotenz
Die Ideologie des gegenwärtigen Politaktivismus
Zwei Buchbesprechungen
von **Lukas Potsch, S. 8**

Gewissenvoller Appetit
Über die moralische Fettwerdung der Deutschen
von **David Hellbrück, S. 11**

Alles Verhandlungssache
Zur gesellschaftlichen Funktion von Erziehung
von **Florian Müller, S. 15**

„Good Cop, Bad Cop"
Der Polizist als verkörperte Antinomie des Staates
von **Leo Elser, S. 21**

Eine Frage der Herkunft
Anmerkungen zum Zusammenhang von Ernährung, Regionalismus und Ökonomie
von **Julika L., S. 26**

Über die Zusendung von Artikeln würden wir uns freuen.
Kontakt: redaktion.polemos@gmail.com

Dass der Flüchtling zwar zweifellos, aber doch nur im Notfall willkommen geheißen, in der Regel jedoch abgeschafft gehört in dem Sinne, dass kein Mensch fliehen müssen sollte, diese Einsicht bleibt all jenen versperrt, die von der politisch-ökonomischen Vorteilsnahme Deutschlands aus der massenhaften Fluchtbewegung erst recht nichts wissen wollen. Als ‚Migrant' wird der Flüchtling zum ‚Normalfall', wo doch der unbegreifliche Skandal darin besteht, dass Menschen vor Hunger, Gewalt und Armut das Weite und die Fremde suchen müssen – ein Umstand, der wohl kaum zu vergleichen ist mit den tatsächlich seit je her alltäglichen Migrationsbewegungen über staatliche und sonstige Grenzen hinweg. Bezeichnend für die Verfasstheit Deutscher Ideologie im 21. Jahrhundert ist vor diesem Hintergrund nicht zuletzt die linke Reaktion auf die Zunahme der Flüchtlingsbewegungen im Spätsommer 2015, die bis heute ungebrochen anhält.

1.496 Mal wurde ein am 17. November 2015 veröffentlichter Facebook-Beitrag des ARD-Nachrichtenmagazins *Monitor* geteilt, in dem der Redakteur Georg Restle seinen Phantasien zum Umgang mit IS und Flüchtlingen freien Lauf ließ: „Es ist ein verlockender Gedanke: Terrornester irgendwo da draußen auszuräuchern, dem islamistischen Spuk mit Militärschlägen ein Ende zu bereiten. Ein Endkampf, der die Brut ausrottet, die immer wieder morden lässt. Ein Gedanke, so (...) beruhigend, weil er unsere niedersten Bedürfnisse von Rache und Vergeltung befriedigt und so bequem, weil er jeden weiteren Gedanken überflüssig macht. Die alttestamentliche Sehnsucht nach Ausrottung aller Gottlosigkeit, sie lässt uns auch in diesen Tagen nicht los, sie kleidet sich nur neu in Worte von ‚gezielten Militärschlägen' und ‚europäischer Solidarität'. Aber es ist und bleibt ein Wunschgedanke, ein naiver Traum vom Endsieg über den Terror. (...) Es ist ein Krieg, den die Mordgesellen des ‚IS' herbeisehnen, weil er ihren apokalyptischen Untergangsphantasien entspricht, ihrer Vorstellung eines Dschihad, der die Welt in Flammen setzt" (1). Es ist beileibe kein Zufall, dass sich die deutsche Presse einen Krieg gegen den IS nur wie einen Vernichtungskrieg der Wehrmacht vorstellen kann. Es ist ebenso wenig ein Zufall, dass man sich zwar lustvoll diesen Vernichtungskrieg ausmalt, ihn selbst aber vordergründig ablehnt – um ihn den Juden in die Schuhe schieben zu können. Nur vor dem Hintergrund des antisemitischen Jargons der Friedensfreunde und Israelkritiker entsprechen die wahnhaften Assoziationen der *Monitor*-Redaktion irgendeiner Logik: Das jüdische Prinzip – für Restle die „alttestamentliche Sehnsucht nach Ausrottung" – „kleidet" sich „auch in diesen Tagen" „neu", es steckt sowohl hinter der Forderung nach „europäischer Solidarität" als auch mit dem IS unter einer Decke, wobei es wieder mal die „Welt in Flammen setzt" beim Traum vom „Endsieg". Doch Deutschland – und die deutsche Presse in Gestalt von Georg Restle – übernimmt zum Glück auch Verantwortung: „Indem wir den Opfern von Krieg, Armut und Verfolgung hier eine Zuflucht bieten, schaffen wir

auch die Voraussetzung dafür, dass ein Wiederaufbau dort gelingen kann. Indem wir ihnen hier vermitteln, dass nur eine offene Gesellschaft eine wahre Perspektive bietet, schaffen wir Veränderung auch dort. Auch so entziehen wir den Ideologen einer mittelalterlichen Diktatur ihre irrwitzige Legitimationsbasis. Nicht heute, aber morgen." Ein Deutscher glaubt seine Lügen selbst, und so ist selbstverständlich keine Rede davon, dass die Aufnahme von Flüchtlingen der Erweiterung eines Niedriglohnsektors in der Bundesrepublik dient und mit ihr ein Konjunkturprogramm einherging, dass den Binnenmarkt des Exportweltmeisters belebte und einem gut ausgebildeten Klientel Arbeits- und Ehrenamtsplätze verschaffte, ohne dabei ökonomische Bedürfnisse dauerhaft zu befriedigen.

„Die staatlichen Leistungen für Geflüchtete wirken wie ein kleines Konjunkturprogramm, denn ultimativ kommen sie vor allem deutschen Unternehmen und Arbeitnehmern durch eine höhere Nachfrage zugute", weiß beispielsweise Marcel Fratscher, Präsident des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung*, zu berichten. Durch dieses Konjunkturprogramm sei das Wirtschaftswachstum 2016 um 0,3% gewachsen, der positive Effekt werde sich aber in den kommenden Jahren noch verstärken, wie er versichert (2). Die Willkommenskultur, auf die man sich landauf, landab so viel einbildet, ist in erster Linie die Einfühlung in eine Art Abwrackprämie 2.0. Die Vorstellung, man würde den Syrern „nicht heute, aber morgen" im Kampf gegen den IS und andere islamistische Banden helfen, indem der gut ausgebildete syrische, irakische und afghanische Mittelstand in deutschen Altersheimen arbeitet und indem man den Leuten, die in liberale Gesellschaften fliehen, erklärt, warum liberale Gesellschaften gut sind, ist nichts anderes als die mühevolle Rationalisierung der deutschen Haltung in der Geopolitik: Andere Staaten – oder gar das blanke Überleben der Individuen – sind uns egal und wir verdienen gut damit, vehement das Gegenteil zu behaupten. Dass es sich hierbei nicht bloß um eine empirisch deutsche, also von der Bundesrepublik Deutschland vertretene geopolitische Haltung handelt, sondern eben auch um eine deutsche im Sinne der Deutschen Ideologie, wird nicht nur deutlich an den Ergüssen der staatstragenden Presse, sondern auch an der zweiten politischen Forderung, die sich im Rahmen des Sommers der Migration in der deutschen Linken und darüber hinaus stärker artikulierte: Die Forderung nach dem Ende deutscher Waffenexporte.

„Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten", weiß ganz in diesem Sinne der Lehrer und Waffenexport-Experte Jürgen Grässlin vor 300 bedauernswerten Schülern des Beruflichen Schulzentrums Bietigheim-Bissingen zu berichten. Ihm und zahlreichen linken und christlichen Initiativen und Bündnissen ist völlig klar: „Die Flüchtlinge, die heute in Deutschland ankommen, haben alle etwas gemeinsam: Sie fliehen auch vor unseren Waffen" (3). Und tatsächlich werden beispielsweise Gewehre, die in Deutschland produziert, zumindest aber entwickelt und deren Produktionslizenzen in zahlreiche Staaten verkauft wurden, von den unterschiedlichsten Akteuren in nahezu allen Konflikten der Welt verwendet. Dass die sogenannten „Endverbleibserklärungen", die garantieren sollen, dass verkaufte Waffen nur beim Käufer bleiben und nicht weitergegeben oder -verkauft werden dürfen, wie sämtliche internationale Verträge bloße Konvention sind, leuchtet der Friedensbewegung zwar nicht begrifflich ein, fällt ihr aber nichtsdestotrotz völlig richtig auf. Nun ist *Linkspartei*, *Pax Christi*, *Aktion Aufschrei* und wie sie heißen mögen durchaus entgegenzuhalten, dass all dies die Waffen nicht zu ‚unseren' macht, da man schließlich mit jenen Friedensfreunden gar nicht gemein gemacht werden will und es außerdem in Bezug auf die exportierten Waffen recht klare Eigentums- und Besitzverhältnisse gibt. Diese zu Verschweigen dient nur der Entschuldigung der Mörder und bisweilen dem Übersehen der Retter. Welche Rolle ‚deutsche' Waffen tatsächlich in den Konflikten einnehmen, aus denen in den letzten Jahren Millionen Menschen nach Europa geflohen sind, wäre zudem erstmal aufzuzeigen. Und doch möchte man der reflexhaften und sicherlich in der Regel völlig zutreffenden Kritik ideologiekritischer und antideutscher Kreise an jener Friedensbewegung entgegenhalten, dass deren Wunsch, an den kriegerischen Verhältnissen zwischen Staaten und anderen Kriegsfraktionen in keiner Weise beteiligt sein zu wollen, allzu verständlich ist. Nicht mitmachen wollen beim Morden in der Welt wäre gerade den Deutschen wohl kaum vorzuwerfen. Dass die Friedensbewegung dabei Gewalt immer nur dann zum Krieg adelt, wenn sie zwischen staatlichen oder proto-staatlichen Akteuren ausgetragen wird, unterscheidet sie dabei auch nicht von weniger friedensbewegten Teilen der Bevölkerung. In der Polemik gegen diese Kritik am Krieg bei gleichzeitigem Verschweigen anderer Formen von Gewalt geht jedoch verloren, dass sie zumindest implizit noch eine Ahnung vom Unterschied zwischen unvermittelter Gewalt und den bürgerlichen Formen, die auf Gewalt beruhen, umtreibt.

Was würde Jesus zu Waffen-Deals sagen?

Und doch vermag die Kritik an der Forderung, Waffenexporte zu verbieten, eine ideologische Konstellation aufzuzeigen, die typisch für den Deutschen als Staatsbürger ist. Sie ist viel weniger durch eine Verweigerung der persönlichen Beteiligung an der falschen Einrichtung der Gesellschaft als durch ein Engagement für eine bestimmte Sache – die deutsche – bestimmt, ein Engagement, dass sich als solches aber nicht zu erkennen gibt. Diese Kritik bleibt somit auch nicht bei der völlig marginalisierten Friedensbewegung und ihren publizistischen wie parlamentarischen Vorfeldorganisationen stehen – dass Waffenexporte aufhören sollen, ist den Deutschen insgesamt völlig einleuchtend. Einer Emnid-Umfrage zu Folge verneinten 83% der Deutschen die Frage, „einmal grundsätzlich betrachtet, sollte Deutschland ihrer Meinung nach Waffen und andere Rüstungsgüter in andere Länder verkaufen?" (4). In der Bild-Zeitung fragt Margot Kässmann: „Was würde Jesus zu deutschen Waffen-Deals sagen?" (5). Auch ohne Bibel-Beleg ist die Antwort wenig überraschend: „Er hat die Friedensstifter selig gepriesen, keineswegs die Waffenproduzenten und die Rüstungslobby." Im verzweifelten Wahlkampf versucht sich die SPD als Oppositionspartei, auch wenn ihr staatstragendes Agitieren gegen den Waffenhandel etwas zahnlos wirkt: Sigmar Gabriel traut sich dann auch nicht mehr, als eine stärkere Beteiligung des Bundestags bei der Genehmigung vom Verkauf von Rüstungsgütern zu fordern: „Es braucht keine Geheimniskrämerei" (6).

Auffallend an der Forderung sind vor allem drei Dinge: Zum einen wird das Ende der Waffenexporte als probates Mittel zur Lösung von Konflikten weltweit betrachtet. Wenn die Konfliktparteien erstmal keine Waffen mehr besitzen, so die bestechende Logik des gesunden Menschenverstandes, können Sie auch keine Kriege mehr führen und müssen miteinander in den viel gerühmten Dialog treten – ein Dialog, der im Übrigen als quasi zwischenstaatlicher ohne das jeweils zur Verfügung stehende Vernichtungspotential der Konfliktparteien gar nicht gedacht werden kann, jedoch permanent als gewaltfrei affirmiert wird. Ist die Wirkung der Verfügbarkeit von *bestimmten* Waffen auf *bestimmte* Konflikte gar nicht zu bestreiten, ist die Logik der Waffenexport-Kritik vor allem deshalb interessant,

weil andere Forderungen zur Beendigung beispielsweise des Syrien-Krieges überhaupt nicht mehr zum Tragen kommen. Mit dem Ende der Waffenexporte (und den Integrationskursen für Flüchtlinge) scheint das Problem erledigt. Zum zweiten ist die Forderung nach dem Export-Stopp generell: Details, wer in welchem Umfang welche Waffen bezieht, interessieren in der Bewertung auf Seiten wie www.waffenexport.org nicht, auch wenn man den geneigten Leser mit einer wahren Flut von Zahlen und Statistiken zu überzeugen versucht. Tatsächlich skandalöse und politisch irrwitzige Waffenverkäufe gehen im Wust der Empörung völlig unter. Den Gegnern der Waffenexporte sind die nach Litauen gelieferten Jagdgewehre ein ebenso großer Skandal wie die Auslieferung einer Fregatte nach Algerien (7). Die einzige Forderung, die die Kampagne *Aktion Aufschrei* formuliert, lautet: „Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert" (8). Es geht prinzipiell ums Prinzip, aber eben doch nur im Prinzip: Besonders auffallend ist in der Kritik der Waffenexporte nämlich drittens, dass sie eben nicht generell gegen die Rüstungsindustrie gerichtet ist, sondern sich lediglich auf die *Exporte* beschränkt. Die *Produktion* hingegen wird völlig außer Acht gelassen. Die deutsche Friedensbewegung hat nichts dagegen, wenn in Deutschland Waffen gebaut werden, sie will sie nur nicht abgeben – egal, an wen. So taucht beispielsweise in den Schritten auf dem Weg zur Erfüllung der oben zitierten Forderung der *Aktion Aufschrei* frei nach dem Motto ‚Schwerter zu Windkraftanlagen' die „Umstellung der Rüstungsindustrie auf nachhaltige [!] zivile Produkte" erst als letzter von sechs Punkten auf (9), wo es doch logisch wäre, mit dem Stopp der Produktion zu beginnen, wenn man das Ziel globaler Abrüstung verfolgt. Auch jener Teil der Produktion, der Deutschland nicht verlässt, findet bei den Kritikern keine Erwähnung. Folgerichtig kann sich Martin Schulz in einem Gastbeitrag für *Spiegel Online* gegen Waffenexporte positionieren (10) und gleichzeitig der Bundeswehr mehr und bessere Ausrüstung versprechen (11), ohne dass es irgendjemanden stören würde. Generell spielt die Forderung, die Bundeswehr abzuschaffen oder zumindest abzurüsten, verglichen mit dem Wunsch, mit Waffen keinen Handel mehr zu treiben, auch im Kern der Friedensbewegung so gut wie keine Rolle mehr (12). Wie noch an anderer Stelle gezeigt wird, wird über Abrüstung nur dann gesprochen, um sich als Gegenhegemon gegenüber der USA in Stellung zu bringen.

Die Goldenen Nasen der Rüstungslobby

Warum hält sich die Friedensbewegung, wenn es um die Rüstungsindustrie geht, so verdächtig still? Es ist naheliegend, diese Beschränkung der Waffenexport-Gegner auf den Handel bei gleichzeitiger Nicht-Beachtung der Produktion mit jenen Überlegungen zu konfrontieren, die Moishe Postone in Bezug auf die antikapitalistische Revolte der Nationalsozialisten anstellte. Soziale Verhältnisse werden im Kapitalismus nicht als solche, sondern vergegenständlicht, fetischisiert, als zweite Natur wahrgenommen. Auf unterschiedlichen Ebenen – der Ware, des Kapitals – erscheinen diese Beziehungen als Antinomie zwischen Abstrakt-Gesellschaftlichem und Konkret-Naturhaftem. In Form eines potenzierten Fetischs nimmt der Antisemit aber auch die abstrakte Seite der Antinomie wiederum konkret und personifiziert in Gestalt des Juden wahr. So wird beispielsweise das Geld, die Banken oder die Finanzsphäre generell als kapitalistisch, jüdisch oder ‚raffend' abgelehnt, während Industrie und Produktion als natürlich und ‚schaffend' weiterhin affirmiert werden können.

Friedensbewegung und Kritiker der Waffenexporte halten an dieser Projektion – freilich dem postnazistischen Jargon entsprechend verschoben – fest. Die Industrie taucht als solche in ihren Äußerungen so gut wie nicht auf – dagegen stehen die Waffenhändler als „Händler des Todes" (Aktion Aufschrei) im Fokus. Wenn die Rüstungsindustrie überhaupt erwähnt wird, dann als Lobby: Protestaktionen werden mitunter direkt vor den Büros der für die Firmen arbeitenden Lobbyisten durchgeführt. Auch so kann die Sphäre der Produktion von Kritik ausgespart werden, während man Mechanismen der Vermittlung wie Handel und Lobbyismus ressentimenthaft angeht und die Politik als machtlosen Spielball jener Lobbyisten wähnt. Vom Profitieren ganzer Gemeinden und Kommunen von eben jener Industrie, von den zahlreichen Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie und in den vom militärischen Zweig gar nicht zu trennenden zivilen Sparten der Unternehmen und ihrer Zulieferer, von all jenen unangenehmen Fragen an die Volksgemeinschaft der Steuerzahler schweigt man lieber. Stattdessen werden sieben Manager ausgemacht, die als Einzige vom Waffenhandel profitieren sollen. Unbewusst, aber umso treffsicherer in der Bedienung antisemitischer Bildsprache, stellt ein Bündnis aus linken und kirchlichen Waffenexport-Kritikern riesige goldene Nasen vor dem Bundestag auf (13). Den angeblich Wenigen, die vom Waffenhandel profitieren, will man so, wie es auf der Website heißt, „Name und Gesicht" geben.

Einfühlung in die Kanone

Doch in dieser fetischisierten Wahrnehmung fetischisierter Verhältnisse geht das Agieren der deutschen Linken nicht auf. Wie das Kapital auf das Recht angewiesen ist, damit die Warenhüter den Tausch überhaupt vollziehen und der Wert sich verwerten kann, ist die Einfühlung in den Wert als automatisches Subjekt durch die Subjekte als Bourgeois gar nicht von ihrer Einfühlung in den Staat als Gewaltmonopolisten und ideellen Gesamtkapitalisten zu trennen. Die Forderung, Waffen nicht zu exportieren, wo man doch gegen ihre Produktion nichts einzuwenden hat, ist nicht zuletzt aus dieser Einfühlung der Staatsbürger zu erklären: Empathie mit einem Staat, den man sich zugleich als ökonomisch erfolgreich und militärisch machtvoll wünscht.

In einem Brief vom Dezember 1938 schreibt Benjamin an Adorno, auf dessen These vom Konsum des Tauschwerts antwortend: „In der Tat kann man sich unter dem ‚Konsum' des Tauschwerts schwerlich etwas anderes vorstellen als die Einfühlung in ihn. Sie [Adorno, D.P.] sagen: ‚Recht eigentlich betet der Konsument das Geld an, das er selber für die Karte zum Toscanini-Konzert ausgegeben hat.' Einfühlung in ihren Tauschwert macht noch Kanonen zu demjenigen Konsumgegenstand, der erfreulicher ist als Butter. Wenn der Volksmund von jemandem sagt, ‚der ist fünf Millionen Mark schwer', so fühlt sich derzeit die Volksgemeinschaft selbst einige hundert Milliarden schwer. Sie fühlt sich in diese Hunderte von Milliarden ein. (…) Die Weltausstellungen (…) waren die hohe Schule, auf der die vom Konsum abgedrängten Massen die Einfühlung in den Tauschwert lernten" (14). Die These von der wenn auch ‚trügenden' Übernahme der Funktion des Gebrauchs- durch den Tauschwert und die damit verbundene scharfe Trennung zwischen beiden, wie sie von Adorno für die Kulturgüter in seinem Essay *Über den Fetischcharakter in der Musik* vorgenommen wird (15), ist häufig Gegenstand von Kritik geworden.

Wie Gerhard Scheit festgestellt hat, wählt Benjamin nicht zufällig oder zum bloßen Kontrast neben der Butter die Kanone als Beispiel für die Einfühlung in den Tauschwert: „Darin steckt der Bezug auf ein ‚anders gelagertes' gesellschaftliches Verhältnis – eines, das mit Tauschwert und Kapital ursprünglich zwar nicht zusammenfällt, aber dafür die Conditio sine qua non bil-

det: der Bezug auf den Staat, der bekanntlich das Monopol in der Anwendung der tödlichen Gebrauchswerte bedingungslos beansprucht. Wenn es also eine Einfühlung ins real Abstrakte geben kann, so ist sie zwangsläufig im und durch den Staat vermittelt. Kanonen und Könige, U-Boote und Führerfiguren verschmelzen zu einem einzigen Identifikationsobjekt, das jene Konkretheit bietet, die dem Wert selbst fehlen muß. Dabei ist sein innerster Kern nichts anderes als dessen totale Abstraktion: Volksgemeinschaft ist Einfühlung ins Vernichtungspotential des Staates... Erst als Volksgenosse bekennt sich das Individuum voll und ganz zu jener Charaktermaske, die es im Verhältnis zum Kapital immer war und sein muß, solange Kapital existiert hat und existieren wird; erst als national gesinnter Staatsbürger kann es mit allen Sinnen und rückhaltlos bejahen, daß es nichts anderes sein möchte als die Personifizierung von Kapital und Staat" (16).

Adorno vermisst in seiner Kritik an Benjamins Baudelaire-Buch die Vermittlung der beobachteten Phänomene durch die gesellschaftliche Totalität, die erst auf den Begriff zu bringen wäre. Dies angedeutet wäre im Sinne Scheits mit Benjamin zu argumentieren, dass die Einfühlung in den Tauschwert vielmehr eine in den Wert als automatisches Subjekt ist und diese eben nur in Verbindung mit der Einfühlung in den Staat von Statten geht. Für ersteres spricht Benjamins Interpretation des Mannes der Menge bei Poe, der, von Anstößen getrieben, die Konjunktur imitiere, die der Ware ihre Stöße versetzt: „Die Leute verhalten sich bei ihm [Poe, D.P.] so, als wenn sie nur noch reflektorisch sich äußern könnten" (17). Aber auch aus Baudelaires Flaneur „spricht die Ware selbst" (18), die Subjekt des Rauschzustandes in der Großstadt ist, in den sich dieser begibt (19). Die Verbindung dieser Einfühlung in die „Warenseele", wie Benjamin mit Marx schreibt, mit der Einfühlung in den Staat legt er selbst ebenfalls nahe – auch über die Erwähnung von Butter und Kanonen hinaus: Die Weltausstellungen, die Benjamin als „hohe Schule" für die Einfühlung in den Tauschwert bezeichnet („Alles sehen, nichts anfassen"), zeigen die Waren schließlich als Ausdruck nationaler – also staatlicher – Produktion. Als Teil einer Volksgemeinschaft – und somit Staatsbürger – ist es dem Subjekt dann auch möglich, was ihm als mittelloser Vereinzelter unmöglich ist: Es fühlt sich „milliardenschwer" auf den Schultern von VW, Siemens und eben EADS. Zur Einfühlung in das staatliche Vernichtungspotential tritt eine in den unterm Staat akkumulierten Wert – profitiert man individuell nur höchst vermittelt von dieser Verwertung, wird die Exportweltmeisterschaft dennoch gefeiert, ohne dass es hierfür einer Fan-Meile bedürfte, während man zugleich seit Jahren auf die fällige Lohnerhöhung verzichtet. Die stagnierende Reallohnentwicklung in Deutschland ist der augenscheinliche Beweis, dass sich gerade die Deutschen lieber in den Tauschwert der Kanone einfühlen als in den Gebrauchswert der Butter.

Die von Benjamin beschriebene Einfühlung in den Tauschwert der Kanone wäre somit zu verstehen als Hinweis auf die doppelte Identifikation der Staatsbürger mit dem Staat als Gewaltmonopolisten und ideellen Gesamtkapitalisten. Den Waffenhandel verbieten und gleichzeitig von der Produktion dieser Waffen nichts wissen zu wollen, diese paradoxe Position verweist auf jene doppelte Einfühlung. Und tatsächlich spricht aus jeder Publikation der Waffenexport-Gegner auch die Faszination für die Produkte der Rüstungsindustrie und ihre tatsächlich mörderische Effizienz. Videoclips wie der zum Waffenexport-kritischen Lied *Vaterland* der Band Silly (20) unterscheiden sich in ihrer Ästhetik kaum von den Werbevideos von Rheinmetall und Co: Panzer, Schiffe und Flugzeuge in Formation und bei Paraden, Gewehre und Kanonen, die in Zeitlupe abgefeuert werden, Fahrzeuge, die dynamisch durch weite Landschaften pflügen. Selbst die schließlich hineingeschnittenen Bilder von Kriegsopfern wirken in ihrem Kontext eher als eine Demonstration der Effektivität der zuvor gezeigten Waffen, schließlich ist Deutschlands „Wertarbeit bis heute legendär", wie man bei Bildern von grasenden Rehen auf einer Waldlichtung erfährt. Bei dieser Faszination spielt der Gebrauchswert nach wie vor eine zentrale Rolle: Im Falle der Rüstungsgüter als tatsächliches Potential der Vernichtung.

Denn bei allem Stolz auf deutsche Wertarbeit, der auch bei den gänzlich unpatriotischen Linken aus ihrer Affirmation für die Produktion und der Faszination für Waffentechnik spricht, soll sich der Wert dieser spezifischen Ware also anders als der Wert der Butter nicht im Tausch realisieren. Die Möglichkeiten der Vernichtung wollen die Deutschen auch unabhängig von ihrem Versuch, den Kapitalismus immer nur konkret zu fassen, nicht aus der Hand geben. Man bereitet sich innerlich schon auf die gewaltvolle Manifestation des Ausnahmezustands zwischen den Staaten vor, und dafür will man den eigenen Staat gut gerüstet wissen. Der bundesrepublikanische Volksgenosse denkt sich nicht nur „milliardenschwer", sondern auch bis an die Zähne bewaffnet: So wachsen in einem weiteren Video (21), produziert von der Linkspartei und von dieser als „sehr schön, schaurig" (22) beworben, dem Bundesadler unter den Flügeln Maschinengewehre. Diesem Wunsch nach militärischer Stärke ordnet man auch die Realisierung des Werts der Rüstungsgüter als Waren unter. Den zumindest unmittelbaren Widerspruch zwischen Akkumulation von Kapital und Vernichtungspotential müssen die Waffenexport-Gegner mühevoll rationalisieren, kommt das Gespräch doch mal auf die Rüstungs*industrie*. So versucht beispielsweise Sarah Wagenknecht die eigene Anhängerschaft zu beruhigen: „Im Vergleich etwa zu den USA ist die Bedeutung des militärisch-industriellen Komplexes in Deutschland gering: Der Beitrag der Rüstungsindustrie zur gesamten Wertschöpfung liegt – großzügig berechnet – bei rund einem Prozent, der Anteil der Beschäftigung in der Rüstungsindustrie an der Gesamtbeschäftigung bei maximal 0,24 Prozent" (23). Die wundersame Schöpfungsgeschichte des Wertes in Deutschland soll durch die eigene Forderung, mit Waffen keinen Handel mehr zu treiben, auf keinen Fall bedroht werden.

Dabei ergibt sich das spezifisch Deutsche an dieser Einfühlung in Wert und Staat nicht ausschließlich aus der Intensität dieser Einfühlung, sondern auch aus ihrem spezifischen Charakter. Sie tritt nicht als Nationalismus oder Chauvinismus auf: Gerade den deutschen Linken käme der Wunsch, Deutschland solle ökonomisch wie militärisch noch schlagkräftiger werden, nicht über die Lippen. Sie müssen ihre Sehnsucht nach Omnipotenz nicht zuletzt vor sich selbst in die Forderung nach dem Ende von Waffen*exporten* kleiden, um so die eigenen geopolitischen Ambitionen als Dienst am Allgemeinen, am „friedlichen Zusammenleben der Völker", wie es im Grundgesetz heißt, verkaufen zu können.

Infantilisierung und Schuldabwehr

Die Wahrnehmung dieser Völker und ihres Zusammenlebens, die aus der Forderung nach dem Ende von Waffenexporten spricht, ist ein weiterer Aspekt der ideologischen Verfasstheit deutscher Waffenhandels-Gegner. Im Glauben, durch das Ende von Waffenlieferungen Konflikte beenden zu können, zeigt sich eine Infantilisierung der Konfliktparteien, deren eigentliches Ziel es ist, sich selbst von jeder Schuld am Vernichtungskrieg der Deutschen freizusprechen.

Es gleicht der Logik eines überforderten Lehrers bei der Pausenaufsicht: Zwei Kinder streiten und verprügeln sich mit Stöcken, also nimmt man ihnen die Stöcke weg. Für viel mehr pädagogische Intervention bleibt keine Zeit, und siehe da – es funktioniert. So stellt sich die Friedensbewegung, die nicht ohne Zufall zu einem großen Teil aus pensionierten Lehrern besteht, auch die Lösung eines internationalen Konfliktes vor. Nimmt denen doch mal die Waffen weg, dann vertragen die sich schon!

Von einer materialistischen Analyse, die eine mangelnde beziehungsweise ungleichzeitige Integration unter fragwürdigen historischen Konstellationen entstandener Staaten in den Weltmarkt in den Blick nähme, die das Entstehen von Konflikten und den Zulauf zu bestimmten Ideologien begünstigt, Ideologien, die geeignet sind den Charakter solcher Konflikte grundlegend zu verändern – von jeder Denkanstrengung, die die Verfasstheit der Welt und der Subjekte ernst und in den Blick nimmt, keine Spur. Stattdessen werden die ohnehin nur fetischisiert erscheinenden Verhältnisse weiter fetischisiert, indem der Mensch nur noch zum Anhängsel der Waffentechnik wird. Wenn der Drittländer, im Jargon der Waffenhandelsregulierung eine besonders schlimme Form des Ausländers, eine Waffe hat, wird er sie einsetzen. Zur Verantwortung zu ziehen, ist er dafür jedoch nicht, schließlich ist er nur ein schuldloses Anhängsel. Spricht hieraus zweifelsohne die rassistische Infantilisierung eines Großteils der Weltbevölkerung aus linksdeutscher Perspektive, zielt diese Infantilisierung und Entschuldung doch letztlich auf die Deutschen selbst.

So wird im bereits erwähnten *Vaterland*-Lied, in dem das Ende aller Waffenexporte gefordert wird, zwar zunächst die Möglichkeit aufgeworfen, aufgrund der Verstrickung Deutschlands in den Waffenhandel dieses Land nicht mehr lieben zu können, also Schuld eingestanden. In einer Erklärung, die im YouTube-Video den eigentlichen Video-Clip einbettet, lassen die Ostrocker dann jedoch keinen Zweifel mehr daran, dass es ihnen doch viel mehr um eine Entschuldung des Deutschen Volkes geht: Waffenhandel „ist ein Thema, das uns schon lange beschäftigt, das viele Fragen zur deutschen Geschichte und den Gewinnern des Krieges aufruft. Und, ganz ehrlich, in Anbetracht der jüngsten Kriegsereignisse auf der Welt sind wir absolut erschüttert. Dieses Video richtet sich nicht gegen die Menschen, die ihr Land und ihre Familien verteidigen, sondern gegen die Waffenlobby und all jene, die sich am Tod bereichern." Welche Fragen zur deutschen Geschichte durch aktuellen Waffenhandel bei *Silly* aufgeworfen werden, bleibt das Geheimnis der Band, die Antwort wird aber deutlich: Schuld am Weltkrieg sind nicht die Deutschen, die ja ihr Land und ihre Familien verteidigt haben, sondern die Waffenlobby und „all jene, die sich am Tod bereichern" – vage Formulierungen, bei denen man sich umso sicherer sein kann, dass sie alle verstehen. Sich am Tode anderer zu bereichern, statt ihn völlig selbstlos aber dafür millionenfach herbeizuführen, das gilt den Deutschen spätestens seit Himmlers Posener Reden als eigentlich übelste Form des moralischen Verfalls.

Vor SS-Gruppenführern hatte der „Reichsführer SS" festgehalten, dass man bei der „Ausrottung des jüdischen Volkes", „von menschlichen Ausnahmen abgesehen", doch „anständig geblieben" sei und bei der Ermordung „keinen Schaden in unserem Inneren, in unserer Seele, in unserem Charakter" genommen habe, jedoch: „Wir hatten das moralische Recht, wir hatten die Pflicht gegenüber unserem Volk, dieses Volk, das uns umbringen wollte, umzubringen. Wir haben aber nicht das Recht, uns auch nur mit einem Pelz, mit einer Uhr, mit einer Mark oder mit einer Zigarette oder mit sonst etwas zu bereichern" (24).

Die tatsächlichen Gewinner jenes Krieges, den *Silly* zweifelsohne mit ihrem Gerede von „deutscher Geschichte" oder „geschichtlicher Verantwortung" meinen, auch wenn sie ihn nicht mal benennen können, sind dann auch tatsächlich wichtigere Waffenexporteure als Deutschland: USA, Russland und Frankreich haben von 2011-2015 allesamt einen größeren Anteil am weltweiten Waffenhandel (25). Die Kritik am Waffenexport ist Schuldabwehr und Hass auf die Konkurrenz in einem.

Verdrängung der Gewalt

Die skizzierte Vorstellung, ohne die Lieferung von Waffen gäbe es keine Konflikte mehr, beruht jedoch nicht nur auf der Infantilisierung der Kriegsgegner durch die Friedensbewegung oder deren Versuch, die Schuld an Weltkrieg und Judenvernichtung zu verleugnen. Sie ist ebenso Ausdruck der Verdrängung der Gewalt aus dem Staat und den internationalen Beziehungen, die vielmehr mit den Mitteln der Innenpolitik gefasst werden sollen. So wird der Staat als an sich gewaltlos gedacht, das Gewaltvolle externalisiert, in diesem Falle auf einzelne Kapitalfraktionen, die wiederum nur als Lobby und Händler imaginiert werden können. Dies dient bereits der Rationalisierung eines Widerspruchs, dem die Staatsbürger nicht entrinnen können: Um als Einzelne vor der Gewalt geschützt zu sein, in einer Welt, in der jeder jeden töten kann und ökonomische Konkurrenzverhältnisse und prekäre Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung die Anwendung von Gewalt auch nicht gerade abwegig erscheinen lassen, müssen diese die einzig beim Souverän liegende Möglichkeit zur legitimen Gewaltanwendung akzeptieren, ein Souverän der auch jenseits des Ausnahmezustandes den Tod des Einzelnen als Verurteilter oder Soldat durchsetzen oder einfordern kann. Dass der Einzelne dieses so widersprüchliche wie beängstigende Verhältnis akzeptiert, liegt an der existenziellen Bedrohung, die ihm jenseits des Schutzes durch den Souverän droht: Ökonomische Überflüssigkeit als Bourgeois, Staatenlosigkeit als Citoyen. Die Anstrengung, die Subjekte in einem Staat zu entwaffnen, muss sich genau dieser Dialektik aus Beendigung gewaltvoller Verhältnisse und der Verallgegenwärtigung von Gewalt stellen, und unter anderem aus ihr wären unterschiedlich strenge Waffengesetze innerhalb der Staaten zu deuten.

Doch so wenig die Waffenexport-Gegner die gewaltvollen Verhältnisse in ihrem Staat zur Kenntnis nehmen wollen, so wenig wollen sie zwischen dem Verhältnis von Staatsbürgern in einem Staat und den Beziehungen der Souveräne zueinander unterscheiden. Sie sind in diesem Sinne, mit Scheit gesprochen, *politisch engagiert*: „Die Illusion [einer möglichen Befriedung zwischen den Staaten ähnlich der zwischen den Bürgern, D.P.] aber entsteht immer wieder neu aus dem Bedürfnis, sich darüber hinwegzutäuschen, dass die Form des Staats selber, die im Innern die Befriedigung ermöglicht, diesen latenten Kriegszustand im Äußeren zur Bedingung hat. Appeasement in dem Sinn, in dem es der Nationalsozialismus entlarvt hat, (...) beruht also stets darauf, das Gewaltverhältnis *zwischen* den Staaten auszublenden; zu verdrängen, dass der Staat als Gewaltmonopol und organisierter Zwang, der die Kapitalakkumulation gewährleistet, auf diesem Gewaltverhältnis fußt. Appeasement ist darum der Inbegriff des politischen Engagements. Indem das Wesen des Staats ausgeblendet wird, wiederholt man in der Ideologie, was der Unstaat in der Praxis unternimmt und fördert wissentlich oder unwissentlich den Zerfall der Gesellschaft und des Staats in Rackets – wozu bereits gehört, den internationalen Institutionen, die ihrem Wesen nach allesamt auf Abmachungen zwischen Staaten gründen, tendenziell *mehr* Bedeutung zuzusprechen, als sie demgemäß haben können" (26). Die Waffenexport-Kritiker

sehen die Gewalt als etwas dem Staat und dem Verhältnis der Staaten Äußerliches, was erst durch die Gier der Waffenhändler und Rüstungslobbyisten diesem zugefügt wird.

Doch auch im politischen Bewusstsein der Deutschen – friedensbewegt oder nicht – verschwindet die Gewalt nicht einfach. Sie wird projiziert auf den Staat Israel. Er allein erscheint als gewaltvoller Souverän. Und so ist zum einen auch zu erklären, warum die Forderung des Waffenexport-Stopps immer eine allgemeine ist, zum anderen, warum die Nicht-Behandlung der doch so populären Forderung in der Regel völlig gelassen hingenommen wird: Israel soll mit dem Ende des Waffenhandels getroffen und seiner Möglichkeit beraubt werden, sich gegen die mörderischen Feinde an seinen Grenzen wehren zu können. Damit die deutsche Volksseele in Form von Gedichten und Antisemitismus-Diskussionen in Wallung gerät, reichen keine Verkäufe von Panzern nach Saudi-Arabien, von Fregatten nach Algerien, von Kleinwaffen nach Mexiko. Es müssen schon U-Boote für Israel sein, damit sich mit der Forderung, Waffenexporte zu verbieten, Deutsche aller Länder mobilisieren lassen.

Deutsche Politik kennt kein Interesse

Diese Gemengelage aus völkischem Antikapitalismus, Einfühlung in den Staat als Gewaltmonopolist und ideellem Gesamtkapitalisten, aus Schuldabwehr, Infantilisierung, Verdrängung der Gewalt und Hass auf Israel trifft in der Forderung, Waffenexporte zu verbieten, auf eine spezifische Form des Politikverständnisses, wie sie eben auch aus dem eingangs zitierten Text der *Monitor*-Redaktion spricht. Dieses Verständnis gibt vor, kein materielles oder geopolitisches Interesse zu haben. Indem Machtpolitik offen kritisiert und angegangen wird, setzt man eigene ökonomisch-geopolitische Interessen rücksichtslos durch. Es ist dies eine Politik, die keine sein möchte, die aber umso vehementer anderen Politik vorwirft und das heißt in diesem Falle, für nationalstaatliche Interessen offensiv und mitunter öffentlich einzutreten. Mit diesem Politikverständnis einher geht ein rücksichtsloser Unilateralismus, der im Bestreben, das große Ganze – den Frieden, das Klima, die Flüchtlinge – zu retten, keine Freunde, keine bindende Abmachung, aber auch keine Gegner oder Konkurrenten kennt. Weil der deutsche Unilateralismus vermeintlich kein Interesse bedient, betreibt er Politik mit den Mitteln der Pädagogik: Wer sich den Deutschen Interessen nicht anschließt, verstößt gegen ein höheres, moralisches Prinzip, lässt Einsicht vermissen und kann daher mit Abstrafung rechnen. Wer das Klima-Abkommen neu verhandeln will, trägt Schuld an der Zerstörung der Erde. Wer plötzlich keine Flüchtlinge aufnimmt (um sie kurz darauf wieder weiterhin abzuweisen), der zeigt überhaupt seine Unmenschlichkeit. Und wer Nato-Staaten dazu bringen will, Ausgaben für ihre Bewaffnung und Aufrüstung wie abgesprochen zu verteilen, gefährdet den Frieden der Welt.

Deutschland geht freilich einen anderen Weg: Es verstößt einfach gegen die im Pariser Abkommen gesetzten Ziele zur CO_2-Reduktion, anstatt diese wie die Trump-Regierung neu verhandeln zu wollen, um deren Forderung dann als „Schlag ins Gesicht der Menschheit" (*Germanwatch*) abqualifizieren zu können (27). Es setzt internationale Abkommen, so schrecklich sie auch wie im Falle von Dublin II oder Schengen sein mögen, kurzerhand außer Kraft, um sie, ist erstmal das ökonomische Interesse befriedigt, wieder umzusetzen, unabhängig vom Chaos, dass man durch diese Politik in Staaten ohne Arbeitskräftemangel anrichtet – aber auch ohne Rücksicht auf die Situation in den scheiternden Staaten, aus denen der neue deutsche Niedriglohnsektor flieht. Und es ignoriert ein Abkommen von 2002, dass alle Nato-Staaten zu Rüstungsausgaben von 2% ihres BIP verpflichtet, und das, hielten sich alle Länder an diesen Wert, zwar zu einer Mehrbelastung der Bundesrepublik, aber zu insgesamt 18% weniger Rüstungsausgaben der Nato führen würde – ausgerechnet mit dem Verweis, dass angesichts des enormen wirtschaftlichen Erfolgs Deutschland diese Einhaltung eines internationalen Vertrages unzumutbar sei (28).

Wenn dann wiederum Trump fordert, klare Schritte der Europäer zur Einhaltung des Abkommens festzulegen, wird er für Schubsereien vor dem Pressefoto und militaristisches Säbelrasseln kritisiert (29). Vor diesem Hintergrund ist das Engagement der Friedensbewegung gegen Waffenexporte erst richtig zu verstehen, das ein Engagement *für* Deutschland ist und keine noch so naive Verweigerung, an der negativen Vergesellschaftung unter Staat und Kapital zu partizipieren.

Denn Deutschlands Rolle als Waffenexporteur muss zusammengedacht werden mit seiner generellen Rolle auf dem Weltmarkt. So war Deutschlands Anteil am weltweiten Waffenexport von 2012-2016 laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI zwar der fünftgrößte mit 5,6% hinter den USA (33%), Russland (23%), China (6,9%) und Frankreich (6,0%) (30). Im Vergleich zu Deutschlands Anteil am Welthandel ist seine Rolle als Waffenexporteur aber relativ gering: Hier war Deutschland 2015 der Staat mit den drittmeisten Exporten (8,1%) und lag – anders als beim Waffenexport – nur knapp hinter den USA (9,1%) und China (13,8%) und deutlich vor dem viertstärksten Exporteur, Japan (3,8%) (31). Diese Diskrepanz wird noch deutlicher, wenn man die Außenhandelsüberschüsse beziehungsweise -defizite miteinander vergleicht.

Somit profitiert Deutschland gerade im Verhältnis zu seinen Konkurrenten stärker davon, wenn international Rüstungsausgaben verringert werden und das Kapital in anderen Bereichen investiert wird. Diejenigen Industriezweige, die für den hohen deutschen Export maßgeblich verantwortlich sind, sind zudem häufig erst in der Endproduktion von der militärischen Rüstungsindustrie zu unterscheiden. So ist es beispielsweise für den größten Teil der Zulieferbetriebe egal, ob ihre Kugellager oder Klimaanlagen in Autos oder Panzer eingebaut werden, ähnliches gilt für Stahl- und Chemieindustrie. All diese Sparten, denen Deutschland die herausragende Position auf dem Weltmarkt verdankt, sind zugleich extrem von diesem abhängig – lassen sich ihre Produkte mal nicht auf ihm verkaufen, wird der Staat als Konsument einspringen. Ob diese staatliche Regulierung der Überproduktion dann in Form von Abwrackprämie oder Aufrüstung erfolgt, wird abhängig sein von der historischen Konstellation, technisch ist beides recht einfach möglich. Deutschlands Rüstungsfähigkeit ist also auch dann sichergestellt, wenn andere Wirtschaftszweige als die Rüstungsindustrie im engeren Sinne gefördert werden. Zugleich setzt Deutschland aber auch darauf, Geschäfte zu machen, wenn andere mit dem Einsatz von Waffengewalt neue Märkte erschließen. Als zurückhaltender Pazifist konnte Deutschland beispielsweise schon ab 2004 auch gegen den Willen der USA große Aufträge beim Wiederaufbau des Iraks an Land ziehen (32).

Deutsche Politik ist Gegen-Politik: Politik mit anti-politischer Rhetorik. Als solche der Pädagogik verbunden, kennt sie keine Konkurrenten am Weltmarkt oder Gegner in Interessenskonflikten, sie kennt nur uneinsichtige Feinde. Nicht ohne Grund sind es in der Regel die USA, gegen die man die Durchsetzung der eigenen Interessen im Dienste der guten Sache legitimiert. Nicht ohne Grund ist die deutsche Linke von den Linkspopulisten der Welt so begeistert, die ebenfalls den Mythos und den Feind an die Stelle des gemeinsamen Interesses setzen. Und sollte diese deutsche Feindbestimmung

ihr Objekt tatsächlich einmal zum Abschuss freigeben, so hat die deutsche Linke ihren, wenn auch kümmerlichen Beitrag dazu geleistet: Durch die Forderung, Waffen*exporte* zu stoppen, wird der deutsche Souverän zumindest gut gerüstet sein.

Anmerkungen:

(1) https://www.facebook.com/monitor.wdr/posts/972407599464847.
(2) http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/zuwanderung-oekonomen-sehen-ausgaben-fuer-fluechtlinge-als-konjunkturprogramm-14597339.html.
(3) http://www.fluchtgrund.de/2016/07/auf-der-flucht-vor-deutschen-waffen.
(4) https://www.neues-deutschland.de/artikel/1000010.prozent-der-bundesbuerger-gegen-waffenexporte.html.
(5) http://www.bild.de/politik/inland/margot-kaessmann/was-wuerde-jesus-zu-waffen-deals-sagen-52225344.bild.html.
(6) http://www.sz-online.de/nachrichten/bund-genehmigt-weniger-ruestungsexporte-3705139.html.
(7) Siehe z.B. den Kommentar zu den vorläufigen Zahlen zum Waffenexport 2016 unter http://www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2016/10/Auswertung-R%C3%BCstungsexporte-2016.-Vorl%C3%A4ufige-Zahlen-des-BMWi.pdf.
(8) http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Forderungen-Ziele.65.0.html.
(9) Ebd.
(10) http://www.spiegel.de/politik/deutschland/martin-schulz-plaediert-fuer-eine-neue-friedenspolitik-gastbeitrag-a-1149149.html.
(11) http://www.pnn.de/pm/1187888.
(12) Vgl. bspw. die Kampagnen der Friedenskooperative: https://www.friedenskooperative.de/kampagne.
(13) http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Goldene-Nasen.840.0.html
(14) Adorno, Theodor W./Benjamin, Walter: Briefwechsel. 1928 – 1940, Frankfurt am Main 1994, S. 385 f.
(15) So schreibt Adorno kurz nach dem von Benjamin im Brief zitierten Satz, den reinen Gebrauchswert zumindest als Illusion bestimmend: „Setzt die Ware allemal sich aus Tauschwert und Gebrauchswert zusammen, so wird der reine Gebrauchswert, dessen Illusion in der durchkapitalisierten Gesellschaft die Kulturgüter bewahren müssen, durch den reinen Tauschwert ersetzt, der gerade als Tauschwert die Funktion des Gebrauchswertes trügend übernimmt." Vgl. Adorno, Theodor W.: Über den Fetischcharakter in der Musik, in Ders.: Gesammelte Schriften. Band 14, Frankfurt am Main 2003, S. 26.
(16) Scheit, Gerhard: Die Meister der Krise. Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand, Freiburg 2001, S. 32 f.
(17) Benjamin, Walter: Charles Baudelaire. Ein Lyriker in Zeiten des Hochkapitalismus, in: Ders.: Ausgewählte Werke, Berlin 2015, S. 494.
(18) Ebd.
(19) Ebd., S. 494.
(20) Video: „Silly – Vaterland – Das Musikvideo" (https://www.youtube.com/watch?v=stIHsuuAVms).
(21) Video: „Waffenexporte stoppen!" (https://www.youtube.com/watch?v=CJXoqhyvDN0).
(22) http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Waffenexporte-stoppen.366.0.html.
(23) https://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische-plattform-der-partei-die-linke/mitteilungen-der-kommunistischen-plattform/detail/artikel/deutsche-waffenexporte.
(24) Vgl. „Rede des Reichsführers SS bei der Gruppenführertagung in Posen am 4. Oktober 1943", (online unter http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0008_pos&object=pdf&st=REDE%20DES%20REICHSF%C3%BCHRERS%20SS&l=de). Die Nazis, die ab 1934 (gemessen am Anteil an der Gesamtproduktion) das größte Aufrüstungsprogramm initiierten, das es jemals in Friedenszeiten gab, haben sich von Anfang an und bis zuletzt gegen eine private Bereicherung an der Aufrüstung gewandt. Bereits im 25-Punkte Programm der NSDAP von 1920 hieß es unter Punkt 12 entsprechend: „Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die *persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen* am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne" (Herv. i.O., http://www.documentarchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html).
(25) Vgl. SIPRI-Yearbook Summary 2016, online unter https://www.sipri.org/sites/default/files/YB16-Summary-ENG.pdf.
(26) Scheit, Gerhard: Kritik des politischen Engagements, Freiburg 2016, S.
(27) Vgl. https://www.freitag.de/autoren/nick-reimer/deutsche-doppelmoral sowie https://www.welt.de/politik/ausland/article164014068/USA-kritisieren-Deutschland-fuer-miesen-Klimaschutz.html.
(28) So eine Berechnung des Stockholmer Instituts SIPRI, das freilich zu Recht betont, dass eine Reduzierung der Ausgaben der USA, die gerade 3,3% des BIP für Rüstung ausgeben, eher unrealistisch ist. Ein Umstand, auf den sich Deutschland freilich nicht berufen kann. Vgl. http://www.sueddeutsche.de/politik/militaerausgaben-die-maer-von-gleichen-militaerausgaben-1.3474484.
(29) Vgl. http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-05/nato-donald-trump-verteidigungsausgaben-trittbrettfahrer/komplettansicht.
(30) Vgl. https://www.sipri.org/research/armament-and-disarmament/arms-transfers-and-military-spending/international-arms-transfers.
(31) Vgl. die Zahlen der WTO in der Übersicht bei Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Welthandel/Tabellen_und_Grafiken#cite_note-:1-6.
(32) Vgl. Kiechle, Brigitte: Das Kriegsunternehmen Irak, Stuttgart 2006.

Impressum

Medieninhaber:
Institut für Sozialkritik Freiburg e.V.

Einzelheft:
4,00 € (inkl. Versand)
über info@ca-ira.net – Bezahlung gegen Rechnung

Mitglieder des Instituts für Sozialkritik Freiburg erhalten die Pólemos kostenlos, siehe www.isf-freiburg.org

Bankverbindung:
Sparkasse Freiburg,
BLZ: 680 501 01, Kto.: 122 201 77
IBAN: DE 9368 0501 0100 1222 0177
BIC: FRSP DE66

Adresse der Redaktion:
Redaktion Pólemos
c/o Institut für Sozialkritik
Günterstalstr. 37
79102 Freiburg

Kontakt zur Redaktion:
redaktion.polemos@googlemail.com

Internetadresse:
www.kritischetheorie.wordpress.com

Verlag und Auslieferung:
ça ira-Verlag
79002 Freiburg, Postfach 273
info@ca-ira.net
www.ca-ira.net

Ohnmacht und Omnipotenz

Die Ideologie des gegenwärtigen Politaktivismus

Zwei Buchbesprechungen von Lukas Potsch

Dass im Sommer zum letzten Gefecht geblasen wird, das ist – zumindest für die Anhänger des Zentrums für politische Schönheit (ZPS) und der Identitären Bewegung (IB) – beinahe schon Routine.

Im Juni letzten Jahres kämpfte das ZPS gewohnt heroisch die (wahrscheinlich vorerst) „letzte Schlacht um Europas Humanität". In der Aktion „Flüchtlinge Fressen – Not und Spiele" wurde angekündigt, mehrere nach Deutschland Geflüchtete vier „lybischen" Tigern zum Fraß vorzuwerfen, sollte die Bundesregierung nicht bis zum 22.06.2016 eine Sondergenehmigung für hundert geflüchtete Syrer ausstellen, die es ihnen erlaubt, per Flugzeug nach Deutschland zu reisen, um nicht die Überquerung des Mittelmeers auf sich nehmen zu müssen. Ein Werbevideo stilisierte die Kampagne zur Entscheidung über den Fortbestand des „europäischen Reiches" (1).

Ein paar Wochen später zog die „Identitäre Bewegung" (IB) mit nicht weniger als einem „historischen Bild" nach: Die Besteigung des Brandenburger Tors sollte ein monumentales Zeugnis der Bewegung schaffen (2).

Entsprechend war es auch diesen Sommer wieder so weit. Durch eine Flugblattaktion am türkischen Gezi-Park erregte das ZPS erneut Aufsehen: Ein Drucker verteilte Flugblätter durch das Fenster eines Hotels, auf denen neben „Humanismus und Demokratie" auch „Tod dem Diktator" gefordert wurde (3). Dabei stellte sich das ZPS geschichtsrelativistisch in die Tradition des Widerstands der „Weißen Rose" (4). Die sonst so erdverbundenen Identitären hingegen versuchen sich derzeit – eher erfolglos – zur See: Mit einem durch Spenden gecharterten Schiff wollen sie Schlepperei durch NGOs im Mittelmeer verhindern und in Seenot geratene Flüchtlinge wieder an die lybische Küste bringen. Ausgegebenes Ziel ist es, die „Invasion" durch nicht-europäische Völker zu verhindern und die „Verteidigung Europas" selbst in die Hand zu nehmen, wo der Staat versage (5) – was allerdings angesichts der Behinderung der dort in der Seenotrettung aktiven NGOs ohnehin von Europa besorgt wird.

Schlachten, historische Bilder, Tyrannenmord – darunter macht es der zeitgenössische Politaktivist nicht mehr. Dass der jeweils genialisch oder kollektiv motivierte Größenwahn des ZPS und der IB danach strebt, die Idee eines autonomen Subjekt vollständig zu verwerfen, zeigen zwei Bücher aus dem Umfeld beider Bewegungen: Bereits 2015 veröffentlichte Philipp Ruch, künstlerischer Leiter des ZPS und selbsternannter „Chefunterhändler der politischen Schönheit" (6) sein „flammendes politisches Manifest, das keine Ambivalenzen duldet" (7), (SZ) *Wenn nicht wir, wer dann?*, das die Aktionen des ZPS und das Konzept der „politischen Schönheit" erklären sollte. Auch die IB-Aktivisten Martin Sellner und Walter Spatz versuchten sich in einem Gespräch über Heidegger, das im Antaios-Verlag als Buch veröffentlicht wurde, an einer existenzialontologischen Rechtfertigung des Popaktionismus der IB. In ihrem ausgearbeiteten Größenwahn ergänzen sich beide Schriften hervorragend und zeigen die Aktionen der Gruppen als Ergebnisse postmoderner Ideologie, welche die Auflösung des Subjekts als Befreiung verstehen will.

Das ZPS: Gegen die Psychoanalyse und für Geniekult

Ruchs eklektizistische Schrift, die ohne Skrupel Versatzstücke einzelner großer (Platon, Marx, Nietzsche, Freud) und weniger großer (Herfried Münkler, Rupert Neudeck oder Heinrich Böll) Denker aneinandergereiht, kreist rund um die Frage nach dem gegenwärtigen „Menschenbild"; denn Denken, Handeln und Fühlen sollen nur von der Selbstwahrnehmung des Menschen abhängen. In Ruchs blumiger Sprache: „Die Grenze unseres Geistes findet sich in dem Menschenbild, das architektonisch unseren Seelen zugrunde liegt. Das Menschenbild ist der Stadtplan in jeder Seele. Dieses Bild regiert uns" (8). Folglich kann dieser Plan auch jederzeit ausradiert und neu „gemalt" (9) werden. So, wie der Mensch entscheidet, sich selbst zu denken, ist er auch. Da es außerdem Ziel des Menschen ist – warum, oder wie er zu dieser Einsicht gelangt, bleibt offen – „Geschichte zu schreiben" (10) und die Verwirklichung der Menschenrechte als die letzte verbleibende Utopie seit dem „Ende der Geschichte" postuliert wird (11), stellt das Manifest des „Chefunterhändlers" nichts weniger als den Versuch dar, ein neues Menschenbild zu entwerfen, das die Menschen dazu antreibt sich aktiv für zu keiner Zeit mit konkreten Inhalten gefüllte „Menschenrechte" einzusetzen. Ein derartiges Handeln wird dann als „schön" bezeichnet. Die Dimension von Ruchs Narzissmus wird augenscheinlich, wenn er sich selbst zum Religionsstifter erklärt. „Die nächste Religion, die gestiftet werden muss" – von wem, wenn nicht ihm? – ist eine „die nicht die Existenz Gottes voraussetzt, sondern die Existenz der Wirkung jedes Einzelnen" (12). Leider stünden der Verbreitung dieser Religion „toxische[n] Ideen" (13) entgegen, die politische Hässlichkeit, bzw. Tatenlosigkeit hervorrufen.

Die wichtigste dieser toxischen Ideen ist die Psychoanalyse. Weil sie den Menschen zur „hässliche[n] Bestie" (14) gemacht habe, liest sich Ruchs Manifest über weite Strecken wie ein einziges Pamphlet gegen Freud. Deutlich werden etwa die drei Kränkungen – der kosmologischen durch Kopernikus, der biologischen durch Darwin und der psychologischen durch die Psychoanalyse selbst –, von denen Freud in *Eine Schwierigkeit der Psychoanalyse* (15) spricht, aufgegriffen. Einziges Kriterium nach dem wissenschaftliche Erkenntnisse beurteilt werden, ist ihr „psychologische[r] Wert" (16). Indem Kopernikus und Darwin die Stellung des Menschen innerhalb des Alls und im Tierreich relativiert hätten, habe der Mensch das Bewusstsein seiner eigenen Größe und Schönheit verloren, was ihn in die politische Passivität zwänge. Freud habe mit der Erkenntnis, dass „das Ich nicht Herr sei in seinem eigenen Haus" (17) ganz besonders zur Verbreitung der „arktische[n] Kälte" zwischen den Menschen beigetragen, da er damit „nichts anderes und nichts Besseres" (18) als ein Tier im Menschen erkannt haben soll. So wird die Psychoanalyse als die schwerste der drei Kränkungen zum Ursprung aller politischen Tatenlosigkeit erklärt: „Es sind die blindwütigen, widerwärtigen Unterstellungen Sigmund Freuds, die

aus dem Menschen etwas Hässliches, Trauriges und Verletztes machen" (19) und den Menschen so durch „Selbstverachtung" (20) knechten. „Obszön" sei die Psychoanalyse, weil sie den Menschen zur Nabelschau auffordere, statt nach Vorbildern in Menschen zu suchen, die „Großes" geleistet haben (21); die Reflexion auf die im Rahmen der gesellschaftlichen Zurichtung erfahrenen ödipalen Konflikte eines jeden Individuums ist für Ruch bloße Lähmung und Schwächung des Menschen (22) – letztlich wird so alles, was das Subjekt an seine schmerzvolle Zurichtung erinnern könnte als „allerhand Depressionen" (23) abgetan. So paart sich der Hass gegen modernen Individualismus (dem eine krude Theorie der Seelenverschmelzung entgegengehalten wird (24)) mit der Verherrlichung von Leiden und dem Wunsch nach männlicher Härte: „Bis Freud waren Leiden nicht etwas, das man zu behandeln, sondern etwas, das man wegzustecken hatte" (25). Entsprechend stellt Ruch sich auch die Frage, warum es keine „positive Psychoanalyse" (26) gäbe, mit der man nach „Kräften und Glück" sucht, um den Zwang, den die Subjekte erfahren, aus eigener Kraft und mit dem Versprechen, selbst Bezwinger zu werden, verewigen zu können. Das bisschen Vernunft, das die Psychoanalyse in die Gesellschaft bringen möchte, indem sie versucht den Menschen das eigene Seelenleben zugänglich zu machen, wird als ein Ärgernis begriffen, das „Größe", „Inspiration" und „Schönheit" entzaubert (27).

Der Entscheidungs- und Antriebslosigkeit als „Krankheit[en] der Seele" (28) des modernen Menschen, der ständig über sein Unbewusstes nachgrübelt, wird der tatkräftige, entscheidungsfreudige und Gefahren trotzende Menschenrechtsaktivist entgegengestellt. In diesem Zusammenhang versucht Ruch seine eigene Form des Geniekultes zu etablieren.

Es war Kant, der dem Geniegedanken erstmals einen philosophischen Stellenwert beimaß. Genie als „angeborene Gemütslage (ingenium), durch welche die Natur der Kunst die Regel gibt" (29) sei notwendig, um neben dem Naturschönen auch von schöner Kunst sprechen zu können. Wenn Kant Schönheit als „Zweckmäßigkeit ohne Zweck" bestimmt, Kunstwerke aber immer menschliche Artefakte sind, also Dinge, die um eines gewissen Zwecks willen hergestellt werden, bleibt schöne Kunst nur durch Rückgriff auf das natürliche Talent denkbar: „Geniale Kunstschaffende schöpfen die Regel ihres Schaffens aus ihrem Genie und damit direkt aus der Natur. Von den diskursiv-begrifflichen Regeln, an denen Menschen ihre vernünftigen Tätigkeiten normalerweise orientieren, ist eine Regel des Genies völlig verschieden" (30). Trotz der Naturalisierung des Genies – es ist der „Günstling der Natur" (31) –, bleibt hier wenigstens eine gewisse Autonomie des Kunstwerks bestehen. Ein Einsatz des Genies für die „politische Schönheit" ist hier nicht möglich. Bezog Kant den Genie-Begriff also vor allem auf das innovative, naturgegebene Potential von Künstlern, das wiederum andere, jüngere zur Nachahmung anregen konnte (32), so wurde der Begriff im Laufe des 19. Jahrhunderts verstärkt mit „der Vorstellung vom großen, heroischen Übermenschen verbunden [...], der seine Ideen gegen alle Widerstände gradlinig durchsetzt" (33). Die Motive von Kampf und Gefolgschaft verbinden sich zusehends mit dem Geniegedanken; in dem Gedicht „Der Eid" des deutschen Genies Stefan George von 1907 etwa ruft eine Gefolgschaft ihrem Anführer zu: „Lenker auf den wegen unsrer not ·/Nenn dein dunkelstes gebot!/Pflüge über unsre leiber her:/ Niemals mahnt und fragt dich wer!" (34) Den Nationalsozialisten schließlich galt vor allem Richard Wagner als ein solcher „Willensheros"; und auch in *Mein Kampf* findet sich die Vorstellung, dass sich die Entwicklung zum Genie erst durch Prüfung und Kampf vollziehen kann: So bedürfe es einen „Hammerschlag[s] des Schicksals, der den einen zu Boden wirft, [...] bei dem anderen plötzlich auf Stahl [schlägt], und indem die Hülle des Alltags zerbricht, liegt vor den Augen der Welt der bisher verborgene Kern offen zutage. [...] Ein Vorgang, der sich wohl bei jedem bedeutenden Menschenkinde wiederholt" (35).

In seinem Selbstverständnis, er sei ein von der politischen Schönheit gesandter „Chefunterhändler", der gegen die Kultur der politischen Hässlichkeit in den Kampf zieht, klagt Ruch dann auch folgerichtig demokratische Gleichmacherei an, die solche genialen Willensausbrüche verhindere. So werde etwa in den Schulen „Macht und Herrschaft dämonisiert" (36) und die so „eingeimpfte" (37) Gleichheit verhindere Individualität und das Gefühl für das „Große". Um die im Postnazismus hässlich gewordenen Begriffe von Führerschaft und Gefolgschaft zu vermeiden, spricht Ruch aber lieber davon, dass die Menschen auf „Beispielgebung" (38) warten würden. Die vermeintliche Freiheit der willkürlichen Verfügung über das eigene „Menschenbild" wird so durch die Vorstellung von der Führungsfunktion des Genies, das sich auch selbst erst durch den „Hammerschlag" des politischen Aktivismus konstituierte, zurückgenommen.

Die Identitäre Bewegung: Der ethnopluralistische Ruf des Seins

Auch die IB versteht sich als Avantgarde eines Existentials, das sie ähnlich bewirbt wie Ruch seine Politische Schönheit. Erklärter Feind der IB ist der „große Austausch" (Renaud Camus), wobei die zeitkritischen Töne frappierend an die Tiraden des ZPS erinnern. Walter Spatz und Martin Sellner klagen in *Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger* etwa über Nihilismus, „Kleinmut und Verlustangst" (39) und ständige „Nabelschau" (40), die im „kulturelle[n] Krebs [...], den uns die angloamerikanisch dominierte Lebensart beschert" (41), gründen. Die letzte Rettung vor dem vollständigen Untergang des Abendlandes, finden beide in einer „ethnokulturellen" und „identitären" Heideggerexegese. Die Beziehung zum „eigenen Volk" wird dabei wie in *Sein und Zeit* als Mitsein, also als eine existenziale Bestimmung des Daseins gedacht (42). Betont wird nun jedoch, dass kein „einzelnes Volk einen ‚exklusiven Bezug' zum Sein" (43) habe. Jedes Volk müsse auf das jeweilige Sein „aus dem Boden der Heimat" (44) hören. So erscheinen die Aktivisten der Identitären dann als die letzten, allerdings „noch zarten, auf-rechten [sic] Pflänzchen", die „sich zum Da-sein entschieden haben" (45). Man muss sich so zwar entscheiden identitärer Aktivist zu werden, gibt sich als entscheidendes Subjekt aber im gleichen Moment an das Sein auf: „Wir gehören dem Sein und erleben eine eigentliche Daseinsform als Einzelne im Rahmen unseres Volkes, denn über diese und aus diesem ereignet es sich" (46).

Dass es sich auch hier, wie schon bei Heidegger (47), keineswegs um eine Analyse der reinen, fundamentalontologischen Struktur des Seins handeln kann, sondern um die Mystifizierung von der über das Kapital vermittelten und das heißt stets auch krisenhaften Gesellschaft, wird dann auch recht unumwunden zugegeben, indem das eigentliche Sein bei Spatz und Sellner als „das kämpferische Halten der Stellung im notwendigen ‚ontischen', politischen Daseinskampf gegen Islamisierung, Globalisierung etc." (48) verstanden wird. Seinen Ausdruck soll dieser Kampf in den Aktionen und der neuen Bildsprache der Identitären finden. Das gelbe Lambda der IB, als „Symbol der Sammlung und Zuspitzung" (49), soll die „geistige Verschärfung" vorantreiben und so die „Herzen in Brand setzen", auf dass der „schlafende Furor teutonicus, das ewig unzivilisierbare, urdeutsche Fieber" (50) endlich erwachen möge. Bei anderem Vokabular wird doch auch hier wie bei Ruch die Entschlossenheit zur Unterwerfung unter eine leere abstrakte Entität – sei es das ethnokulturelle Sein oder

der Ruf der politischen Schönheit – gefordert. Folglich steht auch die Forderung nach der heideggerschen Gelassenheit im Zentrum des Gesprächs: In dieser „passive[n] Aktivität“ (51), soll sich das Horchen auf das eigene, ethnopluralistisch interpretierte Sein, mit der kämpferischen Aktivität und dem Ausdruck dieses Seins des Volkes durch die Aktionen der IB ausdrücken.

Ohnmacht und Omnipotenz

Sellner und Spatz bestimmen in ihrem Gespräch den Kampf gegen „Individualismus, Egalitarismus, Universalismus, Progressivismus – kurz den neuzeitlichen Subjektivismus“ (52) als zentrale Aufgabe politischen Aktionismus der IB. In diesem Kampf gegen das Subjekt treffen sich die in ihren politischen Selbsteinordnungen so verscheiden Vertreter der IB und des ZPS. Wenn Heidegger den Rückzug des Subjekts anführte, um es im (ethnopluralistischen) Sein aufgehen zu lassen, wie nun Sellner und Spatz, startet Ruch einen spektakulären Scheinangriff gegen die objektiven Verhältnisse, indem er das Subjekt und sein Denken oberflächlich total ermächtigt. Denn indem mit der Ablehnung des „Hässlichen“ und Kreatürlichen des Menschen (53) jedes heteronome Moment am Menschen eliminiert werden soll, stellt Ruch eine voluntaristische Vorstellung von Menschen und Gesellschaft auf („Wir haben es in der Hand zu bestimmen, was wir sein wollen“ (54)), nur um sie im gleichen Moment zu Gunsten des reflexionslosen und leidensfähigen Leben unter dem Zeichen der politischen Schönheit zurückzunehmen. Die Auflösung des Subjekts im Sein ist jedoch dabei genau so der Versuch der eigenen Ohnmacht nachzugeben und sie zu verklären, wie die totale Selbstermächtigung durch Eliminierung jedes heteronomen Moments im und zwischen Menschen. Ohnmacht als Omnipotenz auszugeben und so alle Zwänge und Ängste des Subjekts zu verdrängen, indem die gegenwärtigen Verhältnisse als ewig und notwendig dargestellt werden, zeigt sich so nicht nur als Kern der gegenwärtigen, politischen Aktionen, die selbst unter dem Label Kunst oder Performance auftreten, sondern auch im Wesen postmoderner Ideologie (55).

Anmerkungen:

(1) Vgl. das Video: „Flüchtlinge Fressen – Not und Spiele“ (https://www.youtube.com/watch?v=vFzDH8OvDqE), letzter Aufruf: 10.08.2017.
(2) Video: „Identitäre besetzen Brandenburger Tor – Danke Leute!“ (https://www.youtube.com/watch?v=QwhGFNOCsI0), letzter Aufruf: 10.08.2017.
(3) https://twitter.com/politicalbeauty/status/880724285442150400/photo/1 (letzter Aufruf: 10.08.2017).
(4) Im Vorfeld der Aktion wurde im Namen eines (fingierten) Bayerischen Staatsministerium für „Bildung, Kultur und Demokratie“ der Wettbewerb „Scholl 2017“ veranstaltet. Die Schüler wurden aufgerufen, Flugblätter gegen einen gegenwärtigen Diktator zu verfassen. Dem Gewinner wurde eine Reise in die jeweilige Diktatur versprochen, um das Flugblatt dort zu verteilen vgl. https://www.scholl2017.de/ (letzter Aufruf 10.08.2017).
(5) Da die IB nicht in lybische Hoheitsgewässer eindringen darf, kann eine „Rückführung“ von Flüchtlingen wohl kaum gelingen. Vielmehr sind sie selbst zur Rettung von in Seenot geratener Menschen verpflichtet und wurden selbst schon mit dem Vorwurf der Schlepperei konfrontiert vgl. http://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/anti-fluechtlings-aktion-im-mittelmeer-identitaere-steuern-richtung-libyen/20135310.html (letzter Aufruf: 10.08.2017).
(6) Ruch, Philipp: Wenn nicht wir, wer dann? Ein politisches Manifest. Bern 2015, S. 104.
(7) Hallmayer, Petra: Unruhe bewahren. In: http://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchner-kammerspiele-unruhe-bewahren-1.3560524 (letzter Aufruf: 10.08.2017).
(8) Ruch: Wenn nicht wir, wer dann? S. 46.
(9) Ebd.
(10) Ebd. S. 170.
(11) Vgl. ZPS (2013) Aggressiver Humanismus. Von der Unfähigkeit der Demokratie, große Menschenrechtler hervorzubringen. In: https://medium.com/@politicalbeauty/aggressiver-humanismus-3d091f8732a3#.atovsnai1 (letzter Aufruf: 10.08.2017).
(12) Ruch: Wenn nicht wir, wer dann? S. 170.
(13) Ebd. S. 9.
(14) Ebd. S. 35.
(15) Freud, Sigmund: Eine Schwierigkeit der Psychoanalyse. In: Freud. Gesammelte Werke. Hg. v. Anna Freud. Bd. 12. London 1949, S. 3-12.
(16) Ruch: Wenn nicht wir, wer dann? S. 72.
(17) Freud: Eine Schwierigkeit der Psychoanalyse. S. 11.
(18) Ebd. S. 8.
(19) Ruch: Wenn nicht wir, wer dann? S. 79.
(20) Ebd. S. 159.
(21) Vgl. ebd. S. 85.
(22) Vgl. ebd. S. 150.
(23) Ebd. S. 94.
(24) Vgl. ebd. S. 83.
(25) Ebd. S. 94.
(26) Ebd. S. 149.
(27) Vgl. ebd. S. 91.
(28) Ebd. S. 138.
(29) Kant, Immanuel: Kritik der Urteilskraft. Stuttgart 2011, S. 235.
(30) Fricke Christel: Kants Theorie der schönen Kunst. In: Kants Ästhetik. hg. v. Herman Parret. Berlin/New York 1998, S. 674-689. S. 679.
(31) Kant: Kritik der Urteilskraft. S. 253.
(32) Fricke, Christel: Art. Genie. In: Kant Lexikon. hg. v. Marcus Willaschek et al. Berlin/Boston 2015, Bd. 1. S. 756-758. S. 757.
(33) Schwarz, Birgit: Geniewahn: Hitler und die Kunst. Wien/Köln/Weimar 2009, S. 89.
(34) George, Stefan: Die Gedichte. Tage und Taten. Stuttgart 2003, S. 518-519. S. 518.
(35) Hitler, Adolf: Mein Kampf (1936), zit. nach Schwarz, Birgit: Geniewahn: Hitler und die Kunst. Böhlau/Wien 2009, S. 92.
(36) Ruch: Wenn nicht wir, wer dann? S. 127.
(37) Vgl. ebd.
(38) Ebd. S. 184.
(39) Sellner, Martin/Spatz, Walter: Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger. Schnellroda 2015, S. 78.
(40) Ebd. S. 79.
(41) Ebd. S. 51.
(42) „Wenn aber das schicksalhafte Dasein als In-der-Welt-sein wesenhaft im Mitsein mit Anderen existiert, ist sein Geschehen ein Mitgeschehen und bestimmt als *Geschick*. Damit bezeichnen wir das Geschehen der Gemeinschaft, des Volkes. [...] Im Miteinandersein in derselben Welt und in der Entschlossenheit für bestimmte Möglichkeiten sind die Schicksale im vornhinein schon geleitet. In der Mitteilung und im Kampf wird die Macht des Geschickes erst frei“ (Heidegger, Martin: Sein und Zeit. Tübingen 2006 (19. Aufl.), S. 384).
(43) Sellner/Spatz: Gelassen in den Widerstand. S. 68; Wobei sich hier Sellner und Spatz uneins sind. Spatz spricht ganz im Sinne Heideggers von einem „wunderbare[n] deutsche[n] Sonderweg“ (Ebd. S. 78).
(44) Ebd.
(45) Ebd. S. 56.
(46) Ebd.
(47) Vgl. Gruber, Alex/Lenhard, Philipp: „Deutsche Ideologie“: Von Stirner zum Poststrukturalismus. In: Gegenaufklärung. Der Postmoderne Beitrag zur Barbarisierung der Gesellschaft. hg v. ders./Philipp Lenhard. Freiburg. i. Br. 2014, S. 7-28. S. 18 f.
(48) Sellner/Spatz: Gelassen in den Widerstand. S. 71.
(49) Ebd. S. 87.
(50) Ebd. S. 90.
(51) Ebd. S. 9.
(52) Ebd. S. 84.
(53) Vgl. Ruch: Wenn nicht wir, wer dann? S. 171.
(54) Ebd. S. 159.
(55) Vgl. Gruber, Alex: Dekonstruktion und Regression. Der Poststrukturalismus als Massenverwalter von Carl Schmitt und Martin Heidegger. In: Gegenaufklärung. Der Postmoderne Beitrag zur Barbarisierung der Gesellschaft. hg v. ders./Philipp Lenhard. Freiburg. i. Br. 2014, S. 154-193. S. 174.

Gewissenvoller Appetit

Über die moralische Fettwerdung der Deutschen

Von David Hellbrück

„*,Der Krankenstand sinkt, außerdem sind Mitarbeiter deutlich produktiver, wenn sie sich körperlich und psychisch wohl fühlen', sagt Alfons Schröer, Leiter der Abteilung Gesundheit beim Bundesverband der Betriebskrankenkasse BKK. Darüber hinaus sei Gesundheitsmanagement ein beliebtes Instrument, um seinen Ruf als Arbeitgeber aufzubessern.*" (FAZ, 26.01.2009).

„*Die Zeiten, in denen Kantinen nur lieblos Sattmacher an Mitarbeiter verteilten, sind vorbei. Stattdessen setzen die Küchenchefs in Unternehmen auf ein sinnlich anregendes Ambiente und eine Vielfalt an ausgewogener Ernährung, um Stimmung und Leistungskraft der Belegschaft auf Touren zu bringen. ,Büroarbeiter sind geistige Hochleistungssportler', meint sogar die Ernährungswissenschaftlerin und Professorin Ines Heindl. Entsprechend groß sind die Erwartungen an die Qualität der Zutaten sowie an die Ernährungskultur im Unternehmen. ... ,Ein Unternehmen darf mit gesunden Speisen nicht die Macht über den Körper seiner Angestellten ergreifen', warnt Expertin Heindl, die an einem Buch über Esskultur und Ernährung schreibt. Wird dieser Appell ignoriert, reagierten Kantinennutzer wie trotzige Pennäler: Sie flüchten, wenn ihnen das Essen in der Hausküche nicht schmeckt, in Schnellrestaurants oder Pommesbuden*" (FAZ, 10.09.2014).

Eine simple Rückrufmeldung des US-amerikanischen Schokoladenriegelherstellers *Mars* reichte aus, um in Deutschland die Gemüter dermaßen zu erhitzen, dass die Verstandsapparate Vieler regelrecht aussetzten.

Am 23. Februar 2016 trat der Produzent an die Öffentlichkeit und verkündete, dass ein Konsument aus Norddeutschland, über den nichts näher bekannt wurde, in seinem Produkt einen unbestimmten Fremdkörper aufgefunden hätte. Zwar liegt die Vermutung nicht ganz fern, dass es sich bei der Rückrufaktion um eine Art der Negativ-Werbung handelte (in der Lebensmittelindustrie sind solch unlautere Werbestrategien nicht unbekannt), aber wie dem auch sei: Aufgeregte deutsche Verbraucher sorgten über mehrere Stunden für einen Serverausfall, Service-Telefone waren Tage später noch nicht erreichbar – kurzum: es gab eine mentale Krise mitten in Deutschland (1).

Ganz anders in den USA: Monatelang wurden bei der umsatzstärksten US-amerikanischen Fast-Food-Kette *Chipotle – Mexican Grill* vermehrt viel weitreichendere und insbesondere konkretere Hygienemängel als im deutschen Fall bekannt, die im Anschluss auch zu erheblichen Umsatzeinbußen führten. Im Oktober 2015 spitzte sich die Lage zu, als 141 Studenten des Boston Colleges – darunter auch die Hälfte des prestigeträchtigen Basketballteams – erkrankten. Im Februar 2016 schlossen alle Filialen landesweit, um die Mitarbeiter in einem Briefing über die neuen Hygienestandards zu unterrichten. Interessant ist, dass viele der Kunden in Interviews kundtaten, dass sie keinen weiteren Grund in einem Boykott der Restaurant-Kette sähen, da nach dem Bekanntwerden der ,desolaten' Hygienesituation Maßnahmen ergriffen wurden, die Lage nun im Griff sei und von weiteren Erkrankungen ja auch nicht mehr berichtet wurde. Nicht nur medienwirksam, sondern auch durch Ablaufänderungen in der Produktionskette seien durch die Unternehmensführung Konsequenzen gezogen worden. Alles in allem zeigt der Verweis auf das Bekanntwerden der Hygienemängel in den USA recht eindrücklich, dass auch ein gänzlich anderer Umgang mit Produktionsfehlern gefunden werden kann.

In Deutschland waren unzählige Meinungen schier verzweifelter Warenkonsumenten in den Zeitungen zu vernehmen, nur drückte sich nirgends die naheliegende Besorgnis aus, dass man möglicherweise selbst kleinste Kunststoffteile hätte verspeisen oder etwa daran (ernstzunehmend) erkranken können. Erst dieser Umstand wäre ja die notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für eine Empfindung, die dann in Folge der weiteren Besorgnis zu einem Skandal reichen und schließlich auch das ,Vertrauen in (die) Lebensmittel(-industrie)' stören könnte. Doch diese Voraussetzungen braucht es in Deutschland scheinbar nicht, denn der Krisenfall setzt bereits dann ein, wenn die hypothetische Vergiftung sich im Bewusstsein festsetzt, ohne dass die Prämissen auch nur einmal geprüft werden. Es schien nicht einmal fragwürdig gewesen zu sein, ob diese aufgefundenen Kunststoffteile, über die auch in der weiteren Berichterstattung nichts weiter bekannt wurde, für das somatische Wohlbefinden überhaupt schädlich sind.

Doch der Groll richtete sich nicht etwa ausschließlich gegen den Riegelhersteller und führte etwa dazu, Produktionsfehler zu mokieren, vielmehr sollte die ganze Branche ihre Produktion stoppen. Die Deutschen, die bedeutungsschwanger immer aufs Ganze zielen, forderten nach dem Bekanntwerden der Mängel den sofortigen, bedingungslosen und endgültigen Produktionsstopp und zwar mit der irrsinnigsten aller möglichen Begründungen, dass Schokolade gesundheitsschädlich sei, man auf ,Kalorienbomben' zu verzichten habe, und sich nun alle Welt eingestehen müsse, was ohnehin schon immer alle, das heißt das gesunde Volksempfinden oder der gesunde Menschenverstand, wussten: ,Schokolade ist überflüssig!'

Man könnte glatt meinen, dass die Deutschen dem Genuss, der das Denken zumindest für den Moment der Sekunde

des Genusses liquidiert, widerstreben beziehungsweise den Genuss nicht dem Geschmack entzerren, stattdessen immer ein Mehr behaupten; ein Mehr an Tiefsinnigkeit, ein Mehr an Moral, ein Mehr überhaupt. Nichts kann, und erst recht nicht das Essen, ausschließlich dem geschmacklichen Genuss gewidmet sein, sondern muss immer unter Verweis – vorwiegend auf den Preis, der die Mahlzeit kostete oder die gute Tat an der Menschheit – auf ein Mehr, das über den Gegenstand hinausweise, abzielen: Das Profane wäre zu schlicht, zu banal (2).

Auf *co2online*, der Website des gleichnamigen Privatunternehmens (3), finden sich unter anderem ‚klimafreundliche' Kochtipps. Dort wird man angehalten, auf die persönliche Klimabilanz (de facto ein Konto, das den persönlich zu verantwortenden Kohlenstoffdioxid in CO_2 bemessen soll) Rücksicht zu nehmen: „Achten Sie darauf, dass sich Ihr Konsum an Fleisch, Fisch, Eiern und Milchprodukten in Maßen hält. Denn tierische Produkte fallen bei der persönlichen Klimabilanz spürbar ins Gewicht." Im gleichen Atemzug wird dort auf den Vorzug von Bioprodukten, die man zu Ökoprodukten erklärt, hingewiesen. (Wobei vermutlich nur wenige Leute angegeben könnten, wofür das *Bio*-Siegel steht.) „Mit dem Kauf von Ökoprodukten achten Sie nicht nur auf eine klimafreundliche Ernährung, sondern unterstützen auch viele weitere Dinge wie z. B. eine Landwirtschaft, die frei von Pestiziden und Gentechnik ist. Die Tiere werden artgerecht gehalten" (4). Was die artgerechte Tierhaltung, aber auch eine ‚gentechnikfreie' Landwirtschaft mit Klimaschutz gemein haben soll, wird zwar nicht erklärt, hört sich aber zunächst gut an, erscheint als ein ehrenvolles Motiv, bezeugt – ähnlich wie ‚grüner Strom' – ein gutes Gewissen, das eben ein Mehr verspricht.

Der Berliner Verein *Slow Food Deutschland* setzt sich laut Eigenangaben dafür ein, „dass jeder Mensch Zugang zu Nahrung hat, die sein Wohlergehen sowie das der Produzenten und der Umwelt erhält. Die Slow Food Bewegung zählt in Deutschland derzeit rund 14.000 in rund 85 Convivien (lokalen Gruppen)" (Fehler im Original). Dabei gäbe es auch immer mehr junge Mitglieder, die „Schnippeldiskos" veranstalten und Unigärten betreiben. „Durch diese Art des kulinarischen Ungehorsams machen sie auf die Missstände unserer Wegwerfgesellschaft aufmerksam und haben dabei Spaß am gemeinschaftlichen Kochen." *Slow Food Deutschland* fordert erst einmal harmlos, „dass unsere Nahrung geschmacklich und gesundheitlich einwandfrei ist." Aber zugleich, da es sich mit „geschmacklich und gesundheitlich einwandfreier Ernährung" nicht gewissenvoll leben lässt, wird nachgereicht, „dass sie [die Nahrung] auf saubere Art hergestellt wird – also ohne Schaden an Mensch, Natur und Tier anzurichten. Außerdem müssen Lebensmittelerzeuger eine faire Entlohnung für ihre Produkte und ihre Arbeit erhalten" (5).

Es ist nicht nur das Mehr, das die Leute antreibt; insgesamt scheint die Beschäftigung mit Essen vermehrt ins Zentrum der alltäglichen Aufmerksamkeit zu rücken, doch stellt das gedankliche Umkreisen längst keinen Selbstzweck dar.

Einige erklärten in Reaktion auf die Pressemitteilungen des Schokoladenriegelproduzenten in Leserkommentaren, dass sie bereits seit Jahren dieses ‚Gelump', den ‚Dreck' und dieses ‚Gift' nicht mehr verzehren würden und auch ihren (vermeintlich unschuldigen) Kindern dies strikt verbieten würden: „Das Glumpert gehört eigentlich mit einer Insulinspritze mitverkauft", geiferte die Volksseele in der Kommentarspalte des *Spiegels*.

Doch nicht einfach irgendwelche Schokolade, sondern nur solche, die als Junkfood etikettiert ist, stellt für sie ‚Gelump' dar. Für Asketen und andere von Fitness Gequälte ist Low-Budget-Schokolade Ausdruck des Überflusses einer Gesellschaft. Sie ärgern sich über die freiwillig abgenötigte Sparsam- und Enthaltsamkeit und verschieben ihren Frust, der aus der disziplinaren Qual entsteht, auf die Existenz von Junkfood, letztlich auch immer auf jene, die sich dieser Geisteshaltung (scheinbar) entziehen. Doch warum? Denn es könnte vollkommen egal sein (und ist es ihnen vermutlich auch), dass solche Schokolade ihre Existenz in den Regalen hiesiger Kaufhausketten fristet. Es kann also nicht die reine Existenz der Low-Budget-Waren sein, die verärgert, sondern es hängt vermutlich viel mehr mit jenem sozialen Typus zusammen, der nicht diejenige Schokolade, auf der der mindestens siebzigprozentige Kakaogehalt ausgewiesen ist, für schmackhaft hält, sondern jene, die mit einer cremigen Karamellfüllung beworben wird.

Auf der Website von *Fitness Magnet* wird das Rezept der ‚Speise der Götter', denn angeblich hätten die Azteken bereits Kakao genossen, auch für den körperaffinen Angestellten von heute beworben: „Die Xocalatl ist nicht süß und schmeckt auch nicht besonders lecker. Dafür ist es ein Turbogetränk für deinen Körper." In funktionalistischer Absicht, mit dem einzigen Zweck, dem stählernen Körper zu dienen, sei Schokolade nutzbar zu machen: „Wenn es um das ‚Sündigen' geht, steht sie mit an erster Stelle. Sie schmeckt ja auch super. Als Kind hast du dich gefreut, Schokolade zu essen. Heute zögerst du erst einmal, weil du an deine Figur denkst. (...) Kakao ist in der Lage, für dich zu arbeiten. Er kann sogar mithelfen, deinen Körper fitter und gesünder zu machen" (6). Das Magazin *Fit for Fun* hält dem, unter Berufung auf eine Befragung der *University of San Diego* von „mehr als 1000 Personen" zu „ihrer Ernährung", entgegen, dass „Wissenschaftler" zu einem „überraschenden" Ergebnis gekommen seien: „‚Erwachsene, die regelmäßig Schokolade essen, haben einen geringeren BMI als die, die weniger oft zur Schokolade greifen'" (7). Doch prompt wird die Studie kritisch kommentiert: „Das klingt jetzt für Naschkatzen zwar verlockend, jedoch bedeutet das für sie nicht, dass sie mit regelmäßigem Konsum von Schokolade tatsächlich richtig abnehmen können. Die Teilnehmer naschten durchschnittlich nur zweimal in der Woche. Außerdem ist nicht bekannt, um welche Art Schokolade es sich handelt." Wirklich ärgerlich! Einig ist man sich hingegen über den Kakaogehalt der Schokolade: „Jede Schokolade macht glücklich und ist lecker. Will man jedoch seinem Körper etwas Gutes tun, sollte man zum Naschen lieber die dunkle Bitterschokolade wählen. Diese enthält nämlich einen hohen Kakaoanteil – in dem wiederum Flavonoide enthalten sind, die das Herz schützen und bei regelmäßigem Verzehr sogar den Blutdruck und das Risiko für einen Herzinfarkt oder Schlaganfall verringern." Flavonoide sind ein Pflanzenstoff und werden seit den 1930er Jahren als das Vitamin P bezeichnet, über die medizinische Verwendung scheint sich die Forschung bis heute dennoch uneins: „Es könnte jedoch sein, dass sich als unerwünschte Wirkung von Flavonoiden die Erhöhung des Leukämierisikos bei Kleinkindern abzeichnet, sollten die Mütter in der Schwangerschaft Flavonoidensupplemente zu sich genommen haben. Es ist aber noch nicht eindeutig festzustellen, ob Flavonoide in Form von Nahrungsergänzungsmitteln eine genotoxische Wirkung für den Menschen haben" (8).

Es ist aber auch vollkommen gleichgültig, ob dem Wirkstoff eine nützliche Wirkung zugesprochen wird oder nicht, denn mit dem Verweis auf Wissenschaftlichkeit soll die Essstörung des Otto-Normal-Verzehrers kultiviert werden. Wer solche Artikel für bloße Albernheiten und wissenschaftliche Unredlichkeit hält, mag damit recht behalten, doch ändert das nichts an der Tatsache, wie viele Leute diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen Quasi-Religiöses entzerren und ihren Alltag danach ausrichten (9).

Vielleicht stellt diese Form der kultivierten Essstörung den Versuch dar, den Alltag einer Angestelltengesellschaft zu strukturieren, die keine festen Arbeitszeiten mehr kennt. Und es ist ja auch gar nicht so abwegig anzunehmen, dass die Zentralisierung und Fokussierung auf den Körper (der etwas anderes als den Leib meint) ein Effekt der neuen Arbeitsanforderungen an den Einzelnen ist. Ob die fokussierte Beschäftigung mit Nahrung, insbesondere mit Nahrungsergänzungsmitteln nur den Effekt darstellt, gälte es aber zu diskutieren, könnte man gegen das Argument einwenden, dass die Beschäftigung mit der Nahrung auch den Versuch darstelle, zumindest noch selbst über den Körper zu verfügen und damit Einfluss auf das eigene Leben unter kapitalistischer Vergesellschaftung nehmen zu wollen, in dem unbewussten Bewusstsein, dass die Vergesellschaftung im irreduziblen Leib an eine Grenze der Naturbeherrschung stößt (10).

Ein stählerner Körper kann demnach einmal die innere Bereitschaft repräsentieren, die der Unternehmer von seinen Arbeitskraftcontainern ohnehin abverlangt und somit unter Beweis stellen, dass der Arbeiter sich im wahrsten Sinn mit Haut und Haar unter das Integral des Kapitals zu stellen bereit ist. Doch kann der Wille, den Körper zur Rüstung zu trainieren, hingegen auch bedeuten, dass die Herrschaft über die Natur der kapitalistischen Vergesellschaftung nicht überlassen werden soll, man sich der Reduktion auf einen Arbeitskraftbehälter entzieht, die vollständige Vergesellschaftung nie gänzlich gelingt.

Dennoch wird oftmals derjenige, der der disziplinarischen Maßnahme entsagt und demjenigen, den es lüstet, Low-Budget-Schokolade zu essen, nachgesagt, dass er nicht nur seinem eigenen Körper Schaden zurichtet, sondern auch dem Gesundheitswesen auf Dauer auf der Tasche liegen würde. So, *als ob* das Gesundheitswesen kein anderer Ausdruck für den ‚Volkskörper' sei. Im Geiste Turnvater Jahns sonnt sich der schwitzende Tugenderfüller. Der Mitmachzwang herrscht auf allen Ebenen.

Für Sportifizierte und andere, die sich Ernährungsprogrammen verschreiben scheint es eine Eat-Life-Balance zu geben, die besagt: iss nur so viel wie deinem Stand, ja deiner Produktivität, entspricht. Zuletzt aber wird solch Ressentiment mit den immensen Kosten für das Gesundheitssystem rationalisiert.

Die Monatsbeiträge für gesetzlich Versicherte hängen (bislang) nicht von der physischen Konstitution des Einzelnen ab; der *Body Mass Index steht in keinem kausalen Zusammenhang zum erhobenen Krankenkassenbeitrag*. Krankenkassen motivieren jedoch bereits mit sogenannten Bonusprogrammen zu mehr Sport im Alltag. Mittels mobiler Applikationen für Smartphones, sogenannten Fitness-Trackern, werden Schritte gezählt, die Herzfrequenz gemessen und die Aufenthalte in Fitnessstudios festgehalten, kurzum: die physische Verfasstheit der Versicherten wird digital erfasst, um so jenen höhere Kosten aufzubürden, die sich dem Sportifizierungswahn nicht unterwerfen. Solch Bonusprogramme sind, wenn man Joggende betrachtet, aber überhaupt nicht notwendig: die gesellschaftliche Tendenz sich mittels digitaler Apps im sportlichen Wettstreit mit Kollegen zu befinden, ist längst bittere Realität.

Sebastian Haffner begriff die in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg einsetzende breite Sportbegeisterung als Massenhysterie im permanenten, wenn auch freiwilligen Wettstreit ohne Kriegszustand. Tatsächlich erfuhren Sportvereine nach dem Ersten Weltkrieg einen enormen Boom. Während heute dörfliche Sportvereine und -clubs, die mehr als Einrichtungen des öffentlichen Lebens fungieren und ehrenamtliche Arbeit dort mobilisieren, wo Kommunen nicht bei Kasse sind, über schwindende Mitgliederzahlen klagen, verzeichnen Fitnessstudios stetigen Zuwachs und haben längst die Mitgliedschaft im Sportverein ersetzt. Auch heute entspringt die Motivation sich sportlich zu betätigen weniger dem bloßen Privatinteresse als dem kollektiven Mitmachzwang. Die erlebte Vereinzelung im Fitnessstudio lässt sich über das Tracken auf dem Smartphone und dem anschließenden öffentlich zur Schau gestellten Ergebnissen in sozialen Netzwerken aber nur temporär überbrücken, denn zugleich wird die Vereinzelung fortgesetzt, da auch im Wettstreit Rivalität herrscht. ‚Fette' provozieren jene auf Heilversprechen sich Verpflichtende allein durch ihr Antlitz. Sie verraten das Prinzip der Eat-Life-Balance: sie fressen mehr in sich hinein als sie durch physische Anstrengung (wie Arbeit oder Sport) verausgaben und erscheinen für den Asketen daher tendenziell als unproduktiv. Ähnlich aber dennoch anders, als der Wein trinkende Bourgeois ihnen erscheint, der sich am per se schon Überflüssigen, ohne der Trunkenheit zu frönen, ergötzt. Scheinbar undiszipliniert entziehen die Übersättigten sich daher der freiwillig-aufgenötigten Entsagung und ziehen die Provokation auf sich.

Mit allen Mitteln wird versucht, sich von der ‚minderwertigen' Schokolade reinzuwaschen. Der bloße Konsum, das schiere Fressen, bildet das Gegenteil von der kathartischen Enthaltungsstrategie. Interessant wäre dennoch eine Untersuchung über das Essverhalten derjenigen, die sich über das große, süße Fressen empören. Nicht verwunderlich wäre, wenn sich gerade jene erzürnen, die Schokolade in Hülle und Fülle, Tag ein Tag aus verspeisen (wollen) und in den Kommentarspalten nur ihr schlechtes Gewissen externalisieren. Oder aber, und das widerspricht der vorgenannten These überhaupt nicht: Im ohnehin schon anrüchigen Groll auf die Billigschokoladenproduktion bricht sich der Neid auf den angeblichen Überfluss einer Gesellschaft Bahn, der zwar – im Gegensatz zu Hummer und Kaviar, Champagner und manch⊠ Wein – in der Regel käuflich erworben werden kann, sich aber nicht mit dem Über-Ich, dem internalisierten Zwang, verträgt. Deswegen nicht, da die derzeitige gesellschaftliche Verfasstheit von den Einzelnen Sportprogramme statt Feierabendbier, Fitness statt Amüsement verlangt und sie sich dagegen nicht zu wehren gedenken (11). Kennzeichen des modernen Workaholics sind nicht mehr nur Augenringe, sondern auch Waschbrettbäuche: Selbstaufopferung in der Konkurrenz hat eben immer ihren Preis.

Anmerkungen:

(1) „Verbraucher, die eins der betroffenen Produkte gekauft haben, sollen sich per Telefon (02162-500-2150) oder Kontaktformular auf www.mars.de an das Unternehmen wenden. Auf der Website finden sich auch genaue Angaben zu den betroffenen Produkten und Marken. Die Kunden sollen Ersatz bekommen" (http://www.t-online.de/leben/essen-und-trinken/id_77059108/mars-rueckruf-diese-schokoriegel-sind-betroffen.html); „Allerdings war die Mars-Webseite am Dienstagnachmittag lange nicht erreichbar. ‚Server is too busy', hieß es da nur auf Englisch" (https://www.welt.de/wirtschaft/article152579032/Was-Kaeufer-von-Mars-Riegeln-jetzt-tun-sollten.html); *Focus-Online* hielt über mehrere Tage einen Live-Ticker am Laufen, dort hieß es unter anderem: „17.04 Uhr: FOCUS-Online hat am späten Nachmittag bei einem Testkauf in einem Lidl-Supermarkt Packungen von Mars-Riegeln und Celebration aus den betroffenen Chargen entdeckt, die laut Mars eigentlich bereits zurückgerufen worden sein sollten. Auf Nachfrage erklärt die Kundenhotline von Lidl, dass man erst am Mittag von dem Rückruf erfahren habe. Die betreffenden Produkte

würden nun ausgetauscht." Am Folgetag gab es weitere ‚Schreckensmeldungen': „Dienstag, 1. März, 0.31 Uhr: Nach dem Rückruf von 40 Produkten in mehr als 50 Ländern steht Mars vor der Frage, was mit der zurückgerufenen Ware geschehen soll. Eine Lösung könnte nach Informationen der Bild-Zeitung die Weiterverarbeitung als Tierfutter sein. Konzerneigene Vertriebsmarken wären mit Frolic, Whiskas, Chappi, Kitekat, Pedegree & Co. vorhanden." Dann, die Enthüllung schlechthin: „Samstag, 27. Februar, 12.41 Uhr: Der Schokoladen-Hersteller Mars hat einem Bericht des Tagesspiegels zufolge schon vor rund zwei Jahren eine Beschwerde wegen eines Plastikteils in einem Riegel erhalten. Ein Mann aus Schleswig-Holstein habe sich an einem Plastikteil ein Stück Zahn ausgebissen, berichtete die Zeitung am Samstag. Mars bestätigte die Beschwerde." Weiter geht es: „Donnerstag, 25. Februar, 15.00 Uhr: Verbraucher können doch noch nicht aufatmen – ganz im Gegenteil: Die Verbraucherzentrale NRW hat nach Informationen der Bild-Zeitung ihre Bewertung der Lage verschärft. Mit ‚hoher Wahrscheinlichkeit' sollen sich Plastikteile in weiteren Mars-Produkten (z.B. Snickers, Milky Way) befinden" (http://www.focus.de/finanzen/recht/mars-rueckruf-er-biss-sich-ein-stueck-zahn-aus-mann-fand-schon-2014-plastik-in-mars-riegel_id_5319085.html).

(2) Die proletarische Antwort auf die Frage, ob das Essen denn schmeckt, dass es zumindest stopft, ist überaus ehrlich, da die Mahlzeit zumindest das Elementarste bezweckt: sie sättigt.

(3) Wohin es ehemalige Marxisten so verschlägt, kann ganz schamlos auf Wikipedia recherchiert werden: Das Privatunternehmen *co2online GmbH* betreibt ein gewisser Johannes Hengstenberg, der nach Wikipedia-Angaben Forschungsstipendiat beim *Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt* (gegründet von Carl Friedrich von Weizsäcker) in der Zeit als Jürgen Habermas den Direktorposten innehatte, war; er promovierte über die „Marxsche Mikroökonomie" (Wikipedia) und gab unter anderem „die vorerst letzte kritische Werkausgabe der Ökonomisch-philosophischen Manuskripte aus dem Jahre 1844" (Wikipedia) von Karl Marx heraus.

(4) http://www.co2online.de/klima-schuetzen/nachhaltiger-konsum/klimafreundliche-ernaehrung-5-tipps.

(5) https://www.slowfood.de/wirueberuns/slow_food_deutschland/der_verein.

(6) http://www.fitnessmagnet.com/Artikel/Fitness/View/Fitnessartikel/1150/Ist-Schokolade-fur-die-gesunde-Ernahrung-geeignet.

(7) http://www.fitforfun.de/abnehmen/gesund-essen/schokolade-so-tut-uns-schokolade-richtig-gut_aid_13428.html.

(8) https://www.gesundheit.de/wissen/haetten-sie-es-gewusst/ernaehrung/was-sind-flavonoide.

(9) Durchaus bemerkenswert ist es, mitanzusehen wie die sogenannte bürgerliche Mittelschicht ihre Neurosen am eigenen Essverhalten auslebt. Was noch vor einem halben Jahr für gesundheitsfördernd gehalten wurde, wird alsbald wieder für schädlich ausgeben – freilich immer unter dem Vorwand, dass die wissenschaftliche Forschung dies nun bewiesen habe.

(10) Sobald Erfahrung zum allgemeinen Leidensprinzip wird, das den Zweck einer politischen Bewegung begründet, sich anderen damit – fern ab ihrer Erfahrung – aufdrängt, wird der Erfahrung auch immer das Potential geraubt, aus der Reflexion auf Erfahrung eine Kritik zu formulieren, denn dann droht Erfahrung in den schieren Subjektivismus zu verfallen, der zum bloßen Objektivismus umschlägt. Oder anders ausgedrückt: Lenins Verelendungstheorie wollte von der Quälbarkeit des Leibs nie etwas wissen.

(11) Die Angst vor dem Job- und damit auch dem Statusverlust ist ja meist so immens, dass der Krankenstand heute bereits in die Urlaubszeit verlagert wird. Gesund sein ist nicht nur Ausdruck der eigenen physischen und psychischen Verfasstheit, sondern wird ausschließlich daran gemessen, ob man für arbeitstauglich befunden wird oder nicht.

Alles Verhandlungssache

Zur gesellschaftlichen Funktion von Erziehung

Von Florian Müller

I. Verhandlungsfamilie

Seit einigen Jahren wird in den Sozialwissenschaften ein Wandel in den Erziehungsformen konstatiert, der mit den Schlagworten „von der Erziehung zur Beziehung" und „vom Befehlshaushalt zur Verhandlungsfamilie" als Paradigmenwechsel begrüßt wird. Der traditionelle Erziehungsstil, der Gehorsam und Unterwerfung verlangte, sei durch einen „anerkennenden" Erziehungsstil abgelöst worden, der als zentrales Ziel die Entwicklung der Kinder zu selbständigen und flexiblen Persönlichkeiten habe. Mit dieser „Demokratisierung der Erziehung" werden Kinder nun zu gleichberechtigten Partnern, die in ihren Belangen (mit-) entscheiden dürfen. Es fände eine „kommunikative Verflüssigung" (1) statt, die zu einer „Entkrampfung" der Eltern-Kind-Beziehung führe, die sich auch in der Veränderung der psychischen Struktur widerspiegele: in einer „kommunikativen Verflüssigung des psychischen Apparats", so dass das Es als weniger triebhaft erlebt wird, „das Überich als weniger triebfeindlich und rigide, das Ich wird flexibler und kreativer" (2). Mit Verflüssigung meint der Psychoanalytiker und Säuglingsforscher Martin Dornes, dass sich das antagonistische Verhältnis der Instanzen verändert habe und „dialogischer" geworden sei. „Ich und Überich sind nun geneigter, Es-Impulse anzuhören, sie zu prüfen und weniger schnell und rigide zurückzuweisen als früher" (3). Wie das Es zu sprechen gelernt hat, erklärt Dornes nicht, vielmehr scheint diese Subjektivierung des Amorphen seinem Wunsch geschuldet zu sein, das Es zu operationalisieren. Mit dieser intersubjektiven Wendung der metapsychologischen Begriffe Freuds wird nicht nur ihr gesellschaftlicher Charakter, sondern auch das Konflikthafte, das diesen inhärent ist, geleugnet. Freud erkannte, „dass die Geschehnisse der Menschheitsgeschichte, die Wechselwirkungen zwischen Menschennatur, Kulturentwicklung und jenen Niederschlägen urzeitlicher Erlebnisse, als deren Vertretung sich die Religion vordrängt, nur die Spiegelung der dynamischen Konflikte zwischen Ich, Es und Über-Ich sind, welche die Psychoanalyse beim Einzelmenschen studiert, die gleichen Vorgänge, auf einer weiteren Bühne wiederholt" (4). Indem alles nur noch den Charakter von Beziehungen annimmt und das Inter – das Dazwischen – in den Mittelpunkt gerückt wird, werden durch die Zentrierung auf Beziehung gesellschaftliche Verhältnisse nicht nur psychologisiert, sondern auch der Antagonismus der psychischen Instanzen, der selbst den antagonistischen Charakter der Gesellschaft in sich trägt, muss dabei verdrängt werden. So scheint es, als ob es Konfliktfreiheit zwischen den psychischen Instanzen geben könnte. Solange allerdings die Gesellschaft selbst antinomisch verfasst und auf sinnloser Arbeit und irrationalem Triebverzicht aufgebaut ist, können auch die inneren Instanzen des Einzelnen, die das Produkt von Naturbeherrschung am Menschen sind, ebenfalls nicht konfliktfrei sein.

Sicherlich ist es für heutige Kinder eine Erleichterung, dass sie weniger autoritär erzogen werden und die gewalttätige Züchtigung als approbiertes Mittel der Erziehung geächtet wurde, so dass es zumindest weitgehend aus der Lebensrealität von Kindern verdrängt wurde und die Beachtung kindlicher Lebensäußerungen stärker berücksichtigt wird. Allerdings ist es ein Kurzschluss, wenn die Veränderungen allein unter diesem Dichotomen Verhältnis – von der Erziehung zur Beziehung – gesehen werden. Vielmehr wird dabei die Erziehung als „gesellschaftlicher Prozess" (5) in seiner Totalität verschleiert. Wie Bernfeld feststellt, findet Erziehung immer statt, wenn Kindheit in Gesellschaft abläuft, und er bezeichnet daher Erziehung als „Summe der Reaktionen einer Gesellschaft auf die Entwicklungstatsache" (6) des Kindes. Mit diesem Begriff von Erziehung wird das Autoritätsverhältnis deutlich, das zwischen Erwachsenem und Kind besteht. Dieses Verhältnis, das im Wesentlichen durch die Antinomie zwischen dem berechtigten Willen des Kindes und dem berechtigten Willen des Erziehers gekennzeichnet ist, führt zu einem Konflikt, der, zumindest unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen, letztendlich nicht aufgelöst werden kann. Mit der Egalisierung der Eltern-Kind-Beziehung, die in dem Ideal der Verhandlungsfamilie vorausgesetzt ist, wird allerdings der Generationenunterschied, der in der Betonung der Entwicklungstatsache enthalten ist, geleugnet. Denn sie setzt nicht nur eine Gleichwertigkeit, sondern auch eine Gleichartigkeit voraus, die notwendig wäre um eine gemeinsame Vorstellung von Sachverhalten zu haben. Eine Gleichheit zwischen Erwachsenem und Kind kann es allerdings aufgrund der Entwicklungstatsache des Kindes nicht geben. Es bleiben physische, emotionale, ökonomische und rechtliche Abhängigkeiten – letztendlich ein Gewaltverhältnis das verdrängt wird – die eine Egalität verhindern. Um das Ideal der Verhandlungsfamilie zu erreichen, müssen daher die Kinder den Erwachsenen gleichgemacht werden, mit der Begründung, dass ihre Lebensäußerungen stärker berücksichtigt werden sollen, aber tatsächlich wird dabei das spezifische der Kindheit, wie Neil Postman bereits vor dreißig Jahren konstatiert hat, zum Verschwinden gebracht. Denn eine Er-ziehung findet weiterhin statt, auch wenn die Be-ziehung in den Vordergrund gerückt wird, da die Erwachsenen immer eine normative Vorstellung vom Kind, wie es sei und sein soll – die damit auch handlungsleitend ist – mit sich tragen, auch wenn sie sich dessen nicht bewusst sind. Diese „narzisstischen Projektionen" (7) auf das Kind, bei denen eigene Aspekte im Kind gesehen werden und es als „positive Fortsetzung des eigenen Selbst" (8) angesehen wird, sind nicht nur in pathologischen Familienkonstellationen vorhanden, sondern sind konstitutiv für die bürgerliche und nachbürgerliche Familie.

Mit der Trennung der Lebenswelten von Wohnen und Arbeit, im Zuge der Industrialisierung, wandelte sich die Familie von einer Produktionseinheit, in der alle Mitglieder an der Produktion von Gütern beteiligt waren, zur bürgerlichen Kleinfamilie, in der den einzelnen Mitgliedern unterschiedliche Plätze und Funktionen eingeräumt wurden. Parallel zu dieser Entwicklung änderte sich auch das affektive Klima innerhalb der Familie. Es entstand

eine Emotionalisierung, die an den vier Idealen Häuslichkeit, romantische Partnerwahl, Gattenliebe und Elternliebe, die zu dieser Zeit aufkamen, deutlich wird (9) und die zum Kern des bürgerlichen Familienideals gehören. Aufgerieben zwischen gesellschaftlich-ökonomischer Funktion und der Erwartung vollendeten, zweckfreien Glücks, führt die Unerfüllbarkeit des Ideals in die Verklärung des Familienidylls, das notwendig enttäuscht werden muss. Die daraus resultierenden Konflikte waren die Grundlage für die Beobachtungen Freuds, die ihn zur Erkenntnis über den Ödipuskomplex führten. Wie Gunter Schmidt richtig bemerkt, hätte Freud seine Beobachtungen über das „*Drama Familie* ... hundert Jahre früher nicht machen können" (10).

Durch diese affektive Verbundenheit der Familienmitglieder fand auch die libidinöse Besetzung der Kinder statt, gleichwohl dem Nachwuchs eine Zweckmäßigkeit zugewiesen wurde: während das proletarische Kind mit seiner Arbeit den Lebensabend der Eltern finanzieren sollte, wenn diese nicht mehr in der Lage sind ein Auskommen zu bestreiten, wurde dem Sprössling im Bürgertum die Rolle zugedacht das Erbe weiterzuführen. Die Amalgamierung von libidinöser und zweckmäßiger Besetzung bildete somit den Nährboden für narzisstische Projektionen. Narzisstische Wünsche der Unsterblichkeit hefteten sich an das Kind: dass in ihm etwas von einem selbst noch nach dem eigenen Tod weiterlebe. Das Kind dient so als Projektionsfläche des eigenen Selbst: In das Kind werden eigene Wünsche hineinprojiziert, die einem selbst unerfüllt geblieben sind. Nachdem es heute kaum mehr etwas zu vererben gibt, bekommen Kinder die Aufgabe, Unerreichtes der Eltern zu verwirklichen oder werden zu Künstlern, Hochbegabten und kleinen Genies stilisiert und ihnen dadurch ein äußerlicher Zweck zugesprochen, obwohl die Kleinen in ihrem zweckfreien Tun lediglich dem Lustprinzip frönen wollen. Doch das Bild vom Kind ist seinerseits vom Tauschprinzip durchsetzt. Es ist geprägt von den gesellschaftlichen Bedingungen, in denen es sich befindet und beeinflusst den Umgang mit dem Kind, das letztendlich dazu befähigt werden soll, sich in der bestehenden Gesellschaft zurechtzufinden. Doch nicht nur das, auch die Beziehung der Eltern zu ihren Kindern ist von der Totalität der Tauschgesellschaft erfasst und basiert auf dem Äquivalenzprinzip. Unter den Bedingungen des entwickelten Kapitalverhältnisses haben sich die gesellschaftlichen Beziehungen der Einzelnen „in ein gesellschaftliches Verhalten der Sachen verwandelt" (11). Die Einzelnen treten nun als Personifikationen von Tauschwerten zueinander in Beziehung. „Diese sachlichen Abhängigkeitsverhältnisse im Gegensatz zu den persönlichen erscheinen auch so (...), dass die Individuen nun von Abstraktionen beherrscht werden, während sie früher voneinander abhingen" (12); doch sind die „Bande der persönlichen Abhängigkeiten" (13) innerhalb der Familie nicht vollends gesprengt. Es entsteht ein Paradox, denn zum einen werden emotionale Bindungen der einzelnen Familienmitglieder untereinander immer enger, wie Familienforscher betonen, zum anderen steht diese persönliche Bindung konträr zum Tauschverhältnis, das sich in diesen Beziehungen feststellen lässt. Das Äquivalenzprinzip zeigt sich in jedem erzieherischen Handeln, das auf Belohnung und Strafe und den damit verbundenen Belohnungssystemen basiert. Doch auch dort, wo die Beziehung als unmittelbare angesehen wird, liegt ein Tauschverhältnis zugrunde: Die Eltern sollen einerseits für ihre Kinder da sein, sie hegen und pflegen, damit es ihnen gut geht und es ihnen an nichts mangelt und andererseits sollen die Kinder für ihre Eltern da sein und sie mit ihrer Anwesenheit beglücken. Da „die Absicht, daß der Mensch „glücklich" sei, [...] im Plan der „Schöpfung" nicht enthalten" (14) ist, wird diese Aufgabe der Familie zugeschrieben. Die Kinder sollen für das Glück der Eltern zuständig sein, doch wehe der narzisstische Gewinn bleibt aus und sie erfüllen diese ihnen zugedachte Aufgabe nicht; dann entsteht eine Schieflage und die Konflikte sind vorprogrammiert. Die pädagogischen Horrorszenarien, die mit dem Bild vom Kind als Tyrannen ausgemalt werden und zu Bestsellerproduktionen beitragen, belegen diese Schieflage, bzw. die Angst vor ihr. Doch Kinder können nur zu Tyrannen werden, wenn der Generationenunterschied nicht nur geleugnet wird, sondern sich gleichsam umkehrt. Während Postman vor dreißig Jahren noch beschrieben hat, dass die Kinder aussehen wie kleine Erwachsene, kann heute festgehalten werden, dass die Erwachsenen aussehen wie ihre Kinder – und viele benehmen sich auch so.

II. Entgrenzung

In der autoritären Familie bildete neben der Zurichtung nach innen auch der Schutz vor der Außenwelt eine feste Größe; heute hingegen findet neben der „Entkrampfung" und „Verflüssigung" (Dornes) innerhalb der Familie auch eine Verflüssigung nach Außen statt. Während Alexander Mitscherlich noch eine dialektische Funktion von Erziehung forderte, die darin bestünde in die Gesellschaft integrierend einzuüben und gleichzeitig „gegen sie zu immunisieren" (15), scheint es mittlerweile en vouge zu sein, nicht nur die Verflüssigung des psychischen Apparates zu begrüßen, sondern jeglicher Sphären, die einstmals getrennt waren. Dabei ist besonders für das Aufwachsen die Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit von eminenter Bedeutung. Die vier Wände, in denen sich das Familien- und Privatleben der Menschen abspielt, „bilden einen Schutz gegen die Welt, und zwar gerade gegen die Öffentlichkeit der Welt. Sie umgrenzen einen Raum des verborgenen, ohne den kein Lebendiges gedeihen kann. Dies gilt nicht nur für kindliches, sondern überhaupt für menschliches Leben" (16). Sich Erwachsenen gegenüber abgrenzen zu können, ist notwendig um einen eigenen Lebensbereich zu entfalten und damit das, was heute gerne in den Vordergrund der Aufmerksamkeit gerückt wird, der eigene Willen des Kindes, sich überhaupt entwickeln kann. Unreglementiert herauszufinden, was man will, ist nur möglich, wenn ein Raum ohne ständigen Zugriff von außen zur Verfügung steht, in dem ausprobiert werden kann. Diese Trennung von privat und öffentlich, die zu einer „Gespaltenheit des ‚Ich'" (17) führte, ermöglichte letztendlich die Konfiguration des Über-Ichs, das individuelle und gesellschaftliche Elemente enthält. Je nach Stand und Aufbau der Gesellschaft unterscheiden sich die Ausprägung und die als gesellschaftliche Verbote und Selbstzwänge internalisierten Inhalte dieser Instanz. Die Entstehung des Über-Ich im Entwicklungsprozess des Einzelnen wird auf die frühe Kindheit datiert, wenn der Schutz vor der Außenwelt noch die größte Bedeutung hat. Mit dem Untergang des ödipalen Konflikts ist die Über-Ich Entwicklung noch nicht vollständig, aber weitgehend, abgeschlossen. Die Bedeutung der Gleichaltrigengruppe, die aber immer noch dem Privaten verhaftet bleibt, tritt in den Vordergrund und das Bedürfnis der Kinder nach Abgrenzung von der Erwachsenenwelt zeigt sich. Die von Peter Rühmkorf in den 60er Jahren gesammelten und veröffentlichten Kinderreime bringen dieses Bedürfnis deutlich zum Ausdruck. Denn im Kindervers „organisiert sich das Spielfeld der Kinder nach Regeln und Verfahren, die nichts mehr mit den Wertmaßstäben der Erwachsenenwelt zu tun haben" (18). Sie sind Aushandlungen unter den Kindern selbst und sollen dem Einfluss der Erwachsenen fernbleiben, um sich der Wut

über den Zumutungen der Erwachsenenwelt Luft zu machen. „Schon der Abzählreim ist von dem unbezähmbaren Drang besessen, dem ganzen Verhaltens- und Enthaltungskodex des Erziehungsapparates eins auszuwischen“ (19). Rühmkorf deutet die Kinderverse als „gemeinsame Unabhängigkeitserklärungen“ (20), durch die sich die Kinder zueinander in Beziehung setzen und sich gemeinsam der Umwelt, die für Kinder immer auch Überwelt bedeutet, bemächtigen konnten. Indem sich Kinder im gemeinsamen Spiel zusammenschließen, schließen sie sich auch gegenüber der Erwachsenenwelt ab und kreieren eine eigene Welt. Die Zweckfreiheit ist dem Spiel dabei konstitutiv, da Kinder bis zu einem bestimmten Alter – solange sich ihre Triebhaftigkeit noch nicht völlig dem Realitätsprinzip der Gesellschaft unterordnen muss – noch ganz dem Lustprinzip verhaftet sind. Durch den Einfluss von außen ist diese Zweckfreiheit stets gefährdet. Spielzeug, das von Erwachsenen hergestellt wird, dient immer einem Zweck, insbesondere dann, wenn es mit dem Prädikat „besonders wertvoll“ versehen wird, denn Surrogate der Alltagswelt werden den Kindern zur Verfügung gestellt, um sie auf ihr späteres Leben vorzubereiten. Die bunte Warenwelt der Spielzeugindustrie vermittelt den Kindern schon früh die Versprechen der Tauschgesellschaft. Doch indem auch die Art und Weise des Spiels reglementiert wird, durch Spielregeln und Verhaltensanweisungen, verliert das Spiel immer mehr seinen zweckfreien Sinn. Solange Kinder mit den ihnen zur Verfügung gestellten Geräten nach dem Lustprinzip verfahren können, besteht die Möglichkeit, sie ihrer vermittelten Nützlichkeit zu entäußern und sie suchen „im Umgang mit ihnen zu erretten, womit sie den Menschen gut und nicht dem Tauschverhältnis zu willen sind, das Menschen und Sachen gleichermaßen deformiert“ (21). Doch das widerständige Moment, das dem zweckfreien Spiel enthalten ist, wird durch die Einübung von Regeln, vor allem im Sport, in den Hintergrund gedrängt.

Gerne wird dabei vergessen, dass Kindheit nicht eine Sphäre sui generis ist, sondern eine, die sich erst herausbilden musste, damit sich eine Kinderwelt und eine Erwachsenenwelt entwickeln konnte. In seiner *Geschichte der Kindheit* weist Philippe Ariès nach, dass es im Mittelalter noch keine Vorstellung von Kindheit gab, wie sie heute gesehen wird (22). Der Begriff der Kindheit, also einer von der Erwachsenenwelt gesonderten, eigenständigen sozialen Sphäre, war vor dem 16. Jahrhundert unbekannt. Eine Ahnung davon gab es bereits in der Antike, doch die Idee der Kindheit, als soziale Tatsache, entwickelte sich erst in der Renaissance. Anhand von Ikonographien zeigt Ariès, dass sich erst im 16. und 17. Jahrhunderts eine Vorstellung vom Kind, als vom Erwachsenen unterschiedenes etablierte; während im Mittelalter die Darstellung der Kinder sich lediglich durch die Größe von den Erwachsenen unterschied, begannen im 16. Jahrhundert die Darstellungen differenzierter zu werden und eigenständige Persönlichkeitsmerkmale, die Kinder von den Erwachsenen unterschieden, wurden hervorgehoben. Erst zu dieser Zeit entwickelte sich eine Vorstellung von Erziehung als Einwirken der Erwachsenen auf das Kind; und erst recht gab es noch keine Pädagogik als deren wissenschaftlichen Begründung, die erst im 18. Jahrhundert entstand. Erst als sich die sozialen Sphären auch gesellschaftlich voneinander trennten, konnte sich ein Begriff von Kindheit gemacht werden. Die Erfindung des Buchdrucks förderte diese Trennung, da eine gesellschaftliche Realität entstand, in der Kinder erst in die Lage versetzt werden mussten lesen zu können, bevor sie an der Welt der Erwachsenen partizipieren konnten. Diese Trennung veränderte sich erneut mit der massenhaften Ausbreitung des Fernsehens, denn mit diesem Medium werden Informationen in einer Form präsentiert, die jedem zugänglich sind, ohne Unterschied des erworbenen Wissens, so dass sich diese vormals getrennten Sphären zurückzubilden begannen. Dieser Prozess wird durch die Digitalisierung jeglicher Lebensbereiche in beträchtlichem Maße vorangetrieben. Die Flut an Informationen, die durch die Nutzung elektronischer Geräte auf Heranwachsende einströmen, macht eine Sondierung unterschiedlicher Sphären unmöglich. Es ist für elektronische Medien „unmöglich irgendwelche Geheimnisse zu bewahren. Ohne Geheimnisse aber kann es so etwas wie Kindheit nicht geben“ (23). Doch es sind nicht nur die Geheimnisse, die nicht bewahrt werden können, es ist auch die Form des Mediums, die eine Entgrenzung der sozialen Sphären bewirkt. Die Totalität gesellschaftlicher Verwertungslogik gerät durch die elektronischen Medien (Smartphone, Tablets, Computer) bis ins Kinderzimmer, indem jegliche Trennung zwischen Arbeitsinstrument und Spiel- und Freizeitgerät aufgehoben wird. Das Smartphone, das den Heranwachsenden als Spiel- und Kontaktgerät dient, ist gleichzeitig ihr Arbeitsinstrument als Angestellter von morgen. Ebenso ist es beim Computer, der Arbeitsinstrument und Spielzeug zugleich ist. So darf der Nachwuchs tagsüber auf Papas PC seine Computerspiele spielen, an dem die Eltern ihre Steuererklärung verfassen und abends noch E-Mails checken, ob der Chef nicht eine Anweisung für den nächsten Arbeitstag geschickt hat.

III. Sexuelle Verhandlungsmoral

Die Verhandlungsmoral hat sich nicht nur zwischen den Generationen, sondern auch zwischen den Geschlechtern etabliert. Seitdem eine Paarbeziehung nicht mehr aus traditionellen oder materiellen Gründen eingegangen wird, sondern auf einem flüchtigen Gefühl wie der Liebe basiert, wurde die alte Sexualmoral von einer Verhandlungsmoral abgelöst, die den sexuellen Umgang „friedlicher, kommunikativer, berechenbarer, rationaler verhandelbar, herrschaftsfreier machen oder regeln“ (24) sollte. Es werden nicht mehr sexuelle Handlungen oder Praktiken bewertet, sondern die Art und Weise ihres Zustandekommens. Alles ist erlaubt, solange beide Partner zustimmen. Allerdings sollen sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und Heranwachsenden ausgenommen bleiben. Das Inzesttabu, das Freud noch als Bedingung der Kulturentwicklung ansah und heute vom Begriff des Missbrauchs abgelöst wurde (25), muss umso deutlicher eingefordert werden, je stärker es bedroht ist. Durch die Intimisierung familiärer Beziehungen entstand eine größere Nähe und Zärtlichkeit zwischen Eltern und Kind, die eine umso strengere sexuelle Abgrenzung erforderte. Die Grenze zwischen Zärtlichkeit und Übergriff kann sehr schmal sein, so dass die Inzestschranke zwischen den Generationen jedes Mal aufs Neue errichtet werden muss.

Gleichzeitig mit dem Interesse an der Kindheit entstand auch das Interesse an dessen Intimität. Es wurden nicht nur Kinderporträts angefertigt, die das Kind ins Zentrum rückten, in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts begann auch, gelöst vom religiösen Kontext, die Darstellung nackter Kinder (26). Mit der Konsolidierung der Familie um 1900 gab es einen erneuten Schub, vor allem Egon Schiele und Ernst Ludwig Kirchner porträtierten Kinder, die auch nackt, oder nur leicht bekleidet dargestellt wurden. Während vor allem Kirchners Bilder von Marcella und Fränzi auch heute noch zum Skandalon reichen, sind erotische Kinderdarstellungen in der Mode längst etabliert. Die Intimität ist zum profanen Gegenstand der Öffentlichkeit geworden und ihrer Aura des Schamhaften und Peinlichen enthoben. Dabei ermöglichte

gerade die Entwicklung des Schamgefühls, das sich als „Bann des Schweigens" (Norbert Elias) über die Sexualität legte, erst die Intimität, wie sie heute gesehen wird. Es entstand ein Geheimnis um Sexualität, das nur den Eltern bekannt war und durch die Zurückhaltung von Triebäußerungen in Gegenwart von Heranwachsenden befördert wurde. Dieser Wissensvorsprung der Erwachsenen gegenüber den Kindern in Bezug auf die Geheimnisse der Welt, nicht nur der Sexualität, war Grundbestandteil um eine stärkere Trennung der Kinder- von der Erwachsenenwelt zu ermöglichen und festigte Generationengrenzen, die die Entwicklung des Inzesttabus begünstigten. Erst das Paradox, das bei gleichzeitiger Intimisierung die Distanz zwischen Eltern und Kindern wächst, lässt die sexuelle Aufklärung der Kinder zu einem Problem werden (27). Um eine Vorstellung von den Geheimnissen der Erwachsenen zu bekommen, war eine Phantasietätigkeit der Kinder vonnöten, die infantile Sexualphantasien hervorbrachten und die Neugierde, die aufs engste mit der Triebhaftigkeit des Kindes verknüpft ist, auf die Realität dieser Phantasien beförderten. Während diese Neugierde, genauso wie die Triebhaftigkeit, in autoritären Familien sanktioniert wurde, wird sie heute durch eine restlose Entgiftung von Sexualität ausgetrieben. Die Entzauberung der Welt greift bis in das Kinderzimmer. Der Konflikt zwischen dem Lustprinzip und Realitätsprinzip, als einer zwischen Sexualität und Gesellschaft, wird durch die Funktionalisierung zum klinisch sauberen healthy-sex-life letztendlich zugunsten des Realitätsprinzip gelöst, um die Partialtriebe, die dem Normativen widerstehen, in Schach zu halten.

Die sexuelle Aufklärung von Kindern steckt in einem Dilemma: um über Sexualität aufgeklärt zu werden, benötigen sie Erwachsene, zu denen bereits konstitutionell eine Distanz besteht, die im unterschiedlichen Seelenaufbau begründet liegt und das gemeinsame Sprechen über Sexualität erschwert. Da in den meisten Fällen die Eltern als Aufklärer ausgefallen sind, wird diese Aufgabe vom common-sense im Internet oder von der Schule übernommen, deren heteronomer Charakter ein freies Sprechen über intime Sphären, wie die eigene Sexualität, zusätzlich erschweren. Den für die sexuelle Aufklärung verantwortlichen Sexualpädagogen, Lehrer, oder sonstigen Interessensgruppen, sind sie nun an sexueller Vielfalt oder traditionellen Verhältnissen interessiert, bleibt als Antwort auf dieses Dilemma nur die Regulierung über den Staat. Sei es durch Vermittlung in der Schule, oder Zensurprogramme im Internet, um Jugendliche vor sexuellen Inhalten zu schützen. Je nach Interessenslage werden unterschiedliche Inhalte in den Vordergrund gerückt und bleiben normativen Vorstellungen der Erwachsenen, worüber Kinder und Jugendliche aufzuklären sind, verhaftet. Selbstbestimmtes Erforschen und Ausprobieren der eigenen Sexualität und Lust werden für Jugendliche dabei zunehmend schwieriger.

IV. Konformismus

Dem Generationenverhältnis, wie es in der Familie konstituiert ist, wohnt ein Gewaltmoment inne. In den biologischen, emotionalen und ökonomischen Abhängigkeiten des Kindes von seinen Eltern kommt dies zum Vorschein. Dies ist die Ausgangslage des Generationenkonflikts, der mit der Etablierung der bürgerlichen Familie zum zentralen Moment des Aufwachsens wurde und für Freud einen Kulturfortschritt bedeutete: „Die Ablösung des heranwachsenden Individuums von der Autorität der Eltern ist eine der notwendigsten, aber auch schmerzlichsten Leistungen der Entwicklung. [...] Ja, der Fortschritt der Gesellschaft beruht überhaupt auf dieser Gegensätzlichkeit der beiden Generationen" (28). Mit der Theorie des Ödipuskomplexes versuchte Freud nicht nur diesen Konflikt für jedes einzelne Individuum, sondern als ein gesellschaftliches Prinzip zu beschreiben. Denn mit dem Ausgang des Ödipuskomplexes soll nicht nur das Über-Ich, dem Gesellschaftliches innewohnt, errichtet, sondern auch das Inzest- und das Tötungstabu internalisiert sein. „Die Dynamik der Ödipus-Situation ist das verborgene Modell nicht nur jedes Vater-Sohn-Verhältnisses, sondern auch das Geheimnis der fortwährenden Unterdrückung des Menschen durch den Menschen – und der Siege wie Mißerfolge der Zivilisation. In der Ödipus-Situation liegen die individuellen, triebmäßigen Wurzeln des Realitätsprinzips, das die Gesellschaft regiert" (29). Die Nähe zum Mythos der Ödipussage lässt die moderne Wissenschaft allerdings misstrauisch gegenüber der Theorie werden. Es werden Begründungen entworfen, die Freuds Theorie für obsolet erklären sollen, oder sie wird in neue Begriffe gekleidet, um ihr das Mythische abzustreifen. Während Kritische Theorie nach der Verschränkung von Mythos und Aufklärung fragt und damit nach der Beherrschung von Mensch und Natur, behauptet der Positivismus die irrationale Gesellschaft als entmythologisiert. Freud hingegen erkannte in Ödipus den individuierten Menschen, der aus dem Mythos heraustritt und ihm gleichzeitig verhaftet bleibt. Indem er sich dem Rätsel der Sphinx stellt, überwindet er den Mythos, kann aber der Weissagung des delphischen Orakels dennoch nicht entkommen. Die ödipale Situation ist als principium individuationis zu verstehen: Die Überwindung des Ödipuskomplexes hebt das Kind aus seinem Naturzustand, als polymorph-perverses Triebbündel, heraus und vergesellschaftet es, gleichwohl es weiterhin von seinen Trieben beherrscht wird. Individuation hat als Preis den fortwährenden Konflikt zwischen Realitäts- und Lustprinzip.

Der Freudschen Theorie zufolge sind für die Entwicklung des Ödipuskomplexes zwei Momente entscheidend: die „dreieckige Anlage des Ödipusverhältnisses" und die „konstitutionelle Bisexualität des Individuums" (30). Die Objektbesetzungen und Identifizierungen richten sich in der präödipalen Phase noch auf beide Eltern. Erst wenn sich die sexuellen Wünsche nach der Mutter verstärken und der Sohn realisiert, dass sie mit dem Vater noch eine andere Beziehung führt, aus der er ausgeschlossen ist, beginnt er seine Mutter für sich alleine besitzen zu wollen und nimmt den Vater als Rivalen wahr, der seinen Wünschen entgegensteht. Das Verhältnis zum Vater wird ambivalent: Da er mit ihm auch libidinös verbunden ist, richten sich nicht nur aggressive, sondern auch zärtliche Strebungen an den Vater, die eine Identifikation mit ihm begünstigen. Mit der Verstärkung der Gefühlsbindung an die Mutter wandelt sich die Vaterobjektwahl zu einer Vateridentifizierung; er möchte so sein wie er, um an seine Stelle treten zu können. Die Unterwerfung unter das Verbot des Vaters und die von ihm gesetzten Grenzen führen zu einer Konsolidierung des Über-Ichs als Teil des Ichs, das eine „weniger feste Beziehung zum Bewusstsein hat" (31), und der Verinnerlichung des Realitätsprinzips. Mit der Identifikation der väterlichen Autorität und der Verinnerlichung des Realitätsprinzips werden die gesellschaftlichen Verhältnisse im Subjekt verankert. Das Über-Ich, oder das Ichideal, wie es Freud in seinen späten Schriften synonym verwendet, ist der „Erbe des Ödipuskomplexes" und tritt als Anwalt der Innenwelt dem Es gegenüber, während das Ich im wesentlichen Repräsentant der Außenwelt ist. Konflikte zwischen Ich und Über-Ich spiegeln den „Gegensatz von Real und Psychisch, Außenwelt und Innenwelt" (32) wider.

Der Ausgang des ödipalen Konfliktes hängt im Wesentlichen von der Konstituierung der Familie ab. Die Veränderungen in

der Familie betreffen nicht nur den Vater als Repräsentant gesellschaftlicher Macht, sondern auch die Mutter, die, zumindest in der bürgerlichen Familie, eine besondere Funktion erfüllte. „Die Mutter, die von der Gemeinschaft der Männer abgeschnitten und trotz ihrer Idealisierung in eine abhängige Situation gezwungen war, repräsentierte ein anderes Prinzip als das der Realität; sie konnte wahrhaft mit ihrem Kind utopischen Träumen nachhängen, und sie war seine natürliche Verbündete, ob sie dies wünschte oder nicht. Es gab also im Leben des Kindes eine Macht, die es ihm erlaubte, mit der Anpassung an die äußere Welt zugleich seine eigene Individualität zu entwickeln" (33). Die Frauen sind heute nicht mehr in demselben Maße von den Männern abhängig, doch durch die Angleichung an die „wirtschaftliche Welt des Mannes" ging auch das „andere Prinzip" verloren. „Die Konsequenzen reichen bis in die zartesten Beziehungen zwischen Mutter und Kind hinein. Die Mutter hört auf, ein beschwichtigender Mittler zwischen dem Kind und der harten Realität zu sein, sie wird selbst noch deren Sprachrohr" (34).

Heute sind die Väter in der Alltagswelt des Kindes mitunter stärker vertreten, besitzen aber keine gesellschaftliche Macht mehr. Weder stehen sie einer Fabrik, oder einem Unternehmen vor, noch der Familie; selbst der Manager, der gerne als Prototyp eines erfolgreichen Unternehmers imaginiert wird, ist austauschbar, lediglich „Charaktermaske" (Karl Marx) des Kapitals und potentiell überflüssig. Die Identifikation mit Autoritätsfiguren wird in zunehmendem Maße außerhalb der Familie vollzogen. Innerhalb der Familie ist die Determination vielmehr eine negative: „das Kind lernt, dass nicht der Vater, sondern die Spielgefährten, die Nachbarn, der Anführer der Bande, der Sport, die Leinwand die Autoritäten für angemessenes geistiges und körperliches Verhalten sind" (35). Der Vater wurde durch das Kollektiv ersetzt, „von der Schulklasse, dem Team, dem Verein oder dem Staat" (36), insbesondere in seiner institutionalisierten Form. Die Erziehung innerhalb dieser staatlich regulierten Institutionen beginnt heute immer früher und ebenso die Realisierung des Kindes, dass es potentiell überflüssig ist: die Kindergruppe, die Schulklasse, oder der Sportverein sind auf die Anwesenheit eines Einzelnen nicht angewiesen. In der Hinwendung zum Kollektiven wird auch das Über-Ich in zunehmendem Maße durch dieses konstituiert. Die Angst des Kindes aus der Elternbeziehung ausgeschlossen zu sein wurde durch die soziale Angst vor der strafenden Gruppe abgelöst, bzw. von der Angst nicht mehr dazuzugehören. Indem die Gruppe eine immer größere Bedeutung annimmt, verändern sich auch die Identifikationsprozesse. Um mit der Masse verbunden zu bleiben, benötigt das Ich ein Objekt mit dem es sich identifizieren kann und durch das die einzelnen Mitglieder der Masse miteinander verbunden sind (37). Sie benötigen einen Anführer oder eine Idee, der oder die als Identifikationsobjekt dient und an die „Stelle des Ichs oder des Ichideals gesetzt wird" (38). Regressive Phänomene wie sie Freud in *Massenpsychologie und Ich-Analyse* beschreibt, wie die kollektive Hemmung intellektueller Leistungen, Steigerung der Affektivität, ein hohes Maß an Suggestibilität, Intoleranz und Autoritätsgläubigkeit (39) werden durch die Massenbildung geradezu befördert. Stattdessen wird der Abbau „unerhellter Autorität" (40), den Adorno als Voraussetzung ansah, damit die „Sublimierung von Aggression" (41) gelingen kann, mit der Vergesellschaftung durch die Gruppe erschwert. Während sich das Kind von der persönlichen Autorität des Vaters oder Lehrers noch abgrenzen konnte, erlaubt die abstrakte und diffuse Autorität des common-sense kaum Angriffsflächen, an denen sich ein Konflikt austragen ließe oder an denen die Autorität in Frage gestellt werden könnte. Als Agentur der gesamtgesellschaftlichen Tendenz zum Konformismus, wird die Autorität zunehmend abstrakt fassbar. So scheint es sinnlos, gegen sie die Aggression zu richten und gegen sie aufzubegehren. Wenn sich die Aggression allerdings nicht mehr gegen eine Autorität richten kann, wendet sie sich gegen andere Objekte. Damit sie sich nicht gegen das eigene Selbst richtet, wendet sie sich gegen diejenigen, die nicht zur Gruppe dazugehören, sei es real oder in der Imagination. Das Wir bleibt der allgemeine Bezugspunkt, evoziert aber gleichzeitig die Angst davor, selbst ausgeschlossen und ohne Schutz zu sein. Mit Verweis auf den eigenen Pass und die damit verbundene Sicherheit durch den Souverän, der seinem Staatsvolk Schutz verspricht, bietet die Identifikation mit Staat und Nation die Möglichkeit der Angst und der Ohnmacht zu entgehen; durch die Identifikation mit dem Staat wird die verinnerlichte Autorität durch ein Objekt ersetzt. Das Kind lernt so „den Staat und das Volk als eine erweiterte Familie" aufzufassen, wodurch die „günstigste psychologische Atmosphäre für seinen Bestand" und damit das sicherste Schutzmittel „gegen jede entschiedene Gesellschaftsrevolution"(42) geschaffen wird. Hinter der Zufriedenheit der Jugend (43) steckt ein Konformismus, der den Gedanken, dass es auch anders sein kann, längst preisgegeben hat.

Moderne Bildungsmethoden, die Gruppenprozesse und Einzelarbeit in den Vordergrund stellen, lassen die Personen an denen sich auch außerhalb der Familie orientiert werden kann, die Vertreter der Institutionen wie Erzieher und Lehrer, immer stärker in den Hintergrund treten und ersetzen deren Autorität durch die des common-sense. Korrelierend mit einer Verhandlungsmoral, bei der die Eltern zu gleichberechtigten Partnern werden, mit denen Konflikte nicht mehr ausgetragen, sondern verhandelt werden, stellt sich ein Wohlfühlmodus ein, der von dem Wunsch getragen ist, dass Konflikte gar nicht mehr auftreten sollen. Mit dem Fehlen einer Auseinandersetzung mit Autoritäten ist aber auch das Ich nicht mehr in der Lage sich so zu entwickeln, dass es als Vermittlungsinstanz zwischen Es und Über-Ich, Innen und Außen fungieren kann. Hinter der demokratisierten Kommunikation der Instanzen, die von der etablierten Verhandlungsmoral begrüßt wird, verbirgt sich ein Ich, „das sich ohne viel Kampf entwickelt hat" und es erscheint „als eine ziemlich schwache Wesenheit, wenig geeignet, ein Selbst mit den anderen und gegen sie zu werden, den Mächten wirksamen Widerstand entgegenzustellen, die jetzt das Realitätsprinzip durchsetzen" (44). Für den Heranwachsenden wird es schwieriger sich diesen Mächten entgegenzustellen, wenn die Familie als Sozialisationsagentur heute nicht mehr in der Lage ist, die Doppelfunktion der Erziehung zu erfüllen, das Kind auf die Außenwelt vorzubereiten und ihm gleichzeitig zu einer notwendigen Autonomie und Mündigkeit zu verhelfen, welche noch dem Modell eines autonomen Ichs des bürgerlichen Individuums entsprachen und vor der Ohnmacht schützen sollten. Die Ablösung von den Eltern, die den Kulminationspunkt der Individuation bildet und Autonomie ermöglichen soll, wird jedoch zunehmend erschwert. Die ökonomische Krise ist dabei die Folie, auf der sich die Krise des Individuums und damit auch die „Krise in der Erziehung" (Hannah Arendt) abspielt, denn je desaströser und prekärer die ökonomischen Verhältnisse sind, in denen sich die Einzelnen befinden, desto stärker werden die familiären Banden geknüpft, um das Überleben zu sichern und nicht der Angst ausgesetzt zu sein, auch noch den letzten Halt in einer immer flexibler werdenden Welt zu verlieren. Die modernen Arbeitsanforderungen, die

bereits in der Schule eine immer größere Flexibilität und den Zwang zur Selbsterfindung und -optimierung einfordern, setzen ein Ich voraus, das sich erst konstituieren muss, gleichwohl dieser Konstituierung die Grundlagen entzogen werden. Die Notwendigkeit sich stets auf wechselnde Situationen einzustellen, wie sie in der Schule und am familiären Verhandlungstisch einstudiert werden, harmoniert mit dem Phänomen der Ich-Schwäche und ist nicht geeignet, ein autonomes, widerständiges Ich zu entwickeln.

Anmerkungen:

(1) Martin Dornes: Die Modernisierung der Seele. In: Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen. 11/2010, S. 998.
(2) Ebd., S. 1008.
(3) A.a.O.
(4) Sigmund Freud: Nachschrift zur „Selbstdarstellung“ (1935). In: Gesammelte Werke Bd. XVI, S. 32 f.
(5) Siegfried Bernfeld: Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung (1925). Frankfurt am Main 1971, S. 51.
(6) A.a.O.
(7) Horst-Eberhard Richter: Eltern, Kind und Neurose. Psychoanalyse der kindlichen Rolle. Reinbeck 2010, S. 77.
(8) A.a.O.
(9) Vgl. Gunter Schmidt: Sexuelle Verhältnisse. Über das Verschwinden der Sexualmoral. Reinbeck 1998, S. 39 f.
(10) Ebd., S. 40.
(11) Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1974, S. 75.
(12) Ebd., S. 81 f.
(13) A.a.O.
(14) Sigmund Freud: Das Unbehagen in der Kultur (1931). In: Gesammelte Werke Bd. XIII, S. 434.
(15) Alexander Mitscherlich: Auf dem Weg zur Vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie. München 1973, S. 27.
(16) Hannah Arendt: Die Krise in der Erziehung. In: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I. München 2015, S. 267.
(17) Norbert Elias: Über den Prozess der Zivilisation Bd. 1 (1969). Frankfurt am Main 1976, S. 262.
(18) Peter Rühmkorf: Über das Volksvermögen. Exkurse in den literarischen Untergrund. Reinbeck 1967, S. 37.
(19) Ebd., S. 41 f.
(20) Ebd., S. 50.
(21) Theodor W. Adorno: Minima Moralia. In: Gesammelte Schriften Band 4. Frankfurt am Main 2003, S. 260.
(22) Vgl. Philippe Ariès: Geschichte der Kindheit. München 1975.
(23) Neil Postman: Das Verschwinden der Kindheit (1982). Frankfurt am Main 2003, S. 95.
(24) Gunter Schmidt, S. 8.
(25) Vgl. ebd., S. 123 ff.
(26) Vgl. Philippe Ariès, S. 105 ff.
(27) Vgl. Norbert Elias, S. 245.
(28) Sigmund Freud: Der Familienroman der Neurotiker (1909). In: Gesammelte Werke Bd.VII, S. 227.
(29) Herbert Marcuse: Das Veralten der Psychoanalyse (1963). In: Kultur und Gesellschaft 2. Frankfurt am Main 1970, S. 87.
(30) Sigmund Freud: Das Ich und das Es (1923). In: Gesammelte Werke Bd. XIII, S. 259f.
(31) Ebd., S. 256.
(32) Ebd., S. 264.
(33) Max Horkheimer: Autorität und Familie in der Gegenwart (1949). In: Gesammelte Schriften Bd. 5. Frankfurt am Main 2003, S. 386.
(34) A.a.O.
(35) Herbert Marcuse, S. 95.
(36) Max Horkheimer, S. 385.
(37) Vgl. Sigmund Freud: Massenpsychologie und Ich-Analyse (1921). In: Gesammelte Werke Bd. XIII.
(38) Ebd., S. 126.
(39) Vgl. Sigmund Freud: Massenpsychologie und Ich-Analyse.
(40) Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt am Main 1971, S. 131.
(41) Ebd., S. 132.
(42) Siegfried Bernfeld, S. 104.
(43) Vgl. Martin Spiewak: Wir sind keine Sorgenkinder! In: DIE ZEIT Nr. 38 vom 11.09.2014.
(44) Herbert Marcuse, S. 93.

Die Mitglieder der Redaktion Pólemos trauern um

MANFRED DAHLMANN

27.12.1951 - 24.12.2017

„Good Cop, Bad Cop“

Der Polizist als verkörperte Antinomie des Staates

Von Leo Elser

Anfang Mai 2017 erschießt die Polizei in Emmendingen bei Freiburg einen psychisch kranken Mann in einer Rehaklinik. Laut der ersten Polizeimeldung des zuständigen Freiburger Polizeipräsidiums sei er „nach [einem] Messerangriff auf Polizeibeamte in Notwehr getötet“ worden. Zur Entstehung der Situation heißt es, die Polizei sei von einem Mitarbeiter der Einrichtung über „Probleme mit einer aggressiven Person“ informiert worden, beim Eintreffen zweier Polizisten habe der Mann sie „unmittelbar mit einem Messer bedroht und in aggressiver Weise angegriffen“, woraufhin sie den Mann aus Notwehr erschossen. Bei dieser Darstellung, die gleichermaßen Nachrichtenquelle und juristische Verteidigungsrede derselben Institution ist, die maßgeblich am Ereignis selbst beteiligt war, wäre es wohl geblieben, hätte ihr nicht der Geschäftsführer der Reha-Einrichtung bei einer Pressekonferenz öffentlich widersprochen. Zwar habe der Mann ein Messer in der Hand gehabt und sei die Polizei gerufen worden, weil er aggressiv geworden sei und herumgeschrien habe. Es sei üblich, bei Problemen mit Bewohnern die Polizei zu rufen, weil alleine schon Auftreten und Uniform eine „respekteinflößende Wirkung“ habe. Beim Eintreffen der Polizei sei der Mann mit dem Messer aber ruhig am Tisch in einer Wohnküche gesessen, die Situation sei nicht konflikthaft gewesen, die anwesenden Bewohner und Mitarbeiter hätten sich nicht bedroht gefühlt. Die Polizisten allerdings hätten die Küche bereits mit gezogener Waffe betreten und den Mann laut schreiend aufgefordert, das Messer wegzuwerfen und sich auf den Boden zu legen. Die noch anwesenden Bewohner und Mitarbeiter hätten dann die Küche verlassen, nur Sekunden später sei der Mann mit drei Schüssen getötet worden (1).

Was in den Sekunden vor den Schüssen passierte, kann außer den Polizisten wohl niemand genau sagen und bleibt daher Spekulation. Beredt ist allerdings die Berichterstattung, die Zeugnis ablegt vom Verhältnis dieser Gesellschaft zur öffentlichen Gewalt. So greift der *Stadtkurier*, ein in Freiburg kostenlos per Briefkasten verteiltes Blättchen, das fast ausschließlich aus zu Pseudoartikeln umformulierten Werbeanzeigen des regionalen Mittelstandes besteht (2), die Geschichte ausgerechnet für einen Leitartikel über die angeblich zunehmende Respektlosigkeit gegenüber Polizeibeamten auf. Die Aussage des Reha-Geschäftsführers, es habe beim Eintreffen der Polizei keine unmittelbar konflikthafte Situation vorgelegen, kontert der *Stadtkurier* mit der rhetorischen Frage, „warum dann überhaupt die Polizei gerufen wurde“ (11.05.2017). Wer die Polizei ruft, soll sich hinterher auch nicht über einen Toten beklagen dürfen. Dass der Reha-Geschäftsführer durchaus erklärt hatte, warum die Polizei gerufen wurde, wird hier ebenso verschwiegen, wie dass der Erschossene psychisch krank war. Beides will nicht so recht zu einem Artikel passen, der aus Anlass der tödlichen Schüsse vor allem davon handelt, dass sich Polizisten im Alltag in einer permanenten Opfersituation befänden: „Dass Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft zugenommen haben, scheint schon ein Allgemeinplatz zu sein. Für die Beamten ist es hingegen alltägliche Realität“. Angesichts des konkreten Anlasses, nämlich einer Diskussion um die Frage, ob die Polizisten auch anders als mit tödlichem Schusswaffengebrauch hätten handeln können, lässt sich der Artikel nur als ein Plädoyer dafür verstehen, dass sich Polizisten derzeit in einer Art Generalnotwehrsituation befänden.

Weniger autoritätsversessen, dafür allgemein menschelnd, liest sich die *Badische Zeitung*, die zunächst die Darstellung der Polizei übernimmt und später die „Technokratensprache“ der Polizeimeldung bemängeln und fordern wird, „dass eine Behörde Mitgefühl hat, wenn ein psychisch kranker Mensch durch eine Polizeikugel stirbt“ (11.05.2017). Wie eine *Behörde* überhaupt fähig sein soll, Mitgefühl haben zu können und ob das nur psychisch kranken Menschen oder auch Straftätern zusteht, sowie wem damit geholfen wäre, bleibt das Geheimnis der *Badischen*. Dafür weiß sie allgemein-anthropologisch: „Schüsse sind nichts, womit sich ein Mensch leicht tut. Der Gebrauch seiner Waffe ist für einen Beamten“ – offenbar eine Unterart der Gattung Mensch – „die Ultima Ratio. Auch die Emmendinger Polizei – und insbesondere der 29-jährige Schütze – wäre gewiss heilfroh gewesen, wenn der Vorfall kein tödliches Ende genommen hätte.“ Wenn für den Menschen im Allgemeinen, den Beamten im Besonderen und den Todesschützen im Einzelnen ableitungslogisch gilt, dass er sich mit der Ausübung von Gewalt nicht „leicht tut“, dieselbe Ableitung aber auch für Menschen der Spezies Nicht-Beamten gelten soll, dann stellt sich allerdings die Frage, warum es überhaupt (Waffen-)Gewalt gibt? Antwort der *Badischen*: „Oft ist es eine Verkettung unglücklicher Umstände, die zu einer Eskalation führt, kein schuldhaftes Verhalten Einzelner. Und in jedem Fall ist es auch für die Polizei ein Drama, wenn bei einem Einsatz Blut fließt.“ Und weiter: „In jedem Fall aber ist der Vorfall eine Tragödie“, also ein durch das Walten höherer Mächte oder Prinzipien verursachtes, schuldloses Schuldigwerden (wohlgemerkt des unschuldigen Polizisten und nicht des Erschossenen). Tragödie, Drama, Verkettung unglücklicher Umstände: mehr an moderner und pseudo-antiker Mythologie geht nicht in einen Artikel.

Staatsvorstellungen

Die beiden Zeitungsartikel interessieren hier weniger als Berichterstattung über einen konkreten Fall. Vielmehr verschwindet in beiden Artikeln der konkrete Fall hinter impliziten (wie im *Stadtkurier*) oder expliziten (wie in der *BZ*) Verallgemeinerungen, die sich als Reaktionsbildungen auf einen Fall öffentlicher Gewalt lesen lassen (3). Die Infrage-Stellung der Rechtmäßigkeit eines einzelnen Aktes staatlicher Gewalt (in diesem Fall durch die Pressekonferenz des Reha-Zentrums) hat beim *Stadtkurier* offenbar das Bedürfnis ausgelöst, einen Leitartikel gegen die Respektlosigkeit gegenüber Polizisten, also gegen die Infragestellung der Autori-

tät von Polizisten überhaupt, zu schreiben. Indem suggeriert wird, dass sich Polizisten derzeit per se in einer Bedrohungssituation befänden, scheint schon die Zugehörigkeit zum Berufsstand eine ausreichende Begründung für das Vorliegen einer Notwehrsituation zu sein. Die Behauptung, dass Respektlosigkeit und Gewalt gegen Polizisten zugenommen habe, ist derzeit durchaus im Trend, obgleich sie empirisch nicht ohne weiteres belegbar ist. Ihre Attraktivität und Plausibilität bezieht sie vielmehr aus der ihr inhärenten Gesellschaftsdiagnose, dass die (von Polizisten verkörperte) Autorität des Staates abnehme. Bei der *Badischen Zeitung* hingegen tritt der Polizist weniger als Vertreter staatlicher Autorität, sondern vielmehr als guter Mensch von Emmendingen auf, der sich schicksalhaft-tragisch in eine unglückliche Todschießungssituation verstrickt. Das Gegenbild des Polizisten als gutem Menschen ist hier „die Behörde", der das Mitgefühl fehlt und die Pressemeldungen in „Technokratensprache" verfasst. Auch dieser Artikel impliziert eine allgemeine Gesellschaftsdiagnose, der zufolge ‚der Mensch' gut, aber seine Institutionen kaltherzig sind. Während der *Stadtkurier* die Existenz von Gewalt aus der fehlenden Autorität des Staates erklärt und folglich auch nur Gewalt gegen Polizisten (und nicht von Polizisten) kennt, wird sie in der *Badischen Zeitung* zur Tragödie mystifiziert und verdrängt.

Doppelcharakter des Polizisten

Ist der Polizist nun Mensch oder Autoritätsperson? Als Autoritätsperson ist er Verkörperung staatlicher Herrschaft, ein Funktionsorgan, das aus rechtsstaatlicher Perspektive die normativen Sätze des Rechts aus dem abstrakten Sollen befreit und in geltende Wirklichkeit verwandelt. Wer einmal einen Polizisten gesehen hat, weiß, welches Handwerkszeug er für diese Verwandlung braucht: Schusswaffe, Pfefferspray, Knüppel und Handschellen – und Philanthropen fordern derzeit eine menschenfreundliche Ergänzung dieses Arsenals um Elektroschocker. Er ist der Schlusspunkt abstrakter, rechtsstaatlicher Vermittlung, an welchem das Recht seine Form wechselt und sich als unmittelbarer Befehl und gewaltsame Durchsetzung zeigt. Er ist nicht Übergang, sondern Sprung von abstrakter Herrschaft in persönliche Autorität.

Doch bedarf auch diese unverzichtbare Funktion des Rechts eines stofflichen Trägers, eines Menschen also, der mit Muskel, Hirn und Nerv – mit der Ausstattung seines zum „Rüstzeug" (so die Bundespolizei, s.u.) mobilisierten Leibes – dem abstrakten Rechtswillen die notwendige physische Gewalt verleiht. Der Polizist, der mit seinem Knüppel einem Demonstranten auf den Kopf schlägt, übersetzt nur den abstrakten Rechtswillen in physikalische Geltung – ohne die er freilich abstrakt bliebe –, während der auf den Kopf Geschlagene den Rechtswillen vor allem als Schmerz spürt. Schlägt der aber zurück, trifft er nicht den Rechtswillen oder gar den Staat, sondern bloß einen Menschen, der seinen Körper eben dafür zur Verfügung stellt (4). Was den Polizisten als Schläger von jedem anderen Schläger unterscheidet, ist, dass er zwar als Staat zuschlagen, aber nicht in seiner Staatlichkeit getroffen werden kann, sondern nur als Individuum.

Als wäre das nicht schon merkwürdig genug, fühlt sich der Polizist „als Mensch" beleidigt, d.h. in seiner Ehre *verletzt*, wenn ein konformistischer Rebell vier Buchstaben singt oder auf seinem T-Shirt trägt, die als Abkürzung für die offenkundig absurde Tatsachenbehauptung stehen, alle Polizisten seien uneheliche Kinder (5), nicht aber, wenn die Zeitungen von verletzten *Beamten* sprechen, als läge nicht ihr Leib, sondern, schlimmer noch, ihr staatsrechtlicher Status im Krankenhaus.

Charaktertypus des Polizisten

Auch für den Polizisten gilt, dass „keineswegs jedes Fleisch zur Darstellung" als Polizeisubjekt taugt, dass vielmehr der „Körper, dazu die Psyche, die ihn antreibt, [...] gewisser Mindestqualifikationen" bedarf (6): Als „Rüstzeug"(!) für „spannende Aufgaben"(!) verlangt etwa die *Bundespolizei* einen BMI zwischen 18 und exakt 27,5 kg/m^2, ein „leistungsfähiges Herzkreislaufsystem", „da die Anforderungen an die Ausdauerleistungsfähigkeit besonders hoch sind", sowie natürlich „Leistungsbereitschaft" und „geistige und körperliche Fitness", dazu „Demokratieverständnis" – *Verständnis*! –, sowie „psychische und physische Belastbarkeit"; denn: dieser „Beruf [...] ist anspruchsvoll und nur etwas für starke Charaktere" (7).

Starke Charakter also, so wie der ehemalige deutsche Bundespolizist Nick Hein, vielfältig bekannt, manchen als seriöser Sachbuchautor (Titel: „Polizei am Limit"), anderen als „The Sergeant", seinem Mixed-Martial-Arts Kampfnamen, oder durch zahlreiche Pressefotos, auf denen er seinen Bizeps in die Kamera streckt oder auf die Köpfe von Kampfsportgegner einprügelt. Als Gast bei Maischberger versuchte er einen Vertreter ihm nicht genehmer Ansichten von den Vorteilen der Videoüberwachung durch Androhung von Prügel vor laufender Kamera zu überzeugen: „Wenn ich Sie schlage, können Sie froh sein, wenn es das auf Kamera gibt und mich anzeigen. Oder Sie können sich statt der Anzeige Gedanken über die gesamtgesellschaftliche Situation machen und überlegen, ob Sie eine Teilschuld haben, weil Sie mir mit ihrer weltfremden Meinung auf die Nerven gegangen sind." *Polizisten – Prügelknaben der Nation?* lautete der Titel der Sendung, in der „The Sergeant", dessen Lebensinhalt nach dem Ausscheiden bei der Polizei einem Sport gewidmet ist, der darin besteht, sich gegenseitig die Fresse zu blutigem Brei zu schlagen, öffentlich über den fehlenden Respekt gegenüber Polizisten lamentieren durfte. Nicht gestellt wurde allerdings die Frage, ob das Lamento nicht vielleicht auch etwas damit zu tun hat, dass die Polizei möglicherweise einen Charaktertypus anzieht, der womöglich mit der respektlosen Klientel die dramatische Geste, die martialische Männlichkeitsgebärde, die Bruderhorde als Gesellschaftsideal und die ständige Einforderung von Respekt teilen könnte. Man wird kaum Soziologie studiert haben müssen, um zu wissen, dass bestimmte Berufe bestimmte Charaktere anziehen (8).

So lässt sich auch erklären, warum es für die Stellenausschreibung bei der Bundespolizei zwar einigen Klärungsbedarf bezüglich gewaltverherrlichender Tätowierungen gibt (9) – man kennt offenbar seine Klientel – nicht aber explizit darüber aufgeklärt werden muss, was die Bewerberklientel ohnehin als Motivation mitbringt: dass eine Bewerbung bei der exekutiven Gewalt auch die Bereitschaft zur Anwendung von exekutiver Gewalt beinhaltet. Wer aber einen Beruf wählt, zu dem die Ausübung von Zwang und Gewalt so selbstverständlich gehört, dass das in der Stellenausschreibung mit „spannende Aufgaben" umschrieben wird, der muss damit rechnen, dass er sich bei der Berufsausübung nicht nur Freunde macht. Der Informationsgehalt der Nachricht, dass Respektlosigkeit und Gewalterfahrung zum Alltag von Polizisten gehören, gleicht daher den Feststellungen, dass aufsässige Schüler zum Alltag von Lehrern, gefährliche Tiere zu dem von Wildtierpflegern und alkoholisierte Gäste zu dem von Wirten gehören.

Vertrag oder Autorität

Der Charakter des Polizisten mag empirisch variieren und wer einmal einen

Blick in Arbeiten der Polizeiwissenschaft wirft, stößt auf ein buntes Reich der Charakterologie, das locker mit der Botanik mithalten kann: Da wird streng zwischen „Polizeikultur“, „Polizistenkultur“ und „Cop-Culture“ unterschieden, wobei natürlich die Grundregel gilt, je amerikanischer der Name, desto schlimmer das Gemeinte. Da gibt es zum Beispiel die „*street cops*“, deren „Handlungsmuster [...] nicht immer und nicht notwendigerweise menschenfreundlich und humanistisch korrekt [sind]. Allerdings ermöglichen sie viele alltagstaugliche Routinen, die Polizisten etwa vor Überlastung schützen und pragmatische Antworten auf eine diffuse Nachfrage bieten“(10). Und weiter: „Neben dem *crime fighter* stand immer ein Polizistentypus, den man in Deutschland etwas verniedlichend als *Schutzmann* bezeichnet. [...] Der Schutzmann steht in der Mitte der Gemeinde und hat mit *Dirty Harry* nichts im Sinn“. Auch liefern die Polizeiwissenschaften ganz neue Erkenntnisse für die Medizin: „Denn Polizisten bringen sich notwendigerweise mit dem Verbrechen in Kontakt, dürfen sich von ihm aber nicht infizieren lassen. Die Gefahr, dass sie sich dabei kontaminieren, ist aber in einigen Einsatzbereichen extrem hoch, zumal dann, wenn der Arbeitskontext keine alternativen Erfahrungen zulässt“ (11). Doch findet sich zwischen all dem bunten Fetischismus, irgendwo zwischen Kulturen, nicht immer menschenfreundlichen Handlungsmustern, ansteckenden Verbrechen und Dirty Harrys, manchmal auch fast ein Gedanke. Zum Beispiel: „Theoretisch wird Staatsgewalt (potestas) ohne Emotionen, ohne Aggressivität ausgeübt – sine ira et studio in jeder Hinsicht, also ohne Parteilichkeit und ohne ‚Zorn‘. Sie heißt dort auch nicht Gewalt, sondern ‚unmittelbarer Zwang‘. Doch auf der Handlungsebene kommt Gewalt nicht ohne Aggressivität aus. Diese ist sogar die Voraussetzung, um Staatsgewalt in konkrete Handlungen zu übersetzen“ (12).

Dabei wird letztlich zum Übersetzungsproblem verniedlicht, was logisch unmöglich ist, aber praktisch vom Polizisten *in persona* vollzogen werden muss, nämlich der Umschlag von abstrakter Herrschaft des Rechts als einer Sammlung normativer Sätze, in konkrete, letztlich physische Wirklichkeit – mittels Gewalt. Weil er aber vom Polizisten nicht nur äußerlich, als Funktion, sondern immer zugleich auch als Verkörperung konkreter, persönlicher Gewalt vollzogen werden muss, handelt es sich nicht nur um einen Widerspruch von Theorie und Praxis von Polizeihandeln, sondern um eine Antinomie des Staatsverständnisses überhaupt.

Notwehr und Vertrauen

Staatsrechtlich heißt der Zustand, in dem das Recht suspendiert werden kann, um die staatliche Autorität insgesamt aufrechtzuerhalten, Notstand (oder Ausnahmezustand). Individualrechtlich, also nicht im Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern, sondern der Bürger untereinander, entspricht dem die Notwehr, welche die Anwendung von Gewalt, das heißt die Suspension eines Rechtsgutes (etwa des Rechts auf Leben eines Angreifers), zur Bewahrung des Rechtsgutes (namentlich Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum) eines Angegriffenen legalisiert. In der Praxis setzt dies voraus, zwischen Angreifer und Angegriffenem unterscheiden zu können. Wie gesehen, handelt ein Polizist, der einen „unmittelbaren Zwang“, wie es im Polizeijargon heißt, vollstreckt, als Vollzugsorgan des Gesetzes, ohne persönliche Beteiligung – und damit *per definitionem* nicht als Angreifer. Was für den Polizisten nur die Vollstreckung eines Rechtsaktes ist, kann jedoch dem mutmaßlichen Delinquenten empirisch zunächst gar nicht anders denn als Angriff erscheinen, etwa wenn sich frühmorgens eine Gruppe Fremder Zutritt zu seiner Wohnung verschafft oder wenn er mit vorgehaltener Waffe aufgefordert wird, sich auf den Boden zu legen. Davon allerdings muss er abstrahieren, er muss entgegen dem sinnlichen Eindruck erkennen, dass er eigentlich gar nicht angegriffen wird, sondern das abstrakte Recht sich nur selbst vollzieht und er sich widerstandslos fügen sollte (und mehr noch: als Staatsbürger sogar die Vollstreckung gegen sich selbst wollen sollte). Das praktische Resultat, sich widerstandslos zu fügen, weil man entgegen des empirischen Eindrucks eigentlich ja gar nicht angegriffen wird, wird paradoxerweise dadurch erleichtert, dass die Vollzugsorgane bewaffnet genug sind, einem das Leben zu nehmen. Wehrt sich der mutmaßliche Delinquent dennoch gegen die Vollstreckung, handelt er als Angreifer, das abstrakte Vollzugsorgan jedoch verwandelt sich wieder in den konkreten Menschen, der wie jeder andere das Recht hat, seinen Leib und sein Leben notfalls mit tödlicher Wirkung zu verteidigen. Doch als hätte das abstrakte Recht ahnen können, dass der Mensch hinter dem Vollzugorgan, beim abstrakten Vollzug in eine konkrete Notwehrsituation geraten könnte, hat es ihm vorsorglich alleine für solche Situationen das Recht, eine geladene Schusswaffe zu tragen, zugestanden.

Zwischen 2007 und 2016 sind je nach Zählung 6-8 Polizisten im Dienst getötet worden, während im gleichen Zeitraum 65-72 Menschen von Polizisten im Dienst erschossen wurden, wobei das letzte Mal, dass tödliche Schüsse von Polizisten im Dienst als „unzulässiger Schusswaffengebrauch“ eingestuft wurden, auf das Jahr 1999 datiert (13). Polizisten haben also nicht nur eine erstaunlich hohe Erfolgsquote bei der Bewältigung von Notwehrsituationen, sie handeln dabei, so scheint es, gerade wenn man bedenkt, dass sie zweifelsohne „auch Menschen“ sind, auf regelrecht wundersame Weise so gut wie immer zulässig.

Nimmt man das liberale Staatsverständnis beim Wort, dann bedeuten Gewaltenteilung und Gewaltmonopol die größtmögliche Reduktion von Gewalt auf das nötigste Minimum, Grundrechte eine Einschränkung staatlicher Herrschaft. Ihren Sinn erhalten diese Einschränkungen staatlicher Macht durch ein grundsätzliches, tendenziell *a priorisches* (wenngleich historisch ausreichend begründetes) *Misstrauen* in staatliche Herrschaft und Gewaltausübung. Nimmt man das für bare Münze, dann stellt aber der Widerspruch zwischen dem Polizisten als minimal-gewaltanwendende Funktion und dem persönlich involvierten Polizisten jenseits der Uniform zumindest potentiell die Ausweitung des staatlichen Gewaltmonopols auf die Willkür und das Gutdünken seiner Exekutoren dar. Wäre die Einschränkung der Gewalt auf das Nötigste tatsächlich der Kern der Gewaltenteilung, dann wäre eine institutionalisierte und unabhängige Kontrolle der exekutiven Gewalt selbstverständlich, welche die Ausübung exekutiver Gewalt permanent (und nicht nur im Anzeigefall) überwacht und dabei eigenständig ermitteln kann (14). Insofern Gewaltenteilung nur dann ihre Funktion wechselseitiger Kontrolle ausüben kann, solange die sich kontrollierenden Instanzen gegenseitig zumindest grundsätzlich misstrauen, wäre ein allzu großes Vertrauen in eine der Gewalten nicht weniger als eine Gefährdung ihrer Teilung. In diesem Lichte sind die Umfragen beredt, denen Zufolge 88% der Deutschen „sehr großes oder großes Vertrauen“ in die Polizei haben (*Die Welt* am 5.1.2017) – mit großem Abstand mehr als in jede andere Institution (15). Zu diesen 88% dürften ja nicht nur „die Öffentlichkeit“, sondern auch zahlreiche Staatsan-

wälte, Richter und Politiker zählen, also eben jene Instanzen, denen eigentlich eine Kontrollfunktion zugedacht wäre.

Staat und Autorität

Der Staat des Kapitals bedarf jedoch der Autorität konstitutiv: als *Kommando* über die fremde Arbeit im Produktionsprozess, im Militär als der Gewalt nach Außen, in der Polizei als Gewalt nach Innen und für die Erziehung der Kinder innerhalb der Familie. Dass Autorität effektiver ist, wenn sie nicht mehr als uneinsichtiger äußerer Befehl, sondern als innere Motivation und Selbstbestimmung auftritt, ist von Betriebswirten und Pädagogen schon lange erkannt worden und daher rührt die Tendenz, sie wo immer möglich durch Teamwork und Mitmachen, durch flache Hierarchien und Verhandlungsmoral zu ersetzen. Die Tendenz zur Verinnerlichung von Autorität ist aber nicht antiautoritär, sondern konformistisch (16).

Zugleich kann man in jedem Basisseminar Betriebswirtschaftslehre lernen, dass die Effektivität der Ersetzung autoritärer Strukturen durch konformistische (sie heißen dort: demokratische) von der Art der Arbeit abhängt. Die Zunahme von Eigenverantwortlichkeit, Kreativität und Teamfähigkeit im Akademischen- und Angestellten-Milieu steht daher der Beibehaltung autoritärer Strukturen in vielen Ausbildungsberufen, Familienbetrieben und im Niedriglohnsektor nur scheinbar entgegen. Daher erhält auch das allgemeine Verhältnis zur Autorität einen schichtspezifischen Charakter. Gewohnt, die Imperative ihres Dienstherrn selbstbestimmt zu erspüren, erscheint den teamfähigen Konformisten der Ober- und Mittelschichten Autorität im Arbeitsverhältnis als verzichtbar, mithin als Relikt unaufgeklärter Vergangenheit. Nicht aus Mangel an Bildung oder fehlender Einsicht, sondern den Möglichkeiten mit der Identifikation und Verinnerlichung der jeweiligen Arbeitstätigkeit adäquat, bedürfen dagegen die Bäckereifachverkäufer oder „Gebäudemanager" in der Putzkolonne eines autoritären Chefs zur rentablen Erfüllung ihres Arbeitsvertrags. Dabei entspricht dem Verhältnis von persönlicher Autorität und Konformismus im Arbeitsverhältnis die grundlegende Antinomie im Staatsbegriff. So soll der Staat einerseits nichts als eine abstrakte Ansammlung auf freier Übereinkunft beruhender Verträge, d.h. nichts als gewaltfreie Kommunikation sein, und dementsprechend auch die Behörden keine kaltherzige Technokratensprache sprechen, wie die *Badische Zeitung* moniert, sondern motivationsförderndes Mitgefühl und Verständnis aufbringen, wenn Polizisten in schuldlos tragischer Verstrickung von der Kommunikation zur Exekution überzugehen gezwungen sind. Und doch muss andererseits der Staat immer auch wie im *Stadtkurier* als letztinstanzlich unhinterfragte Autorität gedacht werden, d.h. immer dort, wo die Kommunikation an ihre Grenze stößt, die Unterwerfung im Zweifel auch praktisch vollzogen werden.

Das Verhältnis zur Autorität im Arbeitsprozess bleibt auch den gesellschaftlichen Projektionen auf die Exekutiv-Gewalt nicht äußerlich. Das konformistische Ideal wünscht sich den Polizisten als Konfliktmanager und Dialogkünstler und verlangt dabei von seiner Klientel, der staatlichen Zwangsvollstreckung mit Respekt und Einsicht zu begegnen. Wem es an Einsicht mangelt, die Durchsuchung seiner Wohnung, „Visitation" seines Leibes oder seine Verhaftung als abstrakten Rechtsakt *„sine ira et studio"* und damit eigentlich Ausdruck seines eigenen Willens als Staatsbürger zu betrachten, dem fehle, so die Schlussfolgerung, offenbar der Respekt vor den Staatsvertretern, mithin die Achtung vor dem Staat.

In der Diskussion über die vermeintliche Respektlosigkeit gegenüber der Polizei (wie auch die eingangs dargestellte Berichterstattung über die Erschießung eines psychisch Kranken in Emmendingen) kehrt jedoch das gesellschaftliche Bedürfnis nach unhinterfragter Autorität unübersehbar zurück. Das enorme Vertrauen in die Polizei dürfte gerade in dem Maße zugenommen haben, in dem seit der Finanzkrise das Vertrauen in die eigene ökonomische Sicherheit und die eigene Anpassungsbereitschaft im Beruf geschwunden sind.

Daher wäre es falsch und naiv, die Diskussion um „fehlenden Respekt" als Begleiterscheinung eines zunehmenden Demokratisierungs- und damit Ablösungsprozess von althergebrachter Autorität zu betrachten. Symptomatisch ist vielmehr, dass die Antinomie von Recht und Autorität in einer gesellschaftlichen Situation, die als Krise staatlicher Ordnung wahrgenommen wird, bewusstlos zu Bewusstsein gelangt. Erst wenn man die unterschiedlichen Gesellschaftsdiagnosen von *Badischer Zeitung* und *Stadtkurier* zusammennimmt und als Antwort auf die gesellschaftliche Krise betrachtet, wird die Drohung wirklich entzifferbar: Entweder lösen die Menschen die realen gesellschaftlichen Widersprüche durch ihre restlose Verinnerlichung konformistisch in sich auf, oder aber die Exekutive ist – *tragisch* natürlich – gezwungen, sie autoritär, als organisierte Notwehr der staatlichen Ordnung insgesamt, zu beseitigen.

Anmerkungen:

(1) Vgl. die Pressemitteilung der Polizei vom 04.05.2017: „POL-FR: Emmendingen: +++ 61-jähriger Mann nach Messerangriff auf Polizeibeamte in Notwehr getötet +++" unter: http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110970/3628000. Zu den Aussagen des Geschäftsführers vom 09.05. vgl. http://www.badische-zeitung.de/emmendingen/erschossener-patient-in-emmendingen-reha-chef-widerspricht-polizei.

(2) Alle zwei Wochen erscheint der *Stadtkurier* in einer Auflage von 115.000 und enthält in der Regel einen Leitartikel plus Kommentar auf der ersten, sowie eine Reihe von Verbrechensmeldungen auf der zweiten, sowie eine weitere Seite mit lokalen Sportmeldungen. Der Rest sind Artikel über regionale Unternehmen, die was Tolles gemacht haben und zufällig auf derselben Seite des Artikels eine Werbeanzeige schalten durften. Das wäre kaum der Rede wert, würde sich dieses Blättchen, das vor allem aus umformulierten Polizeimeldungen und Werbeanzeigen besteht, nicht als letzter Verteidiger der Mündigkeit präsentieren: „Der *Stadtkurier* hat schon früh bei wirklichen (!) Verbrechen die Nationalität der Festgenommenen veröffentlicht. Von einigen sind wir dafür angefeindet worden, andere haben uns dafür gelobt. Der Grund für unser Vorgehen: Wir sehen uns nicht als Pädagogen, die für Unmündige entscheiden, was man ihnen zumuten kann, sondern als Lieferanten (!) von wahrheitsgetreuen Informationen – gleich ob uns das Ereignis, über das wir berichten, gefällt oder nicht. Diesen Grundsatz werden wir auch weiterhin pflegen" (08.12.2016).

(3) Dass der konkrete Fall hinter Verallgemeinerungen verschwindet, ist hier keineswegs als Kritik gemeint. Dass sich die Autoren jedoch die gesellschaftlichen Voraussetzungen ihrer Verallgemeinerungen nicht bewusstmachen, sehr wohl. Allerdings müssten sie dazu natürlich aufhören, Journalisten zu sein.

(4) Joachim Bruhn hat dieses Wechselspiel von Charaktermaske und Individuum anhand der von der RAF erschossenen Vertreter von Staat und Ökonomie dargestellt: „Christian Klar schoß auf die kaltherzige Charakter-

maske von der Dresdner Bank; in die Grube fuhr der treusorgende Familienvater Jürgen Ponto, eine Seele von Mensch [...]. Nicht sehr zielsicher diese Aktion: der Kapitalagent soll sterben, der Philanthrop ist tot. Diese merkwürdige Verwandlung – ein Katholik würde mit Karl Marx von Transsubstantiation sprechen – vollzog sich durch die Tat hindurch ohne jedwedes Bewußtsein der Täter, eine Wesenswandlung, in der die politische Souveränität ihr Unwesen dokumentiert. [...] Das Problem, das die marxsche Kritik der politischen Ökonomie mit der Einführung des Begriffs der Charaktermaske [...] darstellt, besteht eben darin: Wie kann es sein, daß die bürgerliche Öffentlichkeit, in Form der *Welt am Sonntag* etwa, das himmelschreiend Perverse der RAF *einerseits* darin findet, daß sie Menschen als ‚Schweine' bezeichnete, d.h. ‚den Funktionsträgern des ‚Systems' das Menschsein abgesprochen hatte' – während sie *andererseits*, wenige Seiten später im Wirtschaftsteil der gleichen Ausgabe, ein Portrait der VW-Maske Piech unter der Schlagzeile ‚Der geborene Keiler' druckt und berichtet, der heiße sich puterstolz selbst ein ‚Wildschwein' und habe sich der ‚Abwehr von Freßfeinden verschrieben'" (Joachim Bruhn: „Charaktermasken abschminken". Abstrakte Herrschaft, bewaffneter Kampf, konkrete Leichen. In: Rote Armee Fiktion. Hg. v. J. Bruhn / J. Gerber, Freiburg 2007, S. 16 f.).

(5) Das Bundesverfassungsgericht hat Anfang 2017 entschieden, dass die Parole „ACAB" keine persönliche Beleidigung darstellt; mit der Begründung, dass sie sich nicht auf eine „hinreichend begrenzte und überschaubare Personengruppe" beziehe. Durchaus erstaunlich allerdings, dass es zuvor häufiger zu Verurteilungen wegen Beleidigung gekommen ist, also tatsächlich eine persönliche Verletzung der Ehre von Polizisten durch die offenkundig absurde Behauptung, es handle sich bei allen Polizisten um „Bastarde" festgestellt wurde. Soviel zur juristischen Seite. Eine andere Frage ist, was mit „ACAB" *politisch* gemeint ist: Mit *Bastard* kann nur gemeint sein, dass es sich um einen unrechtmäßigen Abkömmling des Vaters handelt, der folglich aus der familiären Gemeinschaft auszuschließen sei. Wie der geliebte Vater soll der geliebte Staat auf die strafende, im Polizisten verkörperte Autorität verzichten, weil doch die Rebellion, für die man Strafe fürchtet, gar nicht als Infrage-Stellung von Autorität und Gemeinschaft, sondern vielmehr als Beweis der Liebe zu ihr gemeint ist. „ACAB" ist daher sicher nicht staatskritisch, sondern zielt auf das konformistische Ideal restloser Verinnerlichung staatlicher Autorität, die dann keiner unrechtmäßigen Abkömmlinge zu ihrer Durchsetzung mehr bedarf.

(6) Joachim Bruhn: „Charaktermasken abschminken", S. 18.

(7) Vgl. die Einstellungsvoraussetzungen und das Informationsblatt des Polizeiärztliches Dienstes auf der von der Bundespolizei betriebenen Internetseite mit dem eher nach Sekte klingenden Titel www.komm-zur-bundespolizei.de.

(8) Und was für den Polizisten gilt, gilt für den Soldaten erst recht. Was für ein Wunder, dass ein Verein, dessen Zweck im Todschießen und sich Todschießen lassen fürs Vaterland besteht, attraktiv für Leute ist, die auf Opferbereitschaft, Härte und Autorität stehen. Berthold Kohler, einer der Herausgeber der *Zeitung für Deutschland*, hat fast recht, wenn er angesichts der Diskussionen über Ekelrituale und eine aufgedeckte Neonazi-Terror-Zelle in der Bundeswehr schreibt, dass die Bundeswehr als eine Institution, „die ihren Angehörigen das Kämpfen und Töten beibringt, auch um nicht selbst getötet zu werden, bei der Ausbildung ihrer Kampfeinheiten bis hart an die Grenzen der noch zulässigen Härte gehen dürfen [muss]. Eine Armee, der das untersagt wird und in der Kameradschaft und Korpsgeist eher als problematisch denn als wünschenswert angesehen werden, könnte man auch gleich auflösen" (FAZ, 02.05.17). Einzig das „auch um nicht selbst getötet zu werden" ist eine in dem Wörtchen „auch" gut versteckte Unaufrichtigkeit, bei der Zweck und Mittel vertauscht werden. Denn als Institution muss sie sehr wohl die Bereitschaft, sich selbst töten zu lassen, von den Soldaten verlangen; weil sich tote Soldaten allerdings schlecht zum Töten eignen, gehört freilich *auch* das Töten, *um* nicht getötet *zu* werden, zum soldatischen Handwerk; es ist daher ein Mittel und nicht, wie die Formulierung „um...zu" nahelegt, der Zweck desselben.

(9) Die Bundespolizei hat auf ihrem Bewerbungsportal eine eigene Unterseite für tätowierte Bewerber, auf der es heißt: „Beim Tragen der Dienstkleidung – ausgenommen beim Dienstsport – dürfen Tätowierungen, Brandings, Mehndis (Henna-Tattoos) und Ähnliches nicht sichtbar sein. Sofern sie durch die getragene Dienstkleidung nicht vollständig verdeckt werden, sind sie in geeigneter und dezenter Weise abzudecken. Entsprechende Darstellungen – auch an durch Kleidung abgedeckten Körperstellen – dürfen nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen sowie keine diskriminierenden, gewaltverherrlichenden oder sonstigen gesetzlich verbotenen Motive enthalten oder nach dem Erscheinungsbild und der inhaltlichen Aussage im Einzelfall einen achtungs- und vertrauensunwürdigen Eindruck erwecken." (https://www.komm-zur-bundespolizei.de/news/neue-news-page-8/).

(10) So der Professor für Polizeiwissenschaften der Polizei-Akademie Hamburg, Rafael Behr: Über Polizei und Gewalt. Online unter http://www.b-republik.de/archiv/ueber-polizei-und-gewalt?aut=1104.

(11) Rafael Behr: Korpsgeist oder Binnenkohäsion, online unter http://akademie-der-polizei.hamburg.de/contentblob/2664584/c276fc3e466b16fd16679de9d600306b/data/pdf-korpsgeist.pdf;jsessionid=A9674B9A9BE2E7F3963ABA4C8119147D.liveWorker2.

(12) Behr: Über Polizei und Gewalt (vgl. Anmerkung 10).

(13) Vgl. die Statistiken von Clemens Lorei, der als Professor an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung tätig ist, online unter: http://schusswaffeneinsatz.de/Statistiken_files/Statistiken.pdf

(14) Nicht, dass es solche Institutionen gar nicht gäbe. Die „Nationale Stelle zur Verhütung von Folter" etwa soll zur Erfüllung der UN-Antifolterkonvention laut *Wikipedia* „regelmäßig alle Orte besuchen, an denen Personen aufgrund behördlicher oder gerichtlicher Anordnung oder mit deren Duldung die Freiheit entzogen wird oder werden kann". Dabei ist die entsprechende *Bundesstelle* sowohl für die Überwachung aller „Orte der Freiheitsentziehung im Zuständigkeitsbereich des Bundes", wie auch die Überwachung von „Rückführungen" durch die Bundespolizei und die deutsche Beteiligung bei Frontex zuständig. In die Zuständigkeit der „*Länderkommission*" fallen sämtliche „Orte der Freiheitsentziehung" unter Länderhoheit, insgesamt rund 11.000 Einrichtungen. Die Bundeskommission besteht aus zwei ehrenamtlichen Mitgliedern, die Länderkommission aus acht. Jedes Unternehmen von vergleichbarer Größe würde erheblich mehr Personal in die interne Kontrolle seiner Mitarbeiter stecken.

(15) Während das Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht (75 %) und die Bundeswehr (65%) ebenfalls relativ hoch ist, vertrauen mehr Deutsche dem Papst (57%) als dem Bundestag (50%), der gedruckten Presse (40%) oder den politischen Parteien (21 %). Vgl. http://www.stern.de/politik/deutschland/polizei-geniesst-das-groesste-vertrauen---laut-stern-umfrage-7347446.html.

(16) Interessanterweise kommt in derselben Forsa-Umfrage, der zufolge die Polizei das höchste Vertrauen unter den Deutschen genießt, der eigene Arbeitgeber (mit 83 %) direkt an zweiter Stelle.

Eine Frage der Herkunft

Anmerkungen zum Zusammenhang von Ernährung, Regionalismus und Ökonomie

Von Julika L.

„Dieser Körper gab nichts her. Alles verdaute er. Alles verleibte er sich ein. Ein Durchfall, ein Erbrechen hätten Wunder wirken können. Doch keine Rede davon: nichts rückte er heraus. Es gab Tage, da wollte er in seinem Geiz, in seiner Gier nicht einmal den Stuhlgang hergeben, sondern nur noch die Gase." (Gisela Elsner, Der Nachwuchs, 1968)

Das, was in Elsners Roman nachwächst, in strenger Beobachtung seines Wuchses durch die Ernährer, wie der Erzähler seine Eltern nennt, existiert in stetem Selbstbezug. Aber es ist nichts an diesem Selbst, außer seinem Körper, an dem der Erzähler ständig zieht, rupft, den er wiegt, bemalt, reibt, an dem er porkelt. Ständig wurschtelnd an etwas, das in sich eingeschlossen nichts hergibt, nichts hergeben will. Ein Produkt der 50er und 60er Jahre, in der die deutsche Gesellschaft im engsten Kreis der Familie die Früchte ihrer Zerstörungs- und Vernichtungspolitik in sich hineinfraß, in nicht enden wollender Angst, es könnte am Ende doch etwas eingefordert werden aus ihren Kriegs- und Mordgewinnen. Daher die Gier, das, was sich schuldhaft einverleibt wurde, nur nicht wieder herauszugeben. Es ist restlose Aneignung, die sich später im madenhaft-fetten Körper Kohls ebenso wiederspiegelte, wie in den anorektisch-mageren Körpern der RAF Aktivisten, die sich dieser Fütterung verweigerten. Und um Futter dreht es sich heute ständig, während es vor gut 50 Jahren ein Thema der Hausfrauen, ein wirklich häuslicher Bereich der Sättigung des Ehemannes und der Kinder gewesen ist, um die sich die Mutter gekümmert hat und kümmern musste. Sich dem Kochen zu entziehen galt deswegen von jeher als ein Ausweis von weiblicher Emanzipation, oft auch als kokette Geste, sich nicht gemein zu machen mit der biederen und beschränkten Hausfrau. Nun scheint sich, nachdem diese Aufgaben tatsächlich weniger selbstverständlich von Frauen besorgt werden, eine ganze Gesellschaft zu hausfräulichen Kümmerern zu entwickeln.

Die Ideologisierung des Essens zur Ernährung (1) zeugt von einer pars-pro-toto Konstellation zwischen Eltern und Kind, Konsument und Industrie, Bevölkerung und Staat. Zunächst geht dem, allgemein gesprochen, bewussten Konsum, die Vorstellung, bzw. der Wunsch voraus, man handle im Sinne aller anderen. Was sollen alle anderen tun? Sie sollen sich, so der moralische Imperativ, möglichst im Sinne einer umfassenden Schonung der Tiere, Ressourcen und Menschen ernähren, kleiden, bewegen. Die zur Verfügung stehenden Produkte bewegen sich dabei in engstem Raum, wie auch das politische Engagement, nach dem der bewusste Konsument trachtet, im engsten Rahmen seiner Reproduktion, seiner Hausfrauenseite, seiner Körperlichkeit verbleibt. Der Körper steht im Zentrum und die Frage, was er sich einverleiben darf und soll. Im Gegensatz zur Figur Kohls ist allzu viel Sitzfleisch heute allerdings ebenso verpönt wie allzu heftige Magerkeit. Als ästhetisch-ideologische Extreme identifiziert, sind sie inzwischen von gesunder Körperlichkeit abgelöst worden. Die kollektiv latent essgestörte Gesellschaft verachtet an diesen Extremen nicht, was den Kern einer Essstörung kennzeichnet: die permanente gedankliche und emotionale Fixierung aufs Essen unter absoluter Unterwerfung und Disziplinierung, die sie ja mit den pathologischen Fällen wenigstens tendenziell teilt, sondern dass letztere ihre Essstörung nicht restlos selbstbeherrscht betreiben würden. Entsprechend zielen landläufige Therapien häufig auf Kochkurse und die Verinnerlichung gesunder Ernährungsprinzipien. Das Ideal kraftstrotzender Gesundheit akzeptiert weder ‚Fette', noch ‚Magermodels', sondern propagiert stromlinienförmige Körper.

Gesundheit ist Leistungs- und Leidenspotential, was im Sport ernstfällig trainiert und beim Essen, nur freiwilligen Stopfgänsen vergleichbar, eingetrichtert werden muss. Folgerichtig orientieren sich die ästhetischen Vorbilder der Deutschen zurzeit an Soldaten und Müttern und ebenso erinnern die modernen Flecht- und Zopffrisuren mit ihrem weibischen Erntedankfestflair und die mackerhaften, martialischen Undercuts mit Seitenscheitel an die Volksgenossen aus den Filmen der „Nazischlampe" (Broder) Riefenstahl. Die Deutschen seien ein „Volk, wo immer viel Neigung vorhanden bleibt, das Ideal des Weibes in der Kuh und das des Mannes im Schlagetot zu erblicken", bemerkte Thomas Mann in den 20er Jahren sehr treffend.

Damit einhergehend wird wieder gegessen, was auf den Tisch kommt, wie die Käufer von Gemüsekisten-Abos sich gerne von den Jahreszeiten, ihrer Gesundheit und ihrem politischen Gewissen wie einst von ihren Eltern diktieren lassen, was wann zu essen sei. Bedürfnisse sind nie ein Argument für die Produktion gewesen. Dass sie als zahlungskräftige inzwischen nicht einmal mehr für die Konsumtion taugen, ist Wahnwitz.

Nicht als beschränkende Enge, sondern als Nähe wird aber die Wendung zu regionaler Landwirtschaft und Produktion bewertet. Dadurch seien unnötige Abgase (2) beim Transport zu vermeiden und die regionale Wirtschaft zu stärken. So einfach liegen die Dinge zwar nicht unbedingt, verbraucht ein importiertes argentinisches Rindersteak doch unter Umständen trotz Transport deutlich weniger CO_2 als ein deutsches, bei dem aufgrund geringerer Weideflächen mehr Getreide zugefüttert werden muss. Zumal angesichts der Überproduktion von Fleisch ohnehin keine direkte Beziehung zwischen Fleischkonsum und der Menge

geschlachteter und transportierter Tiere besteht.

Explizit politisch wird die ‚bewusste Ernährung' allerdings vor allem angesichts apokalyptischer Vorstellungen, die sich an geplante Freihandelsabkommen mit den USA oder an amerikanische Konzerne heften. Implizit aber richtet sich die regionale Ernährung stets gegen den Import von im Ausland produzierten Lebensmitteln. Davon abgesehen, dass Deutschland, ohne ein weiteres Mal die Annexion Südosteuropas zu betreiben, kaum genug landwirtschaftliche Flächen bietet, um seine Bevölkerung zu versorgen, wird der Import von Lebensmitteln vor allem deswegen betrieben, um das unterschiedliche Lohnniveau auszunutzen und die Lebensmittelkosten möglichst gering zu halten. Ohne die niedrigen Preise und die enorme staatliche Subvention unrentabler deutscher Landwirtschaftsbetriebe wäre allerdings die Niedriglohnpolitik des Exportweltmeisters nicht aufrechtzuerhalten. Während die Subventionspolitik wiederum ihren Beitrag zu der alles andere als umweltfreundlichen landwirtschaftlichen Überproduktion leistet, läuft die Abwehr von über den Weltmarkt bezogenen Lebensmitteln auf nichts anderes als Protektionismus hinaus. Ökonomisch betrachtet ist die Tendenz zur weltmarktunabhängigen Sicherstellung der Lebensmittelversorgung aber nichts anderes als Kriegswirtschaft in Friedenszeiten, die staatlich in Form von Agrarsubventionen, ansonsten aber in Eigeninitiative der Volksgenossen betrieben wird.

Von Bio zu Regio

„Deutsche, kauft deutsche Zitronen! / Und auf jedem Quadratkilometer Raum / träumt einer seinen völkischen Traum" spottete Tucholsky 1932, als sich im Zuge der Weltwirtschaftskrise die westlichen Industrienationen dem Protektionismus verschrieben (3). „Deutsche, kauft Deutsche Bananen!" zitierte die Linke ihn noch vor wenigen Jahren und fühlte sich damit dem rechten Pöbel überlegen. Dabei sind sie es gewesen, die politische Korrektheit im (immerhin internationalem) Kaffeekonsum und fleischfreie Ernährung als Kochtopfkonsens einforderten und politisch korrekte Ernährung mehrheitsfähig machten. Inzwischen entdecken die Deutschen offenbar wieder ihre Raubtiernatur – allerdings unter der Bedingung, dass das Tier möglichst in den gleichen heimischen Gefilden mit dem gleichen Gemüse gepäppelt wurde, wie man selbst. Eben Fleisch vom Fleische, das zeigt nicht zuletzt die massenhafte Empörung über den Veggie-Day der Grünen und die gestiegene Anzahl von Hobbyjägern, trotz des laut Statistiken allgemein sinkenden Fleischverzehrs der Deutschen.

Im Hinblick auf die steigende Nachfrage nach regionalen Produkten hat auch die Bio-Industrie mittlerweile ein folgenschweres Problem (4): ihr haftet der Geruch nach Kosmopolitismus an. Biotomaten können überall wachsen (sogar in Israel), denn Natur gibt es ja schließlich nicht nur in Deutschland. Hier zeigt sich, dass zunehmend ein Spalt zwischen Bio- und Regional- Überzeugung klafft. Windkraftwerke zum Beispiel nehmen zwar Rücksicht auf die Natur des Umlands (Flora und Fauna), aber nicht auf das Naturell der Bevölkerung (berechtigte Sorgen und Nöte). Da gelten eben andere „Regeln". Umweltschutz ist in Deutschland gebürtiger Heimatschutz. Natur mag international sein, die „Kulturlandschaft" kennt jedoch ihre Herkunft sehr genau. Und das hat seinen Grund im Ernstfall, der im Schrebergarten der friedlichen Selbstversorger nur geprobt wird. Schließlich dient der fruchtbare Deutsche Boden stets auch der Versorgung im Kriegsfall: landwirtschaftliche Autarkie und regionale Authentizität sind deshalb Begriffe, die Mord und Totschlag ausdünsten. In den dreißiger Jahren charakterisierte Lion Feuchtwanger die deutschen Bauern folgerichtig: „Aus Instinkt wurden sie Nationalisten, denn sie ahnten, daß nur die Rücksicht auf die Versorgung im Kriegsfall den deutschen Bauern hielt." Trotz der allgemeinen Urban-Gardening und Gartenarbeit generell anvisierenden Begeisterung ist allerdings der explizite politische Bezug auf diesen Ernstfall beim „bewusst konsumierenden" Verbraucher aktuell nicht zu bemerken. Selbst die Reformhaus-Reklamezeitschrift Schrot und Korn trägt militärische Wehrhaftigkeit höchstens für wortwitzelnde Kritiker im Namen. Das Verhältnis zur Ernährung, wie Essen heute genannt wird, ist trotzdem geprägt von der politischen Situation Deutschlands. Die Bevölkerung mag für den fleischfreien Eintopfsonntag zu haben sein, wenn es darum geht, einen Krieg zu gewinnen – aber sie verbittet sie sich solche Aufopferung für jedes Blümelein am Wegesrand (Diese aktuelle, nationalrobuste Haltung ist sicher auch einer der Gründe für das derzeitige Umfragetief der Grünen).

Völkische Rindviecher

„Den Badenern sagt man ja nach, dass sie harmoniesüchtig sind, dass sie Widersprüche im Guten überwinden („badische Lösung") und dass sie das Geben und Nehmen als weise Handlungen des guten Miteinanders verstanden haben. Außerdem sind sie lustvolle Genießer mit Sinn für Vielfalt. All das findet sich im badischen Rindfleisch." (Sonntagszeitung Freiburg, 02.04.17)

Wer seine völkische Herkunft noch mit regionalen Lebensmitteln aufzubessern sucht, als sei er noch nicht Deutsch genug, steht offenbar mit halbem Fuß im Kochtopf der eigenen Leute. Dabei könnte man glauben, dass die penetrante deutsche Vergemeinschaftung, die in Form von regionalem Gemüse, heimatlicher Folklore und volkstümelnder Propaganda seit etwa zehn Jahren in Deutschland verbreitet wird, doch eigentlich stets ins Feld geführt wird, um dem zu entgehen: dem Fressen und Gefressen werden. Aber Weizenfeld und Feld der Ehre, Landwirtschaft und Kriegswirtschaft liegen zu nahe beieinander, als dass man ernstlich von einer nationalen Entlastung in Sachen kapitalem Hauen und Stechen ausgehen könnte. Weil die Erträge deutscher Landwirtschaft auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind, fürchten besonders die Landwirte internationale Handelsabkommen wie TTIP, welche die nationalen Subventionen, die hierzulande in die Landwirtschaft gesteckt werden, als wettbewerbswidrig zurückweisen könnten. Umso mehr vertrauen die Bauern auf ihre nationale Sonderstellung, und die Deutschen, deren Versorgung hier ansteht, hoffen und bangen mit Ihnen. Schließlich wird Ackerland in Deutschland trotz der niedrigen Erträge immer teurer, wie Deutschland Radio Kultur beklagt: „Spätestens seit der Finanzkrise ist Bauernland heiß begehrt und darum teuer. Finanzkräftige Menschen und Investoren erhalten kaum noch Zinsen für ihr Geld, deshalb suchen sie, genauso wie viele Pensionsfonds, verzweifelt nach sicheren Anlagen. Boden ist eine solche sichere Anlage. [H. v. Verf.]".

Im Vertrauen auf die Wehrhaftigkeit Deutschlands wird dessen Territorium entsprechend bestellt: ohne Profit ist der Boden immerhin für den ideellen Mehrwert fruchtbar zu machen, den die Bauern erbringen und die Bürger verteidigen sollen. Eine bäuerliche (versus industrielle) Landwirtschaft, in der die Landwirte selber anfassen – um wenigstens

einen anständigen Ertrag erwirtschaften: Die Blüten des Elends technischen Fortschritts. Denn während die Agrarwissenschaft inzwischen an einer Bebauung des Bodens tüftelt, die beinahe ohne Bauern auskommt, erfreuen sich die patriotischen Konsumenten regionaler Produkte an der altehrwürdigen Sklavenarbeit ihrer Volksgenossen auf dem Feld und goutieren sie in Form von Familienurlaub, Ausflügen oder Führungen für Schulklassen auf dem Land. Ein reichhaltiges Agitationsprogramm, das sehr viele ökologische Landwirtschaftsbetriebe anbieten müssen, um sich vor der Pleite zu bewahren. Aber es wäre zu kurz gegriffen, nur die arbeitsamen Authentizitätstouristen anzugreifen. Die Kulturland eG, die jene „finanzkräftigen Menschen" (Merke: Wohlmeinende Deutsche sind niemals profitgeile Investoren) für ihre nachhaltigen Kreditsysteme (die Kulturland eG kauft genossenschaftlich Land, um es an ökologisch-landwirtschaftliche Betriebe zu verpachten) anwirbt, nennt in ihrer Präambel weitere Abgründe für die Förderung deutscher Kleinbauern: „Die Nutzung von landwirtschaftlichem Grund und Boden darf nicht von den Regeln sich selbst vermehrender Geldströme bestimmt werden. Landwirtschaft soll vielmehr die Fruchtbarkeit des Bodens langfristig bewahren, pflanzliche Erzeugnisse in Verbindung mit größtmöglicher Biodiversität hervorbringen und Menschen und Tieren damit eine Lebensgrundlage schaffen. Sie pflegt und bewahrt Kulturlandschaften als Ort und Heimat für menschliche Gemeinschaften."

Sich selbst vermehrende Geldströme? Wären die Verfasser des Selbstverständnisses der Kulturland eG nicht so bescheiden in ihren Formulierungen und zivilisiert in ihren Forderungen, würden sie die Dinge vielleicht bei dem Namen nennen, den die „menschliche Gemeinschaft" der Deutschen, die sie doch vertreten, dem vermeintlich „mühelosen Einkommen" (Hitler) traditionell beigelegt hat: der verdammte jüdische Wucher.

Dabei würden die Volksgenossen der Kulturland eG solche Worte natürlich ablehnen. Woher allerdings der zersetzende Wurm in ihrer fruchtbaren Erde konkret herrühren soll – es bleibt das Geheimnis der unnatürlich und unproduktiv kopulierenden Geldströme selbst. Die Programmatik der Landwirtschaftler belässt es lieber bei positiven Konnotationen: Es geht um heimatliche Fruchtbarkeit, nicht um die geldwerte Ödnis, um natürliche, langfristige Vermehrung, es geht um genug Raum fürs V...– für die Biodiversität. Wovor eigentlich soll dies alles bewahrt werden? Wie die gesamte Regio-Konsumkultur lebt die Propaganda der Kulturland eG von der zumeist völlig zutreffenden Beobachtung, dass sich marktwirtschaftliche Konkurrenz und Natur nicht gut vertragen – wobei gerade etwa die hochgelobte dichte Bewaldung in Deutschland ebenfalls ein Produkt der Forstwirtschaft der letzten zweihundert Jahre ist. Bei genauerer Betrachtung ist Natur weniger naturbelassen als die damit beworbenen Produkte. Natürlich behandelt jeder – unter Drohung seiner ökonomischen Existenz – sowohl seine eigene menschliche Natur wie die Welt, die nicht nahtlos integrierbar, kompensierbar und disziplinierbar, im Sinne der Natur: kultivierbar scheint, tendenziell feindlich. Es ist eben nicht nur so, wie inzwischen landläufig, dass Hunger kein Grund zur Produktion ist, sondern Hunger ist der Produktion ebenso ein Störfaktor, der den Betriebsablauf hemmt, und als störende, leibliche Regung bekämpft wird, wobei der Staat als gesamtgesellschaftlicher Nährer in die Bresche springt.

Abgesehen davon ist Natur auch jenseits ihrer ökonomischen Verwertbarkeit keineswegs Teil einer Kulturlandschaft, Heimat, oder dem politischen Pendant zur organischen Kulturlandschaft: der Volksgemeinschaft. Als kulturell bzw. kulturlandschaftlich zersetzend können auch Windräder, nicht ursprünglich heimische Tierarten – was übrigens als biologische Invasion bezeichnet wird – oder Neubauten in Kreuzberg gelten. Denn der Ausweg, die Lebensgrundlage die von der Ökowirtschaft geschützt werden soll, soll das Dilemma permanenter Bedrohung der Natur aushebeln, indem sie den Verzicht auf marktwirtschaftliche Konkurrenz fordert, damit einhergehende Lohn- und Preisfestsetzung sowie Umweltschutz auf tendenziell niedrigstem Niveau bekämpft und die Globalisierung dieses Vorgangs durch Regionalismus aussetzen will. Eine solche streng kontrollierte nationale Wirtschaft verlagert wirtschaftliche Konkurrenz auf die inneren Fragen ideologischer Zweckhaftigkeit: Wer und Was trägt wohl am meisten bei zum Erhalt der Lebensgrundlage und der Kulturlandschaft? Diese Gewissensfrage stellt der Regionalismus in Simulation autarker Kriegswirtschaft an die engagierte Gemeinschaft. Ein Wettlauf ideologisch motivierter Mangelernährung, an dem die ganze Bevölkerung sich beteiligen soll. Seit der Weltwirtschaftskrise baut Deutschland auf eben dieses Vertrauen der Bevölkerung in die politische Rücksichtslosigkeit nach außen durch moralische Geschlossenheit nach innen.

Anmerkungen:

(1) Dazu ist zu bemerken, dass die politische Aufladung des Essens nicht nur schwachsinnig ist, sondern in ihrer einzigen, tatsächlichen praktischen Konsequenz, nämlich dem Verzicht, zunächst eine Bedürfnisbeschneidung darstellt – selbst wenn dieselbe als Lust erfahren wird. Privaten kulinarischen Vorlieben jedoch eine moralische Legitimation, eine politische Relevanz zuzugestehen, um diese in den Stand eines politischen Urteils zu hieven, ist eine grauenhafte Pointe der scheinbar harmlosen politischen Privatisiererei, denn sie fordert Opfer, um der Prüfung der Opferbereitschaft selbst willen. Dabei ist „bewusste Ernährung" weder Urteil noch tatsächliche Handlung, sondern hat eher die autistische Qualität einer manischen Ersatzhandlung.

(2) Wie der deutsche Judenmord mit der deutschen Infrastruktur zusammenhängt, also Auschwitz mit den Autobahnen, ist es naheliegend, dass die Diskussion um Abgase in der ökologischen Linken von der Assoziation mit der „Vergasung" geprägt ist.

(3) Und weiter: „Da liegt Europa. Wie sieht es aus? / Wie ein bunt angestrichnes Irrenhaus. / Die Nationen schuften auf Rekord: / Export! Export! / Die andern! Die andern sollen kaufen! / Die andern sollen die Weine saufen! / Die andern sollen die Schiffe heuern! / Die andern sollen die Kohlen verfeuern! / Wir? / Zollhaus, Grenzpfahl und Einfuhrschein: / wir lassen nicht das geringste herein. / Wir nicht. Wir haben ein Ideal: / Wir hungern. Aber streng national." (Theobald Tiger: Europa, in: Die Weltbühne, 12.01.1932, Nr. 2, S. 73).

(4) Laut „Ernährungsreport 2017" legen 73% der Befragten „Wert auf regionale Produkte", während nur 35% angeben, sich „an bestimmten Siegeln" zu orientieren.